Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Halbgasse 12, 1070 Wien. - Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1070. - Inland: Jahresabonnement 150,-, Halbjahresabonnement 75,-. Zu beziehen über: KB Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien, Tel.: 0222/93 83 37. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Tel.: 0222/57 37 23, Journaldienst: Mo-Fr von 18-19.30

P.b.b. Erscheint vierzehntägig am Donnerstag Preis 5,-
Nr. 15/2. Jahrgang 21. Juli 1977

Demonstration in St. Jakob/Šentjakob gegen das Volksgruppengesetz!

Am 7.7. fand in St. Jakob/Sentjakob eine Protestaktion der slowenischen Bevölkerung statt. Sie richtete sich gegen das Volksgruppengesetz. In der Öffentlichkeit erregte vor allem die Aufstellung einer zweisprachigen Ortstafel und ein Gerangel mit der Polizei Aufsehen.

Über die Gründe, die viele Menschen (300-400) sowohl aus St. Jakob selbst als auch aus anderen Gemeinden bewogen hatten, an der Demonstration teilzunehmen, sagte Janko Pipp, der Vertreter des Kärntner Studentenverbandes (KDZ) bei der Kundgebung: „St. Jakob hat gleich drei gewählte slowenische Gemeinderäte. In St. Jakob wurde schon in der Zeit der Monarchie die erste slowenische Genossenschaft errichtet, noch vor jeder Raiffeisenkasse!

In St. Jakob ist eine kulturelle Tätigkeit entwickelt, die über das slowenische Gebiet hinaus bekannt ist.

In St. Jakob ist die einzige Fachschule für Frauenberufe in slowenischer Sprache!

In St. Jakob ist der einzige slowenische Kindergarten!

St. Jakob ist das Zentrum des slowenischen Rosentales.

Und dieses St. Jakob wollen sie aus dem zweisprachigen Gebiet streichen.

Das werden wir nicht zulassen! .... Der 7.7.77 soll der Anfang für einen noch entschlosseneren Kampf für die Erfüllung des Artikel 7 sein, ... Wir sind stark im gemeinsamen Kampf! Das zeigt auch die Tatsache, daß sich alle drei im Parlament vertretenen Parteien, SPÖ, ÖVP, FPÖ vereinen mußten, um uns das Volksgruppengesetz aufzwingen zu können, obwohl sie sich sonst immer in den Haaren liegen.

Wir fürchten uns nicht vor diesem Gegner!

Noch weniger aber vor dem Kärntner Heimatdienst und der Vereinigung der Pensionisten im Kärntner Abwehrkämpferbund!"

Und der slowenische Gemeinderat des Ortes Gabriel ergriff das Wort und führte aus, „damit wir vor aller Öffentlichkeit erklären, daß wir mit diesen ..... gegen uns geschaffenen Gesetzen niemals einverstanden sein werden ....". Von Anfang an zeigte sich, daß die Stimmung unter der Mehrheit der Teilnehmer sehr kämpferisch war. Im Zuge setzten sich Losungen, die vom Ende des Zuges aus kamen, wie „WEG MIT DEM VOLKSGRUPPENGESETZ!" „FÜR UNSERE RECHTE", „FÜR DIE RECHTE DER MINDERHEITEN" rasch durch. Die Losung „Wir wollen keine Reservate" brachte insbesondere zum Ausdruck, daß die Kärntner Slowenen die Einengung des Geltungsbereiches der Zweisprachigkeit auf einige Orte am Rande der Karawanken nicht zu akzeptieren bereit sind und die volle Anerkennung des gesamten zweisprachigen Territoriums durch die

Fortsetzung auf Seite 2

Die Demonstranten haben das Ortsende erreicht. Sie versuchen die rein deutsche Ortstafel durch die mitgebrachte zweisprachigezu ersetzen. Die Gendarmerie – unterstützt durch die Revisionisten – verhindert es.

Aus dem Inhalt

Bonus-Malus-System

Bereicherung für das Finanzkapital. Prämienerhöhung ist Untergrabung der Versicherungsleistung für die Lohnabhängigen Seite 11

Die Personalvertretungswahlen bei der ÖBB für den Zusammenschluß der Eisenbahner hinter konkreten Forderungen nutzen! Seite 7

ÖIAG-Generaldirektor Geist fordert Lohnstop

Auf den Knochen der Arbeiter zu „mehr Machtvolumen auf den fremden Märkten"

Die Lohnraubabschlüsse vor kaum vier Monaten haben den Kapitalisten Appetit gemacht. am 15.7. forderte ÖIAG-Generaldirektor Geist in einem ORF-Interview „einen befristeten Lohnstop oder zumindest stark eingebremste Lohnsteigerungen". *„Die Löhne sollten zunächst mal einen gewissen Zeitraum überhaupt nicht steigen, damit wir unsere Konkurrenzfähigkeit wiedergewinnen und damit wir in den fremden Märkten mehr Machtvolumen gewinnen, als wir bisher haben."*

Mit dem „Machtvolumen" der österreichischen Bourgeoisie auf dem internationalen Markt steht es allerdings nicht gut.

Die imperialistische Weltwirtschaft ist aus der Überproduktionskrise noch lange nicht heraus. Sie kann nur herauskommen durch die Vernichtung eines guten Teils des Kapitals, das die Imperialisten auf ihrer Profitjagd aufgehäuft haben und das heute in nach wie vor unausgelasteten Produktionskapazitäten lahmgelegt ist. Die Krise 1975 hat die Kapitalvernichtung in Gang gebracht, sie hat aber noch nicht genügend Platz geschaffen für eine neuerliche schwungvolle Expansion der siegreichen Konkurrenten auf dem imperialistischen Schlachtfeld. Deshalb war auch der Aufschwung, den die Produktion in einigen imperialistischen Ländern nach 1975 genommen hat, schwach und kurzlebig.

Die optimistischen Konjunkturerwartungen haben in fast allen imperialistischen Ländern längst wieder Ernüchterung und Pessimismus Platz gemacht. Die Zuwachsraten der Industrieproduktion sinken wieder: in den USA von 10,2 % 1976 auf erwartete 6 % 1977, in Japan von 13,4 % auf 10 %, in der BRD von 7 % auf 6 %, in Frankreich von 10,7 % auf 4 %, in Italien von 12,4 % auf 4 %.

Die Schlacht ist noch lange nicht geschlagen. Noch mehr Kapital muß vernichtet werden. Wer wen vernichtet – darum geht es in dem Wirtschaftskrieg, der heute unter den imperialistischen Konkurrenten auf dem internationalen Markt tobt. Solange er noch nicht mit Waffengewalt ausgetragen wird, entscheidet in diesem Krieg über Sieg oder Niederlage, ob es der jeweiligen Bourgeoisie gelingt, die Arbeiterklasse in ihrem Land stärker auszubeuten als ihre Konkurrenten.

Mit ihrem bisherigen Abschneiden in diesem Kampf ist die österreichische Bourgeoisie alles andere als zufrieden. Sie ist zu schwach, um wirklich Beute machen zu können auf dem Weltmarkt. Vielmehr muß sie zusehen, wie ihre Konkurrenten Beute machen auf „ihrem" Markt. Das zeigt sich in ihrer Handelsbilanz. Weit davon entfernt, einen Überschuß im Export über den Import zu erzielen, und damit wirklich Beute zu machen, steigt ihr Export-Import-Defizit ständig. Im ersten Quartal 1977 hat es 16,3 Milliarden Schilling betragen, um über 24 % mehr als im Vorjahr.

Ihre Marktanteile auf dem Weltmarkt konnte die österreichische Bourgeoisie 1976 in der Menge der Exporte zwar leicht steigern, aber nur um den Preis der Annahme von Aufträgen zu Preisen, die zum Teil erheblich unter den Kosten lagen. Insgesamt sind die österreichischen Exportpreise 1976 gegenüber 1975 um 0,2 % gesunken. (Pressedienst der Industrie, 8.4.77).

In dieser Lage ist von der österreichischen Bourgeoisie mehr zu erwarten und auch schon mehr im Gange, als ÖIAG-General Geist mit seinen Lohnstopplänen herausgelassen hat. Ein umfassender Feldzug zur schrankenlosen Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse ist bereits eingeleitet worden. Der Lohnraub ist nur ein, wenn auch ein zentrales Element dieses Feldzuges. Die Verelendung des österreichischen Proletariats ist der Preis, den es zahlen soll für *„mehr Machtvolumen der Bourgeoisie auf den fremden Märkten."*

Allein kommen die Kapitalisten damit nicht durch. Sie brauchen die Sozialdemokraten dazu, vor allem in den Gewerkschaften, um die Arbeiterklasse zu knebeln und schlachtreif zu machen. Auf die können sie auch zählen. In einem ersten Kommentar zur Geist-Forderung nach Lohnstop erklärte Metall-Gewerkschaftsobmann Sekanina am 18.7. im ORF nach einem „entschiedenen Nein zum Lohnstop" die Bereitschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen, *„auch in Zukunft eine Lohnpolitik zu betreiben, die wirtschaftskonform ist."* Einig war er sich offensichtlich mit Geist darüber, daß jedenfalls nicht über 7,5 % abgeschlossen werden dürfe: *„Ich könnte mir vorstellen, daß ..... solche Größenordnungen in der Diskussion wieder aktuell werden ...."*

Die Arbeiterklasse wird bei ihrer Aufgabe, eine Front gegen die Steigerung der Ausbeutung durch die Kapitalisten und gegen die umfassende Verelendung aufzubauen, mit Spaltungs- und Betrugsmanövern aller Art von seiten der sozialdemokratischen Spitzen der Gewerkschaft fertig werden müssen.

G.St.

• (siehe auch Artikel auf Seite 8)

„Als Kriegsbeute winken die Gelder der Krankenkassen"

Einen Angriff der an Breite und Schärfe in den letzten drei Jahrzehnten wohl beispiellos ist, bereitet die Bourgeoisie gegenwärtig gegen die von der Arbeiterbewegung errungene Sozialversicherung vor. Um die in die Milliarden Schilling gehenden Spitalsdefizite abzudecken, bereiten Bundes- und Landesregierungen diesen Angriff von mehreren Seiten vor. Angestrebt wird eine „große Lösung, die auf Jahre hinaus hält". (Kreisky, nach AZ, 13.7.)

Im wesentlichen lassen sich drei Hauptziele des Angriffs unterscheiden:

1. Tieferer Griff in die Taschen der Lohnabhängigen („Spitalssteuer", Anhebung der Beiträge zur Sozialversicherung)

2. Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung (Reduzierung der Bettenanzahl und der Verweildauer der Patienten, Verkleinerung des Medikamentenangebots, Streichung des Bestattungskostenbeitrages der Sozialversicherung, Streichung des Entbindungsbeitrages usw.)

3. Angriff auf die Sozialversicherung insgesamt (Landesgesetze sollen die Krankenkassen verpflichten, höhere Anstaltspflegegebühren zu zahlen, ein zentraler Bundesfonds soll die Geldmittel der Krankenkassen verwalten. Formen des berüchtigten Selbstbehaltes werden eingeführt bzw. ausgebaut, Erhöhung der Rezeptgebühren, Einführung einer Krankenscheingebühr und eines Selbstbehaltes bei Spitalsaufenthalt).

Im Vordergrund bei der Spitalsfinanzierung steht der Plan einer bundesweiten zweckgebundenen Spitalsabgabe.

„In der Spitalsmisere droht nun – nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Sondersteuer – ein Kampf auf Biegen und Brechen zwischen Bund und Ländern. Als Kriegsbeute winkt das Geld der Krankenkassen." („Presse", 16./17.7.)

Ständig anwachsende Defizite der Krankenanstalten

Diese Angriffe sind von langer Hand propagandistisch vorbereitet worden. Als Hauptargument dient die schlechte finanzielle Situation der Spitäler. Wenn hier nicht entschiedene Maßnahmen ergriffen werden, so ist die Aufrechterhaltung des Spitalsbetriebes gefährdet – so argumentieren die bürgerlichen Politiker. Mit dieser unverhüllten Drohung hoffen sie auf die „Einsicht" der werktätigen Bevölkerung.

Tatsächlich „explodieren" in den letzten Jahren die Kosten für die medizinische Betreuung der Arbeiterklasse und des Volkes: Während die Krankenanstalten 1975 ein Defizit von 2,7 Mrd. S aufwiesen, so liegt es 1976 bei 4 Mrd. und eine weitere Steigerung wird für heuer erwartet. (lt. „Presse" vom 16./17.7. 5,5 Mrd. S) Und dies trotz der überdurchschnittlich erhöhten Beiträge der Krankenkassen zur Anstaltspflege (1975 und 1976 jeweils um 20% erhöht, d.h. von 4,5 auf 6,6 Mrd. S, was einem Zuwachs von 46,7 % entspricht). (Nach Sozialer Sicherheit, im folgenden SZ, 6/77, S. 266)

Während sich der Bund die Organisierung des Gesundheitswesen gesichert hat, läßt er die Durchführung den Ländern über. Heute befinden sich der Großteil der 75.000 systematisierten Betten in der Rechtsträgerschaft der Länder.

Auf zweifache Weise finanziert nun die Arbeiterklasse und das Volk das Gesundheitswesen: Einerseits durch Beiträge zur Sozialversicherung, die ihnen direkt vom Lohn abgezogen werden. Die andere Hälfte müssen die Kapitalisten bezahlen. Ein Teil der Sozialversicherungsbeiträge (nämlich die Beiträge zur Krankenkasse, aber teilweise auch die der Unfallversicherung und der Pensionsversicherung) werden nun zur Finanzierung der Spitäler herangezogen. Dies geschieht z.B. durch Beiträge der Krankenkassen zur Deckung der Anstaltspflegegebühren.

Andererseits wird den Werktätigen das Geld für den Bau und die Aufrechterhaltung des Spitalsbetriebes über Steuern aus der Tasche gezogen (Steuern an Bund, Länder und Gemeinden).

Der sich verschlechternde Gesundheitszustand der Arbeiterklasse und des Volkes ist die Ursache für die Kostenexplosion bei den Spitälern

Eine Menge von „Argumenten" muß als Begründung für die explosionsartig gestiegenen Aufwendungen der Spitäler herhalten: Die Personalkosten sind gestiegen, die pharmazeutische Industrie und die Ärzteschaft seien schuld am Spitalsdefizit. Abgesehen davon, daß der gestiegene Mehraufwand für das Spitalspersonal als Argument für Lohnraubabschlüsse herhält, dienen all diese „Gründe" dazu, von der tieferliegenden, entscheidenden Ursache für die gestiegenen Spitalskosten abzulenken. Diese ist in dem sich rapide verschlechternden Gesundheitszustand der Arbeiterklasse und des Volkes zu suchen.

Obwohl die Bourgeoisie alles Interesse hat, diese Tatsache zu verheimlichen, kommt doch immer wieder ein Körnchen Wahrheit ans Tageslicht:

1. Obwohl es gelungen ist, durch schnelleres und notdürftigeres Zusammenflicken die Verweildauer pro Patient im Spital herabzudrücken (1972: 21,47 Tage pro Patient, 1974: 20,90), so ist doch die absolute Zahl der Verpflegstage – das ist die Summe der Tage, die alle Patienten insgesamt im Spital verbringen – gestiegen (1972: 25,97 Mio. Tage, 1974: 26,81 Mio. Tage, Zahlen nach Gesundheitsberichte des Bundesministeriums).

2. In jüngster Zeit versucht die SP, gegenüber allen Angriffen nachzuweisen, daß sich der Gesundheitszustand verbessert hat, weil die Lebenserwartung gestiegen ist. (AZ, 10.7.) Tatsächlich trifft dies jedoch nur auf die mittlere Lebenserwartung zu, das ist die durchschnittliche Anzahl von Lebensjahren, die ein Neugeborenes zu erwarten hat. Bezieht man jedoch die Lebenserwartung auf das arbeitsfähige Alter, so erkennt man, daß sie stagniert, bzw. sogar im Sinken begriffen ist. So konnte ein 35-jähriger Mann 1959/60 noch mit weiteren 35,97 Jahren rechnen, 1970/72 jedoch nur mehr mit 35,91 Jahren (demographische und medizinische Untersuchungen in Österreich, Seite 91). Man muß bedenken, daß die zweite Zahl hinter dem Komma auf die gesamte österreichische Bevölkerung bezogen, -zigtausenden von Lebensjahren entspricht!

3. Auch die Todesursachenstatistik zeigt, wie es um den Gesundheitszustand der Arbeiterklasse bestellt ist: Während der „normale Alterungstod" immer mehr abnimmt, steigt der vorzeitige Tod durch Krankheit. Österreich liegt heute bei der Todesursache, hervorgerufen durch Krankheiten des Herzens, des Kreislaufes, Neubildung von bösartigen Geschwüren und Magenkrebs an zweiter Stelle in Westeuropa. Bei Lungenkrebs, Leberzirrhose und Erkrankung der Verdauungsorgane an zweiter bzw. dritter Stelle.

„Die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten ist die Grundlage der Knechtschaft in all ihren Formen – des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit." (Programm des KB, Seite 7) Die Arbeiterschutzforderungen, wie sie im Programm des KB Österreichs, anknüpfend an frühere revolutionäre Programme der Arbeiterbewegung, niedergelegt sind, sind eine Existenznotwendigkeit der Arbeiterklasse, um sie vor körperlichem und geistigem Verfall zu bewahren und die Kraft und Fähigkeit zur Durchführung der proletarischen Revolution entwickeln zu können.

Die Arbeiterklasse braucht eine einheitliche Sozialversicherung in Selbstverwaltung

Weil die Ursache für die gestiegenen Spitalsdefizite letztlich in der Existenz der kapitalistischen Produktion zu suchen sind, warum sollte dann die Arbeiterklasse für das Elend und Leid, das ihr diese Produktionsweise zufügt, auch noch zahlen?

„Der Teil der vom Lohnarbeiter produzierten Reichtümer, den er in der Form des Lohns erhält, ist so unbedeutend, daß er kaum ausreicht zur Befriedigung seiner allerdringendsten Lebensbedürfnisse; der Proletarier ist somit jeder Möglichkeit beraubt, von seinem Lohn Ersparnisse zu machen für den Fall des Verlustes seiner Arbeitsfähigkeit infolge Unfall, Krankheit, Alter, Invalidität sowie auch für den Fall der Arbeitslosigkeit, die untrennbar mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist. Darum ist die Arbeiterversicherung für alle die erwähnten Fälle eine Reform, die durch den ganzen Verlauf der kapitalistischen Entwicklung diktiert wird.

Die beste Form für die Versicherung der Arbeiter ist ihre staatliche Versicherung, aufgebaut auf folgenden Grundsätzen: a) sie muß die Arbeiter sicherstellen für alle Fälle des Verlustes der Arbeitsfähigkeit (Unfall, Krankheit, Alter, Invalidität, für Arbeiterinnen außerdem Schwangerschaft und Geburt; Versorgung von Witwen und Waisen nach dem Tod des Ernährers) oder für den Fall, daß sie infolge von Arbeitslosigkeit des Lohns verlustig gehen; b) die Versicherung muß alle in Lohnarbeit stehenden Personen und ihre Familien umfassen; c) alle Versicherten müssen entschädigt werden nach dem Prinzip der Vergütung des vollen Lohns, wobei alle Ausgaben für die Versicherung auf die Unternehmer und den Staat entfallen müssen; d) alle Arten von Versicherung müssen von einheitlichen Versicherungsorganisationen verwaltet werden, die nach territorialem Typ und auf dem Prinzip der völligen Selbstverwaltung durch die Versicherten aufzubauen sind." (Lenin, Band 17, Seite 467f)

Diese Orientierung hat der KB in seinem Programm auf die österreichischen Verhältnisse folgendermaßen konkretisiert:

„Einheitliche Sozialversicherung für alle Lohnabhängigen; Selbstverwaltung in allen Bereichen der Sozialversicherung durch die versicherten Lohnabhängigen, insbesondere Wahl, Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der leitenden Organe; Bezahlung aller Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten bzw. den Staat, soweit öffentlich Bedienstete betroffen sind.

Auf dem Gebiet der Kranken- und Unfallversicherung:

Krankengeld in voller Höhe des Lohns während de r gesamten Dauer der Krankheit; Unentgeltlichkeit der Behandlung, des Krankenhausaufenthaltes und der Versorgung mit Medikamenten; Unterstellung des gesamten Volksgesundheitswesens unter die selbstverwaltete Sozialversicherung der Lohnabhängigen; Erhöhung der Invaliditätsrente auf mindestens 80 % eines durchschnittlichen Arbeiterlohns; zusätzlicher bezahlter Urlaub für die Pflege eines erkrankten Angehörigen für die gesamte Dauer der Krankheit.

(Programm des KB, Seite 31)

Die Kapitalisten verstärken ihre Angriffe auf die Sozialversicherung

Die Kapitalisten wissen um die Bedeutung der Sozialversicherung für die Arbei-

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 1

Demonstration in St.Jakob/Sentjakob

Regierung und den Staat fordern. Die Demonstration hatte sich das Ziel gesteckt, durch Aufstellung einer zweisprachigen Ortstafel den Anspruch der Kärntner Slowenen auf die Erfüllung ihrer Rechte im ganzen zweisprachigen Gebiet zu dokumentieren. Die Staatsgewalt wußte dies und hatte sich darauf eingestellt; Gendarmen hatten mit einem Seil die normale Ortstafel am Ortsende umstellt, um diese vor den für ihre Rechte eintretenden Demonstranten zu verteidigen. Der Staat verstand sehr wohl, daß die deutschsprachige Ortstafel ein Symbol seiner reaktionären chauvinistischen Minderheitenpolitik ist.

Als der Zug an der Ortstafel angelangt war, gingen viele Demonstrationsteilnehmer daran, die Gendarmen wegzudrängen, um die deutschsprachige Ortstafel durch eine zweisprachige zu ersetzen. Sie wollten damit der Diskriminierung und dem Chauvinismus einen praktischen Schlag versetzen.

Gerade dies aber wollten die offiziellen Führer der Aktion nicht. Denn der Ortsausschuß der slowenischen Jugend wird in St. Jakob von Revisionisten beherrscht und ihnen ist es tatsächlich ein Greuel, wenn die Menschen sich im Kampf gegen den Staat konsequent zusammenschließen, unbeirrt ihr Ziel verfolgen – auch wenn dies nicht ohne Konfrontation mit der Staatsgewalt erfolgen kann. Die Zahl der Menschen, die ihr Ziel erreichen wollen, wächst an, einige zehn ziehen am Seil, das die Polizisten um die Tafel gespannt haben, einige sagen: „Einen Traktor her, die Kette an das Seil gehängt, und sie fallen wie Säcke um." Und: „Na Juriš, stürmen wir sie, wir arbeiten den ganzen Tag, die nicht, wir werden sie davonjagen und uns unsere Rechte nehmen." In diesem Augenblick drängen sich die Revisionisten vor, stellen sich schützend vor die Gendarmen, beschimpfen die Menschen als Anarchisten, Radaubrüder und undisziplinierter Haufen und schlagen auf einige in ihrer „Ordnerfunktion" ein. Damit gelingt es ihnen, viele Kampfentschlossenen, aber Zögernde einzuschüchtern. Der eigentliche Plan kann nicht durchgeführt werden, das eigentliche Ziel der Aktion kann nicht erreicht werden. Die Revisionisten stellen daraufhin die Ortstafel auf Privatgrund auf und fordern die Gendarmerie auf, auch ihre „private" Ortstafel zu beschützen.

Bei dieser Aktion ist es somit wegen der Politik der Revisionisten nicht gelungen, den praktischen Maßnahmen des Staates durch praktische Maßnahmen von seiten des Volkes, der Slowenen entgegenzuwirken und zu zeigen, daß die Rechnung der Regierung auf die „Versöhnung" nicht aufgeht, daß sich die Bevölkerung ihre Rechte nimmt, sie sich im Kampf gegen den Staat nimmt.

Dabei rechneten sie damit, daß bei vielen Teilnehmern noch Unklarheiten über den Kampf um die Rechte existieren. Es ist überhaupt kein Wunder, wenn man bedenkt, daß viele dieser Arbeiter, Bauern und Angestellten das erste Mal bei einer Demonstration dabei waren. Das wird noch weiterhin so sein, je mehr neue Kräfte zur Bewegung gegen den bürgerlichen Staat stoßen. Sie werden sofort massiv mit dem Staatsapparat konfrontiert. Es gab in St. Jakob/Sentjakob etliche unsichere, die eine private Ortstafel als großen Erfolg ansahen. Es gab aber auch etliche, die sich der politischen und körperlichen Kräfte bewußt waren und die Ortstafel dort haben wollten, wo sie hingehört. Dementsprechend gibt es jetzt eine recht rege Auseinandersetzung darüber, daß sich die Slowenen nicht mit privaten Ortstafeln begnügen dürfen. Alle, denen es wirklich um die Rechte der Minderheiten auf dem gesamten gemischtsprachigen Gebiet geht, werden sicherlich früher oder später aus ei-

Offener Brief des Salzburger Solidaritätskomitees für die Rechte der Kärntner Slowenen an die KPÖ

Am 10. Juni verabschiedete der Koordinationsausschuß des Salzburger Solidaritätskomitees einen Offenen Brief u.a. an die Volksstimme, die Zentralorganisation der Kärntner Slowenen und die Solidaritätskomitees in den anderen Städten. Der Grund dafür: am 1. Juni hatten die Vertreter von KPÖ und KJÖ im Komitee ihren 6 Wochen vorher gefaßten Beschluß bekanntgegeben, die Mitarbeit im Komitee aufzukündigen und „erklärten sich nicht bereit, die von ihnen vorgebrachte Erklärung zu diskutieren“ (offener Brief). Der Vertreter des KSV „bedauerte den Austritt der KPÖ/KJÖ aus dem Komitee“ und blieb im Komitee als trojanisches Pferd. Die vom Komitee vorgebrachte Kritik der revisionistischen KPÖ trifft den KSV natürlich genauso.

Im offenen Brief des Komitees werden verschiedene Seiten der üblen Rolle der Revisionisten im Salzburger Solidaritätskomitee herausgestrichen.

Es wird betont,

– daß der Vorwurf der KPÖ, das Salzburger Solidaritätskomitee bringe Verwirrung in die Bevölkerung (Aufruf vor dem 14. November, Slowenisch anzukreuzen), nur davon ablenken soll, daß die KPÖ die Arbeit der Komitees vor dem 14. November nicht unterstützt hat und „daß sie teilweise die Arbeit der Komitees sogar sabotiert hat“;

– daß „aufgrund der Protokolle des Salzburger Komitees „ersichtlich ist, daß die KPÖ/KJÖ seit 1.12.1976 nicht mehr im Komitee mitgearbeitet haben“;

– „daß die KP politisch zwar außerordentlich defensiv agiert (...), aber hinterher eine Anmaßung an den Tag legt, als gingen Erfolge allein auf ihr Konto“.

Als Beispiele werden zwei Ereignisse der letzten Zeit angeführt: „Die Volksstimme hat zu den Vorfällen rund um einen Unterschriftenstand der NDP zur Freilassung von Heß und anderen Kriegsgefangenen und zu einer im Anschluß daran stattfindenden antifaschistischen Demonstration die Frechheit besessen zu behaupten, daß ‚auf Grund der Proteste antifaschistischer Organisationen und insbesondere der KPÖ Salzburg der Nazispuk am Alten Markt beendet wurde‘ (22.5.1977) und am 28.5.77 schrieb die Volksstimme zur antifaschistischen Demonstration, zu der über 15 Organisationen aufgerufen hatten: ‚Verschiedene Grüppchen, Maoisten, Trotzkisten und Anarchisten konnten den echten Anliegen dieser eindrucksvollen Demonstration keinen Abbruch tun.‘ Genau in diesen beiden Fällen kommt das, mit Verlaub, vermessene Verhalten bzw. Berichterstattung dem Versuch gleich, Erfolge des gemeinsamen Auftretens von Antifaschisten auf das Konto der KPÖ zu verbuchen, obwohl dies natürlich unhaltbar ist und in keinem Fall den Gegebenheiten entspricht.“;

– daß die Absicht der KPÖ, die Freiheit der Agitation und Propaganda im Komitee zu verhindern, zurückgewiesen werden muß, weil „in einem Komitee, in dem außer KPÖ/KJÖ zwölf Organisationen verschiedenster weltanschaulicher und politischer Herkunft vertreten sind ... es niemand verwehrt werden kann, politische Differenzen im Rahmen der gemeinsamen Arbeit auch zu artikulieren.“

In der folgenden Komiteesitzung wurde der bereits ausgesandte Brief des Koordinationsausschußes vom Komitee gebilligt. Ein Mitglied des KB wies darauf hin, daß das Verhalten der KPÖ auf eine durchgängige Linie zurückzuführen ist: in ihrer Stellung zum Volksgruppengesetz, zur Minderheitenfeststellung und jüngst zur Dreiparteieneinigung zeigt sich immer wieder, daß die Politik der KPÖ auf die Beschönigung der reaktionären Minderheitenpolitik und auf die Entwaffnung der Bewegung für die Rechte der Minderheiten hinausläuft.

Fast einhellig wurde das Ansinnen der KPÖ, die Aufstellung der Ortstafeln am 1. Juli und damit die Durchführung des reaktionären Volksgruppengesetzes zu unterstützen (Volksstimme 3.6.), zurückgewiesen. Im Info Nr.9 des Komitees zum 1. Juli wird die Durchführung der reaktionären Ortstafelregelung scharf angegriffen.

gener Erfahrung lernen, daß ein Nachgeben den bürgerlichen Staat nicht „verständnisvoller“ macht. Sie werden lernen, mit eigenen Kräften sie staatliche Gewalt zu überwinden und sich die Rechte zu nehmen.

Diese Aktion hat auf jeden Fall gezeigt, daß die slowenischen Menschen ganz Kärntens gegen die Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat und seinen Gesetze sind, daß die Bedingungen für kämpferische Aktionen, in denen die Massen tatsächlich ihren Protest gegen die staatliche Minderheitenpolitik, gegen Chauvinismus und Diskriminierung ausdrücken, vorhanden sind.

Selbst die Aufstellung der zweisprachigen Ortstafel auf Privatgrund, hat ziemliches Aufsehen erregt und für viele Menschen dokumentiert, daß der Kampf der Kärntner Slowenen in weiterer Entwicklung begriffen ist.

Sie hat aber auch, und äußerst praktisch, gezeigt, welche Rolle die Revisionisten immer dann spielen müssen, wenn die Frage zugespitzt steht: Gehen wir vorwärts im Kampf um die Rechte oder weichen wir zurück und breitet sich Resignation aus? Die Kärntner Slowenen werden sich an die Worte des Vorsitzenden des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen, Dr. Zwitter, halten, daß sie keine Unruhestifter seien (das sind Regierung und Kapitalisten), daß sie sich aber nicht unterdrücken lassen. Dagegen treten wir auf. Wir sind Demokraten, aber wir kämpfen für unsere Rechte. Wir leben hier schon seit jeher, und das lassen wir uns nicht nehmen.“

L.Wi./F. nach Berichten slow. Genossen und der Ortsleitung der Ortsaufbaugruppe Klagenfurt.

Transport der Brennelemente nach Zwentendorf soll Ende Juli beginnen

Am 9. Juli strahlte der ORF im Mittagsjournal einen Beitrag über den bevorstehenden Transport der für das Zwentendorfer AKW bestimmten Brennelemente aus. Dieser Beitrag war die bisher genaueste Information über dieses Thema, die bis jetzt an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Im folgenden drucken wir einige Originalzitate des Mittagsjournalbeitrages ab.

„Vergangene Woche fand im Verkehrsministerium eine Sitzung zwischen Beamten des Ministeriums und Vertretern der Internationalen Atomenergieorganisation statt. Thema: Transport radioaktiver Materialien in Österreich ,.... da ja in den nächsten Monaten die Brennelemente für das Kernkraftwerk Zwentendorf angeliefert werden sollen.“

„Grundsätzlich unterscheidet man – denn Strahlung ist nicht gleich Strahlung – zwischen bewilligungspflichtigen und nicht bewilligungspflichtigen Transporten. Der Laie kann hier kaum eine Grenze ziehen, denn die Bedingungen hängen von den chemischen und kernphysikalischen Eigenschaften der einzelnen Stoffe ab. So viel kann zur Illustration aber gesagt werden: Plutonium in jeder Menge und in jeder Form ist bewilligungspflichtig. Was an radioaktivem Material aber in oder durch Österreich transportiert wird, bedarf zu 97% keiner ausdrücklichen amtlichen Genehmigung. Die Einhaltung gewisser Verpackungsvorschriften und die Bekanntgabe an die zuständige Behörde reichen aus.“

„Alle spaltbaren Stoffe müssen so verpackt und versandt werden, daß unter allen während der Beförderung vorauszusehbaren Umständen kein kritischer Zustand entstehen kann.“ (Bestimmungen für den Transport bewilligungspflichtiger Stoffe, Red.)

„Mit anderen Woten: Bei einem Unfall darf keine nukleare Reaktion entstehen, auch dürfen keine Strahlen nach außen dringen. Dies gilt vor allem für das Eindringen von Wasser in die Versandstücke, denn hier ergibt sich eine zweifache Gefahr. Entweder kann radioaktives Material nach außen gespült werden und gefährdet die Umgebung. Oder aber, das Wasser kan eine Kernreaktion hervorrufen, wie etwa in einem Reaktor. Ebenso wichtig ist es, daß die Anordnung der Versandstücke zueinander auch bei einem Unfall nicht verändert wird. Denn wenn gewisse spaltbare Materialien aufeinanderstoßen, können sie so zu reagieren beginnen und werden damit radioaktiv. Soweit die Theorie“.

„Die Transportbehörde – für die Schiene die Eisenbahnbehörde, für die Straße die Landesregierung – prüft nun die zur Transportbewilligung vorgesehenen Behälter mit den umfangreichen Testergebnissen und den daraus abgeleiteten Vorschriften. Nicht anders der Vorgang bei der Anlieferung der Brennelemente für Zwentendorf. Brennelemente sind zwar nicht radioaktiv, senden also keine Strahlung aus, sind aber spaltbares Material.

Die Transportgenehmigung ist übrigens schon erteilt und zwar von der oberösterreichischen Landesregierung. Das heißt, es handelt sich um einen Straßentransport, der in Oberösterreich unser Bundesgebiet erreicht. Angeliefert werden sie von der Brennelementefabrik in Hanau bei Frankfurt am Main. Die Transportroute in Österreich ist vorbereitet, wird aber vom Innenministerium nicht bekanntgegeben.

Vor den Toren des Kernkraftwerkes Zwentendorf endet aber die freie Fahrt des atomaren Brennstoffes, denn das Gesundheitsministerium hat noch keine Lagergenehmigung auf dem Gelände des Kernkraftwerkes erteilt. Das heißt, ohne Zustimmung der Regierung, sozusagen unter dem Vorwand der Erprobung, kann das Atomkraftwerk auch nicht heimlich in Betrieb gehen. Nun zum Zeitplan: Die Kernkraftwerksbetreiber wünschen sich einen Beginn der Brennelementelieferung ab Ende Juli. Sämtliche Transporte der knapp 500 Brennelemente mit insgesamt 90 Tonnen Uran und die Lagerung in Zwentendorf dauern drei Monate. Entscheidet das Parlament für die Inbetriebnahme, so könnte rein technisch gesehen im Oktober und November mit dem Probebetrieb begonnen werden. Wie gesagt – alles unter der Voraussetzung, daß die Politiker so entscheiden, wie es sich die Kernkraftwerksleute vorstellen.“

Was sagen diese Informationen?

1. An der Politik der SP-Regierung hat sich nichts geändert. Während sie mit dem Gerede von „Keine Inbetriebnahme vor der Lösung der Atommüllfrage“ den Kampf der AKW-Gegner unterlaufen will, oder doch zumindest versucht, diese über ihre wahren Absichten im Ungewissen zu halten, bereitet sie zielstrebig die möglichst rasche probeweise Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf vor.

2. Der Brennelementetransport ist für die Regierung ein großer Risikofaktor. Sie ist sich der Tatsache bewußt, daß sie einen komplizierten und langwierigen Trasport durchzuführen hat. Einen komplizierten und langwierigen Transport der mitten durch ein Gebiet führt, das voll ist von Menschen, die schon bisher selbständig gegen das Atomprogramm gekämpft haben und die alles nur Mögliche tun werden, um eine Inbetriebnahme von Zwentendorf zu verhindern. Darum hält sie, solane sie nur kann, die geplante Route vor den Massen geheim.

3. Die SP-Regierung weiß, daß die Zeit gegen sie arbeitet. Sie verfolgt mit großer Angst, die sich ständig verbreiternde Bewegung der AKW-Gegner und sie weiß, daß im Herbst bei der Vorbereitung des Aufmarsches vor dem Parlament ein weiterer großer Aufschwung der Bewegung zu erwarten ist. Darum möchte sie so schnell als irgend möglich, die Brennelemente im AKW eingebaut haben, damit dieses dann so weit ist, daß ein Knopfdruck für den Beginn des Probebetriebes genügt.

„Wie ist das mit den Atomkraftwerken wirklich?“,
herausgegeben von der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner, 5. Auflage (16. – 21. Tausend). erhältlich um 5.- unter ÖIAG, Postfach 138, 1071 Wien.

Noch im Juli erscheint, vom KB Österreichs herausgegeben, eine Materialbroschüre u.a. mit folgenden Dokumenten oder Auszügen davon:

-Strahlenschutzgesetz

-Abkommen über ein Internationales Energieprogramm

-Regierungsbericht über die Nutzung der Kernenergie;

Bestellungen an: Zentraler Vertrieb des KB Österreichs, Halbgasse 12, 1070 Wien

Der Brennelementetransport stellt also eine Schwachstelle in den Plänen der Regierung dar und aktuell einen wichtigen Angriffspunkt für den Kampf der AKW-Gegner. Es ist darum heute von allerhöchster Bedeutung, den Schleier der Geheimhaltung den die Regierung über die Vorbereitung dieses Transportes breitet zu zerreissen. Es ist von allerhöchster Bedeutung, die Transportart, den Transportbeginn, die Transportdauer, die Transportroute, die Namen der am Transport beteiligten Unternehmen, die zum Einbau der Brennelemente nötigen Arbeiten etc. der Öffentlichkeit bekanntzumachen und rechtzeitig Protestaktionen gegen die Anlieferung einleiten zu können. Die Chancen dieses Ziel zu erreichen sind günstig. Erbauer und Regierung sind gezwungen, die durchzuführenden Arbeiten von Teilen des Volkes erledigen zu lassen, und das Volk will kein Atomkraftwerk.

Regierungsbericht über Nutzung der Kernenergie:

AKW-Bau auch gegen den Willen des Volkes, um die Kapitalisten für die Konkurrenz zu rüsten

Der „Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat, betreffend die Nutzung der Kernenergie für die Elektrizitätserzeugung" – so lautet der volle Titel – ist nicht zufällig nur mit Beziehungen zu erhalten: Auf 80 Seiten wird ein detailliertes Bild davon gegeben, wie der österreichische Staat und die verschiedenen Regierungen seit den 50er Jahren durch Abkommen mit den USA, Mitgliedschaft in verschiedenen internationalen Atomorganisationen, Teilnahme und Organisierung internationaler Konferenzen und schließlich Ende der 60er Jahre durch eigene Gesetze dem Atomkraftwerksbau in Österreich langfristig und systematisch den Weg ebneten.

Natürlich sind die Schlußfolgerungen des Berichts dementsprechend: Mit ein paar Sicherheitsauflagen und durch Ausbau des Zwischenlagers für Atommüll direkt beim Zwentendorfer Reaktor soll dieses erste Atomkraftwerk in Österreich Juli/August 1978 voll den Betrieb aufnehmen. In diesem Sinne äußerste sich auch der SP-Parteivorstand Anfang Juli, wo sich unter den 54 Politikern gerade noch zwei Gegenstimmen der Vorarlberger Nationalratsabgeordneten befanden, die wohl wußten, daß sie im Ländle nicht mehr ungefährdet unters Volk würden gehen können, hätten sie dem Regierungskurs auf zügige Fertigstellung und baldige Inbetriebnahme Zwentendorfs offen zugestimmt. So kann man die Abstimmung im SP-Parteivorstand wohl als kleine Generalprobe für die im Spätherbst angesagte Abstimmung im Parlament werten. Wenn dann vorher noch „die Verhandlungen (mit ÖVP und FPÖ) substantielle Ergebnisse erzielen bzw. eine breite Mehrheit dem Regierungsbericht zustimmt, stünde einer Aufhebung des Klubzwangs bei der Abstimmung über den Bericht nichts im Wege, wurde (von der SPÖ) erklärt" (Die Presse, 18./19.6.77).

Der Abbau aller Illusionen in das parlamentarische Betrugssystem ist eine wichtige Voraussetzung für die konsequente Fortsetzung des Kampfs gegen Atomprogramm und Energiepolitik des österreichischen Imperialismus in den nächsten Monaten. Dafür ist eine eingehendere Beschäftigung mit dem Regierungsbericht nützlich. Was beinhalten seine einzelnen Kapitel? (Alle folgenden Zitate sind aus dem Regierungsbericht).

Das erste Kapitel gibt einen Überblick über die *„Erschließung der Atomenergie für friedliche Zwecke"* und würdigt die Erhebung Wiens zum ständigen Amtssitz der IAEO (= Internationale Atomenergie-Organisation) seit deren Gründung 1957.

Dem CERN (= Europäische Organisation für Kernforschung), gegründet 1954, ist *„Österreich als 13. Staat beigetreten"*. Eine besondere Rolle für die Teilnahme Österreichs an diesen Organisationen, an verschiedenen Genfer UNO-Konferenzen zum Thema Atomenergie bis hin zum Bau von Atomkraftwerken in Österreich spielen die USA. Auch das würdigt der Bericht. Der erste zweiseitige Vertrag wurde bereits 1956 geschlossen und es folgten weitere Abkommen zur verstärkten Zusammenarbeit, sprich massiver Einflußnahme der USA auf dem Weg der Kontrolle und Überwachung spaltbaren Materials, das nach Österreich für Versuchs- und Forschungszwecke geschafft wurde. Nicht zufällig standen die USA Pate beim Aufbau der ÖSGAE (= Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie), die *„am 29.6.1956 von Vertretern des Staates, der E-Wirtschaft und Industrie"* gegründet wurde, und auf Grund der österreichisch-amerikanischen Abkommen *„wurde der ÖSGAE für den von ihr zu errichtenden (Versuchs-)Reaktor eine finanzielle Beihilfe von 350.000 US-$ gewährt."* Das letzte Abkommen mit den USA wurde 1974 geschlossen *„und läßt nun in Hinblick auf eine erweiterte Laufzeit von 44 Jahren langfristige Planungen zu."*

Nicht nur die Kosten für die Entwicklung von Atomkraftwerken, sondern auch die für mögliche Großunfälle wachsen den einzelnen Staaten über den Kopf, so daß sie in der Pariser Konvention 1968 festhielten, daß bei einem Unfall 5 Millionen Rechnungseinheiten (eine RE = 25,- öS) vom Betreiber, zwischen 5 und 70 Millionen RE vom jeweiligen Staat und zwischen 70 und 120 Millionen RE von anderen Staaten aufzubringen sind. Das dementsprechende österreichische Atomhaftpflichtgesetz sieht bei Personenschäden unter anderem immerhin die *„Kosten angemessener Bestattung"* vor... Vorsorglich ausgenommen von jedem Schadenersatz sind *„nukleare Ereignisse, die durch Krieg, ein kriegerisches Unternehmen, Bürgerkrieg, Aufruhr oder Aufstand ausgelöst werden"* (laut § 9). Der Regierungsbericht vergißt nicht, dies extra hervorzuheben.

1973 ist Österreich der IEA (= Internationale Energieagentur) im Rahmen der OECD (= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) beigetreten (s. Klassenkampf 14/77, Seite 5). IEA-Exekutivdirektor Lantzke mit seinen Warnungen vor *„Möglichkeit eines nuklearen Engpasses"* (!) kommt im Regierungsbericht ausgiebig zu Wort.

Insgesamt veranschaulicht das erste Kapitel des Regierungsberichts, *„daß Österreich mit vielseitiger Unterstützung durch die Bundesregierung sich seit Mitte der 50er-Jahre in vorwiegend internationaler Kooperation an der Entwicklung der Kernenergie beteiligt hat und daß das Parlament nicht nur ständig in Kenntnis gehalten wurde, sondern diese Entwicklung durch zahlreiche, die Kernenergie fördernden Gesetze, die überwiegend einstimmig beschlossen wurden, unterstützt".* Genau in Fortsetzung dieser Politik entstand das erste österreichische Atomkraftwerk. Der österreichische Imperialismus wird sehr viel daransetzen, es auch in Betrieb gehen zu lassen.

Einen eigenen Punkt widmet der Regierungsbericht den geplanten grenznahen Atomkraftwerken Rüthi/Schweiz, Pleinting-Passau und Marienberg-Rosenheim/BRD und Dukovany-am Fluß Iglau, einem Nebenfluß der March-/CSSR. Wie zum Hohn schreibt die Regierung über Rüthi, daß in offiziellen Gesprächen *„immer wieder die großen Besorgnisse, die in der Vorarlberger Bevölkerung, aber auch (!) in der Österreichischen Bundesregierung in diesem Zusammenhang bestehen,"* hervorgehoben *werden."* Das sind natürlich Bedenken von zweierlei Art: Die Vorarlberger Bevölkerung fürchtet das Atomkraftwerk, die Regierung aber fürchtet den Kampf der Vorarlberger Bevölkerung. Was die BRD-Projekte anlangt, so *„wurde gegenüber der österreichischen Botschaft versichert, daß man deutscherseits mit Österreich jedenfalls in Kontakt treten wird, sobald das Projekt in ein konkretes Stadium tritt."* Das AKW Dukovany wird angeblich nicht wie geplant schon 1980 fertig sein. Alles in allem zeigt dieser Teil des Regierungsberichts, daß die Forderung nach „Kein Atomkraftwerk an Österreichs Grenzen!" nach wie vor aktuell ist und die Verhinderung solcher Projekte nur durch den selbständigen Kampf vor allem der betroffenen Bevölkerung erreicht werden kann.

Der zweite Teil des Regierungsberichts handelt vom Genehmigungsverfahren für AKWs und den Transport radioaktiver Materialien. Dabei spielt das Strahlenschutzgesetz aus dem Jahre 1969 eine zentrale Rolle, welches einstimmig beschlossen wurde. *„Gemäß § 5 Abs. 4 des StSchG ist die Errichtungsbewilligung zu erteilen, wenn für den Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen, auch im Hinblick auf den in Aussicht genommenen Standort, in ausreichendem Maße Vorsorge getroffen wird und hinsichtlich der Verläßlichkeit des Antragstellers in Anbetracht der beabsichtigten Tätigkeit keine Bedenken bestehen."* Worum es also dem Gesetz zufolge vor der Inbetriebnahme eines AKW nur noch zu gehen hat, ist eine mehr oder minder große Zahl von Klauseln und Verordnungen, bis nach dem Gutdünken von Regierung und Parlament ausreichend Vorsorge getroffen ist. Seit 1971 läuft dieses Verfahren auf Antrag der Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H. für das Zwentendorfer Werk. Was die Bewilligung für den Betrieb im radioaktiven Zustand betrifft, nimmt die Regierung Kurs auf drei Teilbetriebsbewilligungen (für Null-Leistung, verschiedene Laststufen, Normalbetrieb). Zumindest die ersten zwei Teilbetriebsbewilligungen werden wahrscheinlich noch vor der parlamentarischen Abstimmung im Herbst erteilt werden, ungeachtet allen Geschwätzes der Regierungspartei, daß die Inbetriebnahme erst nach Lösung der Atommüllagerung erfolgen werde (s. auch den Bericht über die geplante Anlieferung der Brennelemente schon in allernächster Zeit auf Seite 3 dieser Zeitung).

„Für die schwach- und mittelaktiven Abfälle sind im Kernkraftwerk Zwentendorf entsprechende Lagermöglichkeiten vorgesehen. Diese Abfälle sollen nach der Lagerung im Kernkraftwerk in das Forschungszentrum der ÖSGAE in Seibersdorf verbracht werden." Die abgebrannten Brennelemente, die die GKT-Ges.m.b.H. ursprünglich ins Ausland schaffen wollte, werden im Falle einer Inbetriebnahme in Österreich bleiben. Damit rechnet der Regierungsbericht. Er sieht drei Möglichkeiten für die Zwischenlagerung: Das interne Brennelementelagerbecken im Zwentendorfer Reaktorgebäude geringfügig vergrößern; das Becken durch Kompaktlagerung um das 6½ fache zu vergrößern; ein externes Lager (wie im Waldviertel geplant) finden.

„Im Jänner 1977 stellte die GKT einen Antrag auf Bewilligung der Errichtung eines Kompaktlagers im internen Brennelementelagerbecken im Reaktorgebäude. Die beigebrachten Unterlagen sind derzeit in Prüfung; das Verfahren zur Erteilung dieser Bewilligung ist im Gange." Nicht mit einem Wort erwähnenswert findet der Regierungsbericht den Beschluß des Zwentendorfer Gemeinderates, der diese Zwischenlagerung strikt ablehnt. Auch an solchen Kleinigkeiten sieht man, daß der Bericht alles andere als eine allseitige Beleuchtung der Frage ist sondern vielmehr ein Rechtfertigungs- und Zeitplan der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung, wie das letzte Jahr vor der endgültig geplanten Inbetriebnahme vorgegangen und jeder nennenswerte Widerstand ausgeschaltet werden soll. *„Zwischen dem Bundesministerium für Inneres und den künftigen Betreibern des Kernkraftwerkes Zwentendorf wurden im Wege von Absprachen jene Sicherungsmaßnahmen gesetzt, die der Betreiber in Übereinstimmung mit den internationalen Empfehlungen der IAEO bzw. den Empfehlungen der amerikanischen Atomenergiebehörde in seinem eigenen Interesse zu veranlassen hat. ... Der Gendarmerieposten Zwentendorf wurde personell verstärkt. Für besondere Anlaßfälle .... wird .... die Bundesgendarmerie im erforderlichen Ausmaß eingesetzt. .... In der jüngsten Zeit haben bereits verschiedentliche Einsätze zur Sicherung des Kernkraftwerkes Zwentendorf stattgefunden"* (z.B. zu Ostern und Pfingsten *1977 im Hinblick auf mögliche Demonstrationen von Kernkraftwerksgegnern gegen die Fertigstellung des Kernkraftwerkes Zwentendorf).*

Im dritten Kapitel kommt der Regierungsbericht auf den Kern der Sache. Die *„kostenmäßig günstige Variante"* mit vier Atomkraftwerken, die 1985 45 % des gesamten erzeugten Stroms liefern würden, war selbst den Verfassern des staatlichen Energieplans 1975 zu gewagt. Nur Wasserkraftwerke auszubauen brächte *„die Gefahr von Kostensteigerungen beim Kraftwerksbau"* mit sich und so ist nach Meinung von Regierung und E-Wirtschaft die *„Mischung der verschiedenen Kraftwerksgruppen als zweckmäßig anzusehen."*

Wie sehr sich der bürgerliche Staat um die Errichtung von Atomkraftwerken verdient gemacht hat, zeigt das im Regierungsbericht hervorgehobene Elektrizitätsförderungsgesetz 1969. Es wurde *„als Initiativantrag aller drei im Parlament vertretenen Parteien eingebracht und beschlossen."* In den ministeriellen Erläuterungen war die nach 10 Jahren vollständige Abschreibbarkeit der Beteiligung an einem Atomkraftwerk damit begründet worden, daß *„die erstmalige Errichtung eines Kernkraftwerkes nicht nur bedeutende finanzielle Mittel erfordert, sondern auch ein erhebliches Risiko in sich birgt."* Was kann dieses erhebliche Risiko sein? Einerseits daß man nicht ausschließt, daß das AKW zusammenschmilzt, weite Landstriche verseucht und – das ist für die Kapitalisten wichtig, die in einem solchen Fall ohnehin über alle Berge sind – die Investitionen umsonst getätigt wären oder andererseits daß, auch auf Grund der Erfahrungen in anderen Ländern das Volk es gar nicht so weiß kommen läßt und das Atomkraftwerk, seinen Bau und seine Inbetriebnahme bekämpft. Mit diesem *„erheblichen Risiko"* müssen GKT und Regierung heute tatsächlich rechnen und vorsorglich haben sie sich schon frühzeitig an den Steuergeldern der werktätigen Massen schadlos gehalten.

Nachdem der Bericht an mehreren Stellen ausdrücklich betont hat, daß der Einsatz von Atomkraftwerken unumgänglich ist, wenn der österreichische Imperialismus mit seinen Konkurrenten Schritt halten will, geht er 12 Seiten lang auf andere Möglichkeiten der Energieversorgung und auf die Vorbereitungsmaßnahmen für sogenanntes Energiesparen ein.

Als Draufgabe wird im Falle der Nichtinbetriebnahme des Zwentendorfer und weiterer Atomkraftwerke gedroht, daß neben teuren Stromimporten nur verstärkter Ausbau konventioneller Wärmekraftwerke bliebe. *„Der Betrieb derselben mit importierten Kohlenwasserstoffen würde aber gegen die vertraglichen Verpflichtungen verstoßen, die Österreich durch die Unterzeichnung des 'Übereinkommens über ein internationales Energieprogramm' übernommen hat."* Diese Stelle zeigt die Notwendigkeit und Wichtigkeit in der ganzen Atomkraftwerksbewegung die Forderung nach sofortigem Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur zu verankern und in die Hauptforderungen der IÖAG (= Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner) aufzunehmen.

In gebündelter Form schließt das dritte Kapitel des Regierungsberichts: *„In Abwägung der Fragen der Sicherheit der Kernenergie, der Sicherung der Stromversorgung, der sich aus weiteren Belastungen der Handels- und Zahlungsbilanz ergebenden Konsequenz sowie der Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugung aus Kernenergie, ist daher die Bundesregierung der Ansicht, daß*

– die Sicherheit eines Kernkraftwerkes durch Erfüllung und Einhaltung der entsprechenden Bescheide der Behörde gewährleistet werden kann und ferner unter der Voraussetzung, daß auch für die Sicherheit eines Zwischen- und Dauerlagers für abgebrannte Brennelemente und für das Endlager für hochaktive Abfälle aus Wiederaufarbeitungsanlagen im selben Maße Vorsorge getroffen werden kann,

– unter diesen Vorbedingungen auf die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Tull-

Waldviertler Bürgermeister ließen sich nicht vergattern

Dienstag, den 5.7.77 fand im Bundeskanzleramt eine vom Bundeskanzler einberufene Konferenz der Bundesregierung und AKW-Betreiber auf der einen und 30 Waldviertler Bürgermeistern auf der anderen Seite statt. Es ging um die Pläne der Bundesregierung, den im AKW-Zwentendorf entstehenden Atommüll in Allentsteig, im Waldviertel abzulagern.

Schon die Konferenzvorbereitung war im Zeichen der 10 Tage vorher in Allensteig abgehaltenen Demonstration gestanden. 3000 Waldviertler hatten dort aufgerufen durch den „Arbeitskreis gegen Atommüll-Waldviertel" einmütig gegen die geplante Ablagerung des radioaktiven Abfalls protestiert und so eindeutig gezeigt, daß die Waldviertler Bevölkerung eine Atommülldeponie nicht hinnehmen wird. Diesen immer stärker werdenden Kampf der österreichischen Bevölkerung plante Kreisky auf seiner Konferenz wenigstens teilweise zu unterlaufen. Zustimmung zur Errichtung des Müllagers versprach er mit „großzügiger Wirtschaftshilfe" für das Waldviertel zu „belohnen".

Kreiskys Plan, die Bürgermeister, als „Staatsfunktionäre" vor den Karren der Regierungspolitik zu vergattern, um so auch auf der untersten Ebene Unterstützung zu finden, ist fehlgeschlagen, es ist der Bundesregierung nicht gelungen, auch nur einem einzigen der 30 Bürgermeister ein Zugeständnis zur Lagerung abzukaufen. Das ist ein großer Erfolg der Bewegung, denn tatsächlich hat die Regierung auf der Konferenz kein Mittel ausgelassen, um ihr Ziel zu erreichen. Sie versuchte es mit dem Mittel der „wissenschaftlichen Überzeugung", mit dem Mittel der unverhüllten Drohung und Einschüchterung und mit dem Mittel der Bestechung.

Kreiskys „Wirtschaftshilfeangebot" erteilten die Waldviertler Bürgermeister eine Abfuhr:

Bürgermeister Schaffarik aus Allentsteig gab bekannt, daß sich bei einer Volksbefragung 98% der Allentsteiger eindeutig gegen jede Zwischen- und Endlagerung ausgesprochen haben. Der Bürgermeister von Zwettl, Biegelbauer, sagte: „Wie ich heute um fünfe in der Früh nach Wien gefahren bin, da san schon Leut' auf der Straßn g'standn: Sagen'S dem Dr. Kreisky, mir wolln den Atommüll net!" und Bürgermeister Roneder aus Kirchschlag berichtete: „Bei mir waren schon Wirtsleut. Die ham g'sagt, wenn der Müll zu uns kommt, dann kann uns gleich der Kreisky empfangen, damit wir ihm unsere Schuldverschreibungen zeigen können."

Als es anläßlich des Auftretens des Direktors der Tullner Kraftwerksgesellschaft, Staudinger zu Unmutsäußerungen der Waldviertler kam und Rufe wie „Dazua samma net herkumma!" laut wurden, traten auf Seite der Regierungs- und anderer SP-Vertreter Einschüchterung und Drohung offen hervor: Benya rief: „Dös is wurscht! Zuhören werdet's gefälligst!" Czettel drohte: „Weit werdet's net kumma mit der Art!" und Kreisky schrie voll Wut: „Ja, was heißt denn das? Sie müssen sich angwöhnen, auch Fachleute anzuhören. Wem's net paßt der kann ja gehn!"

Doch auch so ließen sich die Waldviertler Bürgermeister nicht zu einer Aufgabe ihrer Haltung bringen. Sie ließen sich weder von „Fachmann" Staudinger, der versprach, bis zum Jahr 1990 den Atommüll in Zwentendorf zu lagern, noch von „Fachmann" Staribacher, der in Aussicht stellte, daß später einmal der Mist sowieso ins Ausland geschickt werden würde und schon gar nicht von „Fachmann" Grümm (Studiengesellschaft Seibersdorf), der ihnen mit einem Stück Atommüll aus Seibersdorf vor der Nase herumfuchtelte beeindrucken. Dem Argument eines anderen „Fachmannes", der beteuerte, daß die Waldviertler Granitmassen sich seit Millionen Jahren in völliger Ruhe befunden hätten, hielt Schaffarik einen kurzen Auszug der Allentsteiger Chronik entgegen: „1768, Erdbeben mit schweren Schäden!"

Als die Konferenz für die Regierung ergebnislos auseinanderging, wußte es dafür jeder Österreicher, daß die Waldviertler nicht gewillt sind, ein Atommüllager hinzunehmen.

Auf der nachfolgenden Pressekonferenz, versuchte der geschlagene Kreisky auf die nachgiebige Tour ein neuerliches Täuschungsmanöver abzuziehen:

Er tönte, die Regierung habe keinesfalls vor, im Waldviertel einen Bürgerkrieg anzuzetteln, eine gewaltsame Lösung durchzudrücken. Er persönlich vertrete auch gar nicht die AKW-Eigentümer und habe ja an einer Lagerung des Atommülls im Waldviertel keinerlei Interesse. Dies sei einzig und allein Sache der AKW-Betreiber, die sich schon selbst darum kümmern müßten, wie sie ihren Mist anbrächten. Eine Lösung ohne Zustimmung der Betroffenen, sagte Kreisky, sei für ihn völlig undenkbar. Von jemandem darauf angesprochen, ob das etwa hieße, daß er nun eine Volksbefragung machen wolle, sagte er jedoch, „angesichts der aufgeheizten Atomosphäre" komme eine Volksbefragung „nicht in Frage".

Zwei Tage nach dieser Konferenz tagte der SPÖ-Parteivorstand um die Atomenergie-Frage „endgültig zu klären". Das Ergebnis der Sitzung war ein Beschluß, worin sich die SPÖ für die sofortige Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf ausspricht, wenn die Atommüllagerung positiv entschieden ist.

Was angesichts der immer stärkeren Bewegung gegen das Atomprogramm die Politik der Regierung so darstellen soll, als ob sich diese angesichts der Gefahren der Müllagerung nun doch lieber alles noch einmal überlegt, ist in Wirklichkeit das genaue Gegenteil. „AKW-Betrieb, erst nach Klärung der Müllagerung" heißt in Wirklichkeit nichts anderes als „Weil das AKW, in dem 7 Milliarden Schilling stekken, in Betrieb zu gehen hat, darum werden wir uns auch bei der Müllagerung von niemandem dreinreden lassen. Die zügige Vorbereitung des Probebetriebes, vor allem des Transportes der radioaktiven Brennelemente nach Zwentendorf zeigen das ganz deutlich.

Fortsetzung von Seite 4

nerfeld dann nicht verzichtet werden kann, wenn alle hiefür erforderlichen Bewilligungsverfahren vollständig abgeschlossen sind und auch ein Verzicht auf die Errichtung weiterer Kernkraftwerke in Österreich nicht grundsätzlich auszusprechen ist, soferne bei diesen Kernkraftwerken diese Vorbedingungen ebenfalls erfüllt sind. Die Entscheidung darüber, ob weitere Kernkraftwerke gebaut oder die Stromerzeugung durch andere Mittel sichergestellt zu werden hat, ist aber Aufgabe der Elektrizitätsversorgungsunternehmungen. Hinsichtlich deren Ausbaupolitik hat die Bundesregierung keine unmittelbare Zuständigkeit".

Demgegenüber können nur mit aller Entschiedenheit die grundlegenden Forderungen der IÖAG gegen die Inbetriebnahme des Zwentendorfer AKW, gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke in Österreich, und gegen die Atommüllagerung im Waldviertel, in Zwentendorf, in Tirol, in der Steiermark oder sonstwo in Österreich erhoben und propagiert werden. Über diese Forderungen wurde schon auf den meisten sogenannten *„Podiumsdiskussionen im Rahmen der ersten Phase der Informationskampagne Kernenergie"* mit jeweils großer Mehrheit dafür abgestimmt und die Veranstaltungen zum Teil in Diskussionen über die nächsten Schritte im Kampf gegen das Atomprogramm umgewandelt. Nichts davon getraut sich die Regierung im letzten und eine einzige Seite umfassenden vierten Kapitel *„Zur Informationskampagne Kernenergie"* einzugestehen. Nur in einem lapidaren Satz kommt zum Ausdruck, daß es in Österreich Widerstand gegen den Atomkraftwerksbau gibt: *„Die 'Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner' hat die Teilnahme an diesen Symposien (nicht öffentliche Diskussionen) abgelehnt."*

Den breiten und organisierten Widerstand aber gibt es und er wird mit Bekanntwerden dieses Regierungsberichts sicher an Entschlossenheit gewinnen.

J.R.

Kleinlobming bei Knittelfeld: Erfolgreiche Veranstaltung gegen AKW

In Kleinlobming – ein kleiner Ort mit ca. 700 Einwohnern in der Nähe von Knittelfeld – fand am 8.7.77 eine Veranstaltung der IÖAG statt.

Der Volksschuldirektor des Ortes stellte uns nach einem kurzen Gespräch den Festsaal der Schule zur Verfügung.

Mittels Flugblättern und durch Mundpropaganda wurde auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht. Gekommen sind 26 Personen, zur Hälfte ältere Menschen, die mit Interesse den Ablauf der Veranstaltung verfolgten. Es wurden Referate über die Gefahren der Atomkraftwerke, die Gründe, warum sie jetzt gebaut werden und die aufkommende Bewegung gegen die AKW in Österreich gehalten.

Ebenfalls wurde ein Video-Film über die Demonstration in Zwentendorf gezeigt.

In der anschließenden Diskussion konnten viele Unklarheiten über Fragen wie Arbeitsplatzsicherung, Energienotstand usw. geklärt werden.

Nach der Beendigung der Veranstaltung um ca. 22.30 Uhr wurde noch lebhaft in einem Gasthaus weiterdiskutiert. Einige erklärten sich bereit, mit der Gruppe der AKW-Gegner in Knittelfeld mitzuarbeiten.

Es wurden Broschüren, Plakate, Aufkleber und zwei Klassenkämpfe verkauft.

Gruppe der AKW-Gegner Knittelfeld

„Nieder mit dem AKW-Zwentendorf!" Erster Preis beim Plakatwettbewerb der Polytechnischen Schule in Traun

Auch heuer wurde an der Polytechnischen Schule Traun wieder ein Plakatwettbewerb unter den Schülern durchgeführt. Im Rahmen des Deutschunterrichtes wurden den Schülern mehrere Themen zur Auswahl gestellt, darunter: „Für ein Jugendzentrum Traun", 10 Jahre Polytechnische Schule Traun", „Atomkraftwerke – Ja oder Nein?".

Die überwiegende Mehrzahl der Schüler befaßte sich mit der Frage „Atomkraftwerke – Ja oder Nein?". Mit viel Eifer gingen sie an die Arbeit, nachdem dieses Thema im Laufe des Schuljahres von wirtschaftlichen, technischen und sozialen Gesichtspunkten aus mehrmals Gegenstand von Diskussionen war. Informiert über die Argumente der Befürworter und Gegner, wogen sie selbst Für und Wider ab, mit dem Ergebnis, daß sich die Mehrheit gegen die Errichtung des AKW in Zwentendorf und gegen die Atommüllagerung im Waldviertel aussprach.

Die Schüler wählten selbst die drei besten Plakate aus, die mit kleinen Preisen belohnt wurden.

J.K., (Deutschlehrer)

Schweiz: Kampf gegen AKW in Gösgen

„Beharrliche Atomkraftwerksgegner und viel Tränengas" so oder ähnlich lauteten die Überschriften in den Schweizer Tageszeitung am Montag den 4. Juli – denn das Schweizerische Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Gösgen (SAG) hatte zum dritten Mal innerhalb kurzer Zeit zum Marsch nach Gösgen aufgerufen. Zu Pfingsten hatte ein mehrtägiger Marsch mit bis zu 12.000 Teilnehmern stattgefunden. Am 25. Juni fand die erste Besetzung der Zufahrtswege des Kraftwerkes mit etwa 3000 Teilnehmern statt, die jedoch von der Polizei mit brutalen Mitteln sehr rasch aufgelöst werden konnte. Am 3. Juli fand der Kampf gegen das AKW Gösgen seinen bisherigen Höhepunkt, als 6.000 Demonstranten die Zufahrtswege besetzten und in einem brutalen Polizeieinsatz, der in der ganzen Schweiz größte Empörung hervorrief, vertrieben wurden. Angesichts des Polizeieinsatzes solidarisierte sich auch die Bevölkerung der umliegenden Gemeinden, die vorher noch geteilter Meinung gewesen war, mit den Besetzern: „Nachdem sich die Demonstranten verzogen hatten, ging die Polizei mit zwei Wasserwerfern gegen die Däniker Dorfbevölkerung vor, die dem Geschehen von einer Brücke aus zuschaute und ihrem Mißfallen gegenüber der Polizei Ausdruck gab". (Zürcher Tages-Anzeiger, 4.7.) Um ihr Vorgehen zu rechtfertigen, tischte die Polizei nachher allerhand Lügen von Molotow-Cocktails usw. auf: „Die von der Polizei an der Pressekonferenz aufgestellte, von verschiedenen Journalisten heftig bestrittene Behauptung, es seien auch Molotow-Cocktails geworfen worden, entspricht nicht den eigenen Beobachtungen." (Neue Zürcher Zeitung, 4.7.77)

Daß die SAG mit der Besetzung von Gösgen auf dem richtigen Weg ist und die schweizerische Bourgeoisie an einer äußerst empfindlichen Stelle getroffen hat, beweist der Kommentar zu den Geschehnisssen im Tages-Anzeiger: „Wenn die Besetzer Gösgen nun nicht in Ruhe lassen, schaden sie sich selbst. Den Zweck ihrer Übung, die Allgemeinheit gegen die offizielle Kernkraftwerkspolitik am lebendigen Objekt zu sensibilisieren, haben sie weitgehend erreicht. Sie tun gut, sich mit ihrer Opposition nun auf die nichtbewilligten und nichtgebauten Kernkraftwerke zu konzentrieren." Das sind die Wünsche der schweizerischen Bourgeoisie – was das schweizerische Volk dazu zu sagen hat, werden wir spätestens durch die nächste bereits geplante Besetzung erfahren.

-m-

Bilbao (Spanien)

Am Donnerstag, den 14. Juli, demonstrierten in der baskischen Stadt Bilbao über 150.000 Menschen gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerkes in der benachbarten Provinz Navarra.

Melbourne (Australien)

Samstag, den 2. Juli, demonstrierten in Melbourne zahlreiche Menschen gegen das Auslaufen des westdeutschen Containerschiffes „Columbus Australita", das in Brisbane fünf Behälter mit Uranoxyd für Japan an Bord genommen hatte. Die Demonstranten versuchten, das Schiff zu stürmen und führten, nachdem die Gangway hochgezogen wurden war, im Hafen einen Sitzstreik durch. Dagegen ging berittene Polizei mit Schlagstöcken vor und nahm an die fünfzig Personen fest. Unter ihnen befand sich auch der Führer der Hafenarbeitergewerkschaft. Aus Protest gegen das Vorgehen der Polizei gingen am Montag, den 5. Juli, rund 2.000 Dockarbeiter in einen 24-stündigen Streik.

Maschinenfabrik ANDRITZ: Die Firmenleitung will bei den Angestellten auf Biegen und Brechen ein spalterisches Prämiensystem durchsetzen – sie stößt auf wachsenden Widerstand

Die Geschäftsleitung der Maschinenfabrik Andritz (MFA) versuchte, den Widerstand der Angestellten gegen das Prämiensystem und die Leistungsbeurteilung durch die Kündigung von Kollegen Helmut Heimel abzuwürgen (s. letzter Klassenkampf). Das gelang ihr nicht. Sie setzte daher ihre Einschüchterungsmaßnahmen gegen andere Kollegen fort. So stellte sie einen anderen Kollegen in einer anderen Abteilung vor die Alternative, entweder selbst zu kündigen (dann dürfe er die Werkswohnung noch bis Ende des Jahres bewohnen) oder er würde sofort gekündigt. Auch dieser Kollege hatte sich gegen Leistungsbeurteilung und Prämiensystem aktiv eingesetzt. Aber mit dieser zweiten Kündigung kam die Geschäftsleitung bisher nicht durch. Auf einer Pressekonferenz der beiden Angestellten wurde bekannt, daß sich in privaten Gesprächen die Mehrzahl der Angestellten-Betriebsräte gegen die Kündigung ausgesprochen haben. Das ist eine Folge der wachsenden Empörung der Kollegen, durch die die sozialdemokratischen Betriebsräte immer mehr unter Druck geraten.

Worum geht es bei Prämiensystem und Leistungsbeurteilung?

Grob gesagt handelt es sich darum, daß die MFA-Angestellten von ihren Vorgesetzten nach einem von der Firmenleitung ausgetüftelten Schema „beurteilt" werden sollen – nach Punkten. Insgesamt können maximal 100 Punkte erreicht werden. Unter den zu beurteilenden Eigenschaften sind:

- *Die Menge und Qualität der Arbeit;*
- *wird die Anordnung eines Vorgesetzten widerstandslos ausgeführt;*
- *weiß sich der Angestellte gut zu benehmen;*
- *kann er sich unter den Kollegen durchsetzen;*
- *zeigt er ausreichende Identifizierung mit den Eigentümern und den Zielen der Firma;*
- *zeigt er freiwilligen und persönlichen Einsatz (das Ableisten „normaler" Überstunden ist noch nicht genug. Als besonders vorbildlich gilt der Einsatz außerhalb der normalen Arbeitszeit, Unterbrechung des Urlaubs usw.)*

Nach der Durchführung dieser Punktebewertung sollen Prämien ausgeschüttet werden. Die Höhe der Prämie richtet sich nach der Punktezahl, und zwar bei zwei Drittel der Angestellten. Ein Drittel der Kollegen soll überhaupt leer ausgehen.

In einem Flugblatt, das der gekündigte Kollege Heimel vor MFA an die Kollegen verteilte, teilte er den Kollegen mit: *„Es ist beabsichtigt, dieses Prämiensystem in Zukunft weiter auszudehnen. Dazu eine Aussage des Verfassers der sogenannten 'Richtlinien zur Beurteilung der Angestellten' (bei MFA):*
'Ich kann mir vorstellen, daß künftig das innerbetriebliche Gehaltsschema nicht mehr erhöht wird. Alle Gehaltserhöhungen könnten dann auf Grundlage von Prämien vorgenommen werden.'"

In einem Flugblatt stellte die Zelle MFA des Kommunistischen Bundes fest: „Leistungsbeurteilung und Prämiensystem sind Mittel zur Antreiberei, zur Aufspaltung der Belegschaft und zu ihrer Unterwerfung unter die Interessen der MFA-Kapitalisten. Sie laufen den Bestrebungen der Kollegen zuwider, sich ihre Gesundheit und Arbeitskraft zu erhalten und die Bewegungsfreiheit und Kraft, um für ihre Interessen einzutreten."

Aber nicht nur das: „Es geht den Herren im Vorstand auch darum, die Angestellten möglichst gut gegen die Arbeiter auszuspielen", schrieb die Zelle MFA in einem Flugblatt an die Arbeiter. „Sie wollen die Angestellten zu möglichst gut funktionierenden Handlangern der Profitinteressen der Firma machen, die auf die Arbeiter in der Produktion herabschauen und sich als was Besseres vorkommen, Leute, die großartige Pläne machen, aber sich einen Dreck drum scheren, wie die Arbeiter damit zurechtkommen.

Solche Angestellte will die Geschäftsleitung. Ein Mittel, damit sie solche bekommt, sind Leistungsbeurteilung und Prämiensystem. Da ist es eine ausgezeichnete Sache, wenn viele Angestellten-Kollegen den Kampf dagegen aufgenommen haben. „Kollegen Arbeiter.", heißt es in dem Flugblatt weiter, „könnt Ihr ein Interesse daran haben, daß sich die Geschäftsführung die Angestellten gefügig macht? Nein, daran kann kein Arbeiter interessiert sein, im Gegenteil: Nur den Herren im Vorstand würde das nützen. Daher liegt es in eurem eigenen Interesse, diesen Kampf der Angestellten-Kollegen zu unterstützen!"

Sofortige Wiedereinstellung von Kollegen Heimel!

Keine Kündigungen weiterer Kollegen!

Schluß mit allen Einschüchterungsmaßnahmen!

Um diese Forderungen geht es bei MFA. In jeder Abteilung, wo Kollege Heimel gearbeitet hat, haben binnen kürzester Zeit fast alle Kollegen für seine Wiedereinstellung unterschrieben. Die Kündigung anderer Kollegen wurde bislang erfolgreich verhindert. Das war vor allem deshalb möglich, weil alle Maßnahmen und Pläne der MFA-Geschäftsführung in diesem Zusammenhang unverzüglich allen Kollegen durch Flugblätter bekanntgemacht wurden – sei es durch die Zelle MFA des KB oder durch MFA-Kollegen oder gemeinsam.

Es geht jetzt darum, daß sich die Belegschaft hinter den Forderungen zusammenschließt und den Betriebsrat zwingt, sie gegenüber der Geschäftsführung zu vertreten. Dazu wird es nötig sein, daß die MFA-Kollegen die Absichten der Firmenleitung noch besser durchschauen lernen und sich im Kampf um ihre Interessen fest auf die eigenen Kräfte stützen. Die bisherigen Erfahrungen der Kollegen sind ermutigende Schritte auf diesem Weg.

Darüber hinaus wäre es sehr gut und notwendig, daß sie dabei auch von den Belegschaften bzw. Betriebsräten anderer Betriebe und von Gewerkschaftsgruppen unterstützt werden.

Resolutionen und Beschlüsse sind zu schicken an:
Dr. Helmut Heimel, Hugo-Schuchardtstraße 34, 8010 Graz,
An den Angestellten-Betriebsrat der Maschinenfabrik Andritz, Reichsstraße 66, 8045 Graz
An die Geschäftsleitung der MFA, Reichsstraße 66, 8045 Graz.

-wow-, Zelle MFA

ELIN/Wien: Für das Verbot von Nacht- und Schichtarbeit!

Vor einiger Zeit wurde bei Elin/Wien in der Presserei Schichtarbeit eingeführt. Das ging Hand in Hand mit der Anschaffung neuer, schnellerer Maschinen und der Einstellung von 5 neuen Leuten. Nachdem die ca. 20 Kollegen ihren Unmut über die Schicht äußerten, gab es diverse Drohungen von seiten der Firmenleitung. Darauf arbeitete man einige Wochen Schicht, neue Maschinen wurden angekauft – bis sich ein Teil der Einsteller weigerte, die Schicht zu machen. Seitdem gibt es keine Schicht mehr in der Presserei. Allerdings muß man in nächster Zeit mit weiteren Versuchen der Kapitalisten rechnen, das wieder rückgängig zu machen.

Untersuchungen der Arbeiterkammer ergaben, daß Schichtarbeiter achtmal häufiger unter Magenbeschwerden leiden als normal Beschäftigte, daß es bei ihnen enorme Familienprobleme gibt, weil sich die einzelne Familienmitglieder kaum sehen und miteinander sprechen können, daß die Scheidungsrate um 80 % höher ist als normal, die Jugendkriminalität um 50 % höher.

Auf der Jagd nach höheren Profiten sind die Unternehmer gezwungen, immer schärfere Ausbeutungsmethoden anzuwenden, um nicht selbst im Konkurrenzkampf mit anderen Kapitalisten unter die Räder zu kommen. Sie versuchen deshalb auf verschiedenste Arten, zu Lasten der Arbeiter und kleinen Angestellten die Produktionskosten zu senken, um international konkurrieren zu können, und so ihre Profite zu sichern. Rationalisierungen und damit verbunden Hinauswurf der Kollegen ist ein Teil davon. Ein anderer ist die von den Kapitalisten gewünschte Erhöhung der Kapazitätsauslastung ihrer Maschinen. Das erreichen sie nur durch Schichtbetrieb.

Neben dem gesteigerten Profit, den die Kapitalisten aus uns herausholen können, ist die Schichtarbeit, genauso wie Akkord-, Prämien- oder Überstundenarbeit ein Mittel, die Arbeiter auseinanderzudividieren. Gemeinsam haben sie, daß kein Arbeiter sie freiwillig machen würde, wenn er nicht durch Hinauswurf einerseits und durch seinen niedrigen Grundlohn andererseits dazu gezwungen wäre.

Im Interesse der Arbeiterklasse ist es deshalb unbedingt notwendig, daß die Schicht (genau wie Akkord od. Überstunden) abgeschafft wird, daß mit der Gewerkschaft einheitliche Regelungen für Branchen bzw. generell erkämpft werden, daß alle Belegschaften, sowohl kampfstarke als auch kampfschwache, gegen die Angriffe der Kapitalisten geschützt sind, und daß sie so sowohl köperlich als auch geistig, besser in der Lage sind, den Kampf gegen die Kapitalistenklasse um ihre soziale Befreiung zu führen.

Zelle Elin

WERTHEIM/Wien

Arbeitsunfälle um 37% gestiegen!

Im „Informationsblatt", der Betriebszeitung des Betriebsrates vom Juni 77 wurde die Unfallstatistik der letzten vier Jahre veröffentlicht. Sie lautet:

1973 . . .	246 Unfälle
1974 . . .	222 Unfälle, also ca. 10 % weniger
1975 . . .	121 Unfälle, das ist im Vergleich zu 1974 eine Verringerung um 45 %
1976 . . .	166 Unfälle, was eine Steigerung gegenüber 1975 um 37 % darstellt.

Woran liegt es, daß die Unfälle wieder so angestiegen sind?

Einerseits sind 1975 die hohen Unfallzahlen abgesunken: 1974/75 gab es wenig Aufträge, 150 Kollegen wurden entlassen, Überstunden gab es nicht. 1976 war die Auftragslage gut, eine ungeheure Überstundensteigerung (ca. 20.000 Überstunden monatlich) wurde erzwungen, das Arbeitstempo vor allem bei den Akkordarbeitern wurde verschärft: 166 Unfälle. So gibt es für viele Kollegen keinen 8-Stunden-Tag, sondern sie stehen 10 oder noch mehr Stunden am Arbeitsplatz. Und gerade nach den 8 Stunden passieren die meisten Unfälle, denn die Kollegen sind müde, die Konzentration läßt nach und da passierts schnell, daß man mit der Hand irgendwo hineinkommt. Außerdem hat der Produktionsausstoß zugenommen. Die Hallen sind vollgestopft und dadurch werden die Arbeitsplätze eingeengt.

Die Rationalisierungsmaßnahmen, Neustoppungen und stärkere Antreiberei haben dazu geführt, daß die Kollegen noch mehr herumhetzen, die Maschinen schneller laufen, was mit sich bringt, daß Schutzvorrichtungen nur mehr beschränkt eingesetzt werden können. Das ist aber nicht deshalb so, weil die Kollegen „dumm" oder unvorsichtig sind, sondern weil Schutzvorrichtungen bei Akkordarbeiten meist hinderlich sind, will man auf seine Prozente kommen.

Das sind die wesentlichsten Ursachen, die zu Unfällen führen. Sie werden vom Betriebsrat auch genannt.

Sehr richtig schreibt der Betriebsrat: „Wir haben nur eine Ware zu verkaufen – das ist unsere Arbeitskraft und die müssen wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln schützen." Diesen Schutz müssen sich die Arbeiter erkämpfen, um die Kraft zu haben, den Klassenkampf gegen die kapitalistische Ordnung zu führen. Das Programm des KB fordert daher: Verbot von Überstunden, 7-Stunden Tag, 5-Tage-Woche; Verbot des Akkords und aller akkordähnlicher Systeme; Verbot von Nacht- und Schichtarbeit.

Der Betriebsrat schreibt weiter: „Ein Arbeitsunfall stellt ein Elementarereignis dar, das geeignet ist, alle Berechnungen und Planungen im Leben eines Menschen über den Haufen zu werfen, ja es kann die Existenzmöglichkeit einer ganzen Familie in Frage stellen." (Informationsblatt).

Kann man in unserem System die Arbeitskraft einmal nicht mehr verkaufen, so ist man „wertlos", denn man kann für den Kapitalisten keinen Profit mehr erzeugen. Dauert der Krankenstand infolge eines Unfalles längere Zeit oder ist der betroffene Arbeiter gar auf Lebenszeit unfähig, seine Arbeitskraft zu verkaufen, dann wirds überhaupt schlimm: Das, was von Versicherungen ausbezahlt wird, ist „zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig". Alle Kollegen bei Wertheim haben das Schicksal von zwei Arbeitern miterlebt, die auf Grund eines Arbeitsunfalles nicht mehr arbeitsfähig waren; aus finanziellen Gründen war ihre Existenz völlig gefährdet. Diese Erfahrung führte daher auch Anfang 1976 zu einem Kampf um die Forderung, daß von den Kapitalisten den betroffenen Kollegen für ein ganzes Jahr eine Unterstützung in der Höhe ihres Lohns gezahlt wird. Das war ein ausgezeichneter Schritt im Kampf um die Verbesserung des Arbeiterschutzes bei Wertheim. Das ersetzt aber nicht ein Versicherungswesen, das die Arbeiter selbst verwalten und in ihrem Interesse leiten und einsetzen. Da sich aber das gesamte Versicherungswesen in Händen der Kapitalistenklasse befindet, ist es notwendig, den Kampf darum zu führen, ihnen das Versicherungswesen zu entreißen.

(s) Zelle Wertheim

Die Personalvertretungswahlen bei der ÖBB für den Zusammenschluß der Eisenbahner hinter konkreten Forderungen nützen

Im Herbst 1977 werden rund 74000 aktive Eisenbahner in ganz Österreich ihre Personalvertretung (PV) wählen. Die letzten PV-Wahlen waren am 3./4.Dezember 1973.

Die österreichischen Bundesbahnen sind der größte staatliche Transportbetrieb, der größte Frächter Österreichs. Die ÖBB als Transportbetrieb in der Hand der Kapitalistenklasse - vermittels ihrem Staat - garantiert der herrschenden Ausbeuterklasse den Transport sämtlicher Waren und Güter zu billigsten Sondertarifen und einer Vielzahl von Begünstigungen. Es geht vor allem um den Gütertransport, der rund 75% der Einnahmen bringt. Die Pläne für Streckenstillegungen in wirtschaftlich rückständigen Regionen, wie Südsteiermark, Südkärnten und Waldviertel, wo also wenig Gütertransport anfällt, zeigen das deutlich.

Die große Masse der 74000 Eisenbahner sind produktive Arbeiter und sind so ein Teil der Arbeiterklasse. Als Lohnbedienstete und Beamte des Staatsdienstes wird dieser Teil der Arbeiterklasse besonders durch die Dienstpragmatik, durch Gesetze und Verordnungen an den bürgerlichen Staat und somit an die Interessen der Kapitalistenklasse gebunden. Die Eisenbahner (wie alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten) werden im besonderen politisch und gewerkschaftlich entrechtet, um diesen wichtigen Teil der Wirtschaft - den Gütertransport - für die Kapitalistenklasse zu garantieren.

Rasante Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Eisenbahner - zu Gunsten des Kapitals

Um den gesamten Betrieb bei den ÖBB profitabler zu machen wurde ein „ÖBB-Unternehmenskonzept bis 1985" - ein großes Rationalisierungsprogramm - von der Generaldirektion entworfen.

Tatsächlicher Sinn und Zweck und das große Ziel ist:

* bis 1985 rund 15000 Eisenbahner einzusparen
* Das Lohnniveau weiter zu drücken
* Die politische und gewerkschaftliche Entrechtung zu festigen und auszubauen
* Die Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern und den erkämpften Arbeiterschutz anzugreifen
* Die Arbeitszeit und die Überstundenschinderei auszudehnen.

Kurz und gut. Das Ziel ist, aus weniger Eisenbahnern noch mehr Arbeitsleistung und somit mehr Profit herauszupressen. Die Auswirkungen dieses sogenannten „Modernisierungsprogrammes" spüren die Eisenbahner schon seit längerem und das wird sich in den nächsten Monaten noch verschärfen. Verschärft wird die Lage durch:

* Das völlig unzureichende und spalterische Gehaltsabkommen ab 1.1.1978 mit 7,5% für die Beamten und 8% für die Lohnbediensteten. Was eine Nettoerhöhung von ca. 400 bis höchstens 700 Schilling bedeutet. Die wirtschaftliche Lage wird dadurch weiter verschlechtert.
* Über 1000 Zugbegleiter wurden schon eingespart.
* Die Zugführer sollen verstärkt eingespart werden, Schaffner werden wegrationalisiert
* Die Anzahl der Überstunden (1976 runde 7,2 Millionen) wird sich vergrößern
* Die Nacht- und Schichtarbeit wird ausgedehnt, Sonderschichten eingeführt, Umstellungen auf schlechtere Dienstzeiten usw.
* Die Anzahl der Betriebsunfälle, die Anzahl der tötlichen Unfälle steigen durch die Arbeitshetze
* Die Zahl der Dienststrafen steigt.

Das sind nur einige wenige Beispiele. Über alle diese Verschlechterungen steigt der Unmut und die Empörung der Eisenbahner. Frontal und unvereinbar stehen sich hier die Interessen der Arbeiter und die der Verwaltung und Direktion gegenüber.

Bei den kommenden PV-Wahlen geht es um alle diese Fragen. Es geht um den Zusammenschluß der Eisenbahner um konkrete Forderungen. Von allen klassenbewußten Eisenbahnern werden die Wahlen dazu benützt werden, um in der Herstellung der Einheit der Belegschaft einen wichtigen Schritt weiter zu kommen.

5 wichtige Punkte für die Debatte und den praktischen Zusammenschluß

1. Gegen die Rationalisierungen und Einsparungen auf Kosten der Eisenbahner! Gegen den Aufnahmestop !

15000 Eisenbahner sollen - nach dem Plan der Generaldirektion - bis 1985 - also in den nächsten acht Jahren, eingespart werden. Betroffen sind dadurch alle, ob im fahrenden Dienst oder in den Werkstätten und Bahnhöfen. Offen und verdeckt werden die Kollegen wegrationalisiert. Es wird nicht nur eingespart oder jemand von einem Posten abgezogen, sodaß die restlichen diese Arbeit mitmachen müssen, sondern die, die in Pension gehen, werden nicht aufgestockt. Das heißt dann „natürlicher Abgang". Deshalb muß der Aufnahmestop weg.

2. Gegen jede Verschlechterung der Arbeitszeitregelungen und der Arbeitsbedingungen! Die 40-Stundenwoche gibt es für die Eisenbahner nur auf dem Papier - vor allem für den Verschubdienst und für den fahrenden Dienst. Die Umstellungen im Schichtbetrieb bringen verschlechterte Arbeitszeiten. Zusammen mit den Personaleinsparungen erhöht sich die Unfallgefahr merklich.

3. Keine Dienststrafen, keine Ordnungsstrafen, keine Suspensionen! Weg mit der Dienststrafordnung!

Um die Eisenbahner zu „gewissenhafter Arbeit und Genauigkeit zu erziehen", um sie zu unterdrücken, gegenseitig auszuspielen und zusätzlich finanziell auszuplündern, bedient sich die Direktion und Verwaltung der Dienststrafordnung.

* Geldstrafen können bis zu mehreren Jahren verordnet werden
* es gibt Disziplinarstrafen und Rügen
* es gibt Zurückversetzungen für mehrere Jahre von einer Gehaltsgruppe in eine niedrigere (z.B. von der Gehaltsgruppe 4 b in die Gehaltsgruppe 3 a)
* die Anstellung kann über Jahre hinausgezögert werden
* Versetzungen von einem Posten auf einen anderen, schlechteren, und natürlich die sofortige Entlassung bei den Lohnbediensteten.

Es geht um keine „Modernisierung" oder um einen „Umdenkungsprozeß" bezüglich der Dienststrafordnung, von dem die Gewerkschaft jetzt spricht - weil der Unmut der Kollegen schon so groß ist - sondern um die totale Beseitigung der Dienststrafordnung.

Daß die Geldstrafen eine zusätzliche Ausplünderung der Eisenbahner sind, spürt jeder Betroffene, denn es können bis zu mehreren hundert Schilling pro Monat und das für Jahre abgezogen werden.

4. Löhne und Gehälter: Die Wichtigkeit der Durchsetzung der Forderung nach einheitlichen und ausreichenden Schillingerhöhungen erkennen immer mehr. Nur eine derartige Forderung kann eine Grundlage für den einheitlichen Kampf der Eisenbahner sein. Um unzureichende und spalterische Forderungen kann keine Front gegen den Staat aufgebaut werden. Bei Lohn- und Gehaltsverhandlungen müssen die Eisenbahner von ihren Interessen und Zielen ausgehen - ohne Rücksicht auf den Staat und seinen Haushalt.

5. Weg mit jeder Schweigepflicht! Weg mit jeder Verpflichtung auf den Dienstbetrieb!

Sowohl die Bediensteten als auch die Personalvertreter sind verpflichtet zur Verschwiegenheit über Vorkommnisse oder den Dienstbetrieb - sowohl innerhalb der Bahn gegenüber den Kollegen als auch nach außen.

Die Personalvertreter sollen nur denen gegenüber verantwortlich und rechenschaftspflichtig sein, von denen sie gewählt wurden, als Vertreter der Eisenbahner gegenüber der Direktion und dem Staat - und niemand anderem.

Das sind fünf wichtige Punkte für die Debatte und Vorbereitung der PV-Wahlen im Herbst. Das sind beiweitem nicht alle Fragen - aber eben 5 wichtige Fragen. Das ganze Jahr über laufen die Debatten in den Dienststellen über notwendige Forderungen und die kommenden Wahlen. Es ist notwendig, daß sich die Kollegen der Eisenbahn auf konkrete Forderungen einigen - um so geschlossen und einheitlich der Verwaltung und Direktion entgegentreten zu können. Gewählt werden sollen im Herbst nur solche Kollegen, die sich auf die Forderungen der Kollegen stellen und für deren praktische Durchsetzung eintreten wollen. Die Wahlvorbereitungen und die PV-Wahlen im Herbst sind ein guter Hebel um im Zusammenschluß der Eisenbahner in konkreten Fragen einen weiteren wichtigen Schritt vorwärts zu kommen.

Fe.Wa.

Neuerliche Entlassungen in Kühnsdorf/Kärnten

Was zeigt das Beispiel Leitgeb?

Vor kurzem entließ Leitgeb wieder 75 - 100 Beschäftigte. Von 700 Arbeitern und Angestellten wurden in den letzten Jahren rund 400 entlassen. Zu den neuerlichen Entlassungen sagte Leitgeb im ORF: „Gescheiter mit 300 Leuten überleben, als mit 400 in Konkurs gehen". Der Betriebsratsobmann der Arbeiter stimmte dem vollständig zu.

Und der eine oder andere Arbeiter von Leitgeb, der diesmal „Glück" hatte, denkt, daß an diesem Argument vielleicht schon was dran ist.

Was ist wirklich dran an Herrn Leitgebs Begründung für die Entlassungen?

Leitgeb hatte bis nach dem 2. Weltkrieg das Monopol auf dem Faserplattenmarkt in Österreich. Mit Hilfe der Nazis wurde der Betrieb ausgebaut. Der erste ernsthafte Konkurrent war Funder, seit 1962 traten auch noch andere österreichische Faserplattenkapitalisten auf den Plan. Heute sind alle Faserplattenfirmen in einem Kartell zusammengefaßt, das zu ⅔ von Funder beherrscht wird.

Worin genau die „Schwierigkeiten" der Firma Leitgeb bestehen, ist angeblich völlig unklar. Sicher ist, daß er auf einem Plattenberg von ca. 1 Mio. m2 Platten sitzt. (Rund 50 Mio Schilling). Die bürgerliche Presse vermutet, „veraltete Produktionsanlagen, schlechte Verwaltungs- und Personalpolitik, Familienzwist, Absatzschwierigkeiten!" An all diesen Vermutungen mag schon was dran sein, die wirkliche Ursache der „Schwierigkeiten" ist aber eine andere:

Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft hat auch Leitgeb erfaßt und er versucht aus dem verstärkten Konkurrenzdruck herauszukommen - auf dem Rücken der Arbeiter: Ob er mit den Entlassungen rationalisieren, d.h. seine Produktion profitabler machen will, indem er die Ausbeutung der im Betrieb Verbleibenden weiter verschärft, ob er auf leisem Weg (wie Neuner) seinen Konkurs vorbereiten will, ob er eine Fusionierung mit Funder anstrebt, ob er nur seinen Plattenberg loswerden will - klar ist, daß er am besten raussteigen will, und es auch kann. Denn er hat die Produktionsmittel und das Kapital in seiner Hand. Für ihn zählt nur der Profit, was mit den Arbeitern geschieht, war noch jedem Kapitalisten gleichgültig. Er kann das allerdings nur so lange, bis die Arbeiter seine Pläne durchkreuzen.

Das war bei Leitgeb noch nicht der Fall.

Gründe dafür gibt es mehrere. Dazu gehören aber sicher die Methoden, mit denen Leitgeb bei den bisherigen Entlassungen vorging: Es wurden Arbeiter entlassen, die 28 - 30 Jahre lang in der Firma gearbeitet haben, andere wieder waren erst ganz kurz bei Leitgeb. Ein Arbeiter stand auf der Kündigungsliste, der wegen eines Herzinfarkts nicht mehr seine früheren Leistungen erbringen konnte. Weiters wurde ein Fall bekannt, wonach bei den Kündigungen vor einem Jahr einige Arbeiter entlassen wurden, die dann woanders Arbeit gefunden hatten. Kaum hatten sie die gehabt, sagte ihnen Leitgeb, daß sie wieder zu ihm kommen sollten. Das taten sie auch - und wurden jetzt wieder entlassen. Diesen Maßnahmen gegenüber gibt es unter den Arbeitern zwar ein Murren, auf die Betriebsleitung sind sie auch nicht besonders gut zu sprechen.

Ein weiterer Grund ist vor allem, daß der Betriebsratsobmann der Arbeiter, Jegart, voll auf seiten der Firmenleitung steht und sogar in spalterischer Weise sich bei den Entlassungen nur für Gewerkschaftsmitglieder eingesetzt hat.

Auch befürchten die Arbeiter, die jetzt noch im Betrieb sind, eine weitere Kündigungswelle im Herbst oder Anfang nächsten Jahres.

Jeder weiß, daß die Arbeitslosenrate in Kärnten die höchste von ganz Österreich ist, und daß die Situation in Unterkärnten noch schlechter ist.

Entweder müssen die entlassenen Arbeiter mit ihren Familien vom kärglichen Arbeitslosengeld leben (40 - 50 % vom Lohn), oder sie bekommen eine Arbeit, die dann aber bestimmt mit schlechteren Arbeitsbedingungen verbunden ist (z.B. pendeln). Auf die „guten Ratschläge" des Herrn Leitgeb, was sie nun tun sollen, können sie sowieso pfeifen: „Kühnsdorf hat für eine Betriebsansiedlung gute Voraussetzungen, v.a. was die Infrastruktur betrifft. Jeder ist eingeladen, bei uns einen Betrieb aufzumachen."

Am Beispiel Leitgeb sieht man, daß es keinem Arbeiter etwas hilft, still zu sein und sich vollständig der Willkür der Kapitalisten auszuliefern. Denn dadurch wird nicht nur die Lage der Leitgeb-Arbeiter, sondern der gesamten Arbeiterklasse schlechter, ihre Kampfkraft geschwächt. Daher ist es notwendig, tagtäglich gegen solche Maßnahmen der Kapitalisten zu kämpfen. Gegen Lohnabbau, Rationalisierungen, gegen eine weitere Aushöhlung des Arbeiterschutzes.

H.G./B.H

Ortsaufbaugruppe Klagenfurt

Schlachtplan der Bourgeoisie für d lose Steigerung der Ausbeutung,

Die Forderung von ÖIAG-Generaldirektor Geist nach einem „befristeten Lohnstopp" ist ein weiterer Mosaikstein in dem Bild, das man sich in den letzten Monaten von dem Schlachtplan der Bourgeoisie der machen konnte, der ihre Profitwirtschaft aus der Krise führen soll. Kernstück dieses Schlachtplans ist die Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse im Inneren, um auf dem Weltmarkt Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Flankiert muß dieser Vorstoß gegen die Arbeiterklasse im Inneren durch die Steigerung der staatlichen Ausplünderung der Volksmassen werden, um zusätzliche Mittel für den Konkurrenzkampf auf den internationalen Märkten aus dem Volk zu pressen. Flankiert muß er werden durch den Ausbau des imperialistischen Gewaltapparats zur Absicherung dieser Pläne gegenüber der Arbeiterklasse und den imperialistischen Konkurrenten. Nach außen muß der Staat den Kampf des Kapitals durch Absicherung des inneren Marktes gegen die ausländische Konkurrenz und durch die Förderung des Waren- und Kapitalexports durch politische und diplomatische Maßnahmen voranbringen.

Dieser Schlachtplan schließt notwendigerweise mit ein, die beschleunigte Verelendung der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Er ist ein Schlachtplan gegen die Arbeiterklasse und das Volk. Er bedeutet Reaktion auf der ganzen Linie. Ihn in die Tat umzusetzen, ist die innere Voraussetzung dafür, daß sich die österreichische Bourgeoisie im Wirtschaftskrieg auf den internationalen Märkten gegen ihre imperialistischen Konkurrenten behaupten kann. Das ist auch die Voraussetzung für die Erhöhung ihrer Chancen, ihr „Anrecht" auf Ausbeutung der österreichischen Arbeiterklasse und ihre Ausbeuterinteressen auf dem Weltmarkt auch dann zu behaupten, wenn an die Stelle des internationalen Wirtschaftskriegs der Krieg zwischen den beiden Supermächten um die Neuaufteilung der Welt tritt.

Die Überproduktionskrise ist nicht überwunden

In unserer Gründungsresolution haben wir festgehalten: Die wirtschaftliche und politische Krise des Imperialismus *„hat 1974 und 1975 besondere Schärfe gewonnen durch das Zusammenfallen einer äußerst raschen Beschleunigung des Vormarsches der Dritten Welt und der damit verbundenen Einengung des Spielraums und Schwächung des Imperialismus auf der einen Seite und der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit auf der anderen Seite. Der Imperialismus hat sich bis heute nicht aus dieser Krise erholt und hat auch keine guten Aussichten in dieser Richtung. Seine politische Krise vertieft sich weiter rasch und er hat weitere entscheidende Niederlagen in Aussicht wie z.B. im Südlichen Afrika. Vor diesem Hintergrund, angesichts des anhaltenden und durch die bisherige Kapitalvernichtung nicht gelösten Widerspruchs zwischen der vorhandenen Produktionskapazität und der beschränken Konsumtionskraft der Massen und angesichts der Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft ist heute ein einigermaßen dauerhafter, tiefgreifender und allgemeiner Aufschwung der kapitalistischen Produktion unmöglich. Phasen der relativen Stabilisierung sind möglich, aber sie sind nur zeitweilig, erfassen jeweils nur einen Teil der Produktion und der entwickelten kapitalistischen Länder und tragen in sich den Keim eines noch tieferen Absinkens in die Krise. Sie sind nur eine oberflächliche und vorübergehende Erscheinung."* (Kommunist 1/76, Seite 25f.)

Die Entwicklung seither hat diese Einschätzung vollauf bestätigt. Weder international noch in Österreich konnte die Überproduktionskrise, die den Weltmarkt überfüllt, überwunden werden. Der Aufschwung der Produktion, der in einigen Industriezweigen der wichtigsten imperialistischen Länder nach dem Tiefpunkt der Krise 1975 einsetzte, gerät bereits wieder mehr und mehr ins Stocken oder ist bereits zum Stillstand gekommen. Die Zwischenüberschriften eines internationalen Konjunkturüberblickes des Wirtschaftsforschungsinstitutes (Monatsberichte 5/77) illustrieren das:

* „Kehrtwendung in der Wirtschaftspolitik stellt Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs in den USA in Frage"
* „Verlangsamung des exportgetragenen Konjunkturaufschwungs in Japan"
* „Zwiespältige Konjunktureinschätzung in der Bundesrepublik Deutschland"
* „Konjunkturaufschwung in Großbritannien wird aus Stabilitätsgründen gebremst"
* „Steigende Inflation und Zahlungsbilanzungleichgewichte zwingen Italien, den steilen Konjunkturaufschwung zu bremsen".

Fast durchwegs wird mit einem Rückgang der Zuwächse zum Brutto-Nationalprodukt im Jahre 1977 gegenüber 1976 gerechnet:

Brutto-Nationalprodukt, Veränderungen gegen das Vorjahr in Prozent

	1973	1974	1975	1976	1977
USA	+ 5,4	− 1,8	− 1,8	+ 6,1	+ 5,0
Japan	+ 9,8	− 1,3	+ 2,4	+ 6,3	+ 5,5
BRD	+ 5,1	+ 0,5	− 3,2	+ 5,6	+ 4,5
Frankreich	+ 5,6	+ 2,8	− 1,2	+ 4,8	+ 3,5
Großbritannien	+ 5,5	+ 0,2	− 1,7	+ 1,0	+ 1,5
Italien	+ 6,3	+ 3,4	− 3,7	+ 5,7	+ 2,0
Österreich	+ 5,8	+ 4,1	− 2,0	+ 5,2	+ 4,5

Gegenüber diesen Prognosen wurden mittlerweile die Wachstumserwartungen in einigen Ländern bereits wieder heruntergeschraubt. Auch in Österreich gehen die Erwartungen inzwischen schon eher in Richtung 3.5% Wachstum.

Als das zentrale Problem für die weitere Wirtschaftsentwicklung bezeichnen die bürgerlichen Wirtschaftsforscher die „Investitionsschwäche" der Kapitalisten. *„Die Überwindung der Investitionsschwäche ist das zentrale Problem, wovon es abhängt, ob die Konjunktur international tragfähiger wird."* (Monatsberichte 5/77, S.241) Die Kapitalisten sind jedoch nicht *„zu schwach"* zum Investieren. Es fehlt ihnen nicht an Kapital dazu, im Gegenteil. Die Krise bedeutet gerade Überproduktion von Kapital, die Bourgeoisie weiß gar nicht, wohin damit. Was fehlt, ist nicht das Kapital zum Investieren, sondern der „Anreiz" dazu, wie die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler treffend die Tatsache bezeichnen, daß Kapital nur dort in der Produktion angelegt wird, wo eine Profitrate winkt, die mindestens so hoch sein muß, wie z.B. der Zins, der sich über den Kauf von Staatsanleihen aus dem Steueraufkommen der Volksmassen ziehen läßt.

Dieser „Anreiz" zur Kapitalanlage in Erweiterungsinvestitionen zur Ausdehnung der Produktion oder zu Neugründungen von Unternehmen fehlt aber weitgehend, da die internationalen Märkte ohnehin vollgepfropft sind mit Waren und für erweiterte Produktion kein Absatz bei entsprechendem Profit zu finden ist. Im Gegenteil ist bereits angelegtes Kapital durch Nichtauslastung der Produktionskapazitäten und angefüllte Warenlager lahmgelegt.

Der teilweise Produktionsaufschwung nach 1975 wurde im wesentlichen durch die Konsumgüterindustrie getragen, wobei die Autoindustrie besonders stark expandierte. Hier wurde auch eine erhebliche Masse von Kapital neu investiert, magisch angezogen von den hohen Profitaussichten. Die Produktionsausweitung in der Konsumgüterindustrie erfordert aber keine so hohen Investitionen in den Maschinen- und Anlagenpark, da sie in der Hauptsache bewerkstelligt wird durch verschärfte Antreiberei und Ausdehnung des Arbeitstages für die dort beschäftigten Teile der Arbeiterklasse. Die Nachfrage nach Investitionsgütern aus dieser Produktionserweiterung blieb dementsprechend relativ gering.

Insgesamt kam die Investitionsgüterindustrie nur schleppend voran. Wo investiert wurde, handelte es sich - auch in Österreich - in der Hauptsache um Reparatur- und Rationalisierungsinvestitionen, nicht um Investitionen zur Erweiterung der Produktion. So sieht es auch für die weitere Zukunft aus.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut nennt auch einen Grund dafür: *„dürfte 1977 die effektive Konsumnachfrage durch die relativ mäßigen Abschlüsse, die eher umverteilende Wirkung zugunsten der Unternehmereinkommen haben, geschwächt werden, wodurch heuer auch die indirekten Investitionsimpulse über die Konsumnachfrage nachlassen dürften."*

Hervorgetrieben wurde die Krise schließlich durch den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Die gewaltige Ausdehnung der gesellschaftlichen Produktion auf dem Boden des kapitalistischen Privateigentums und der Ausbeutung der Arbeiterklasse ist auf die Schranken der durch Ausbeutung und Ausplünderung eingeschnürten Konsumtionsmöglichkeiten der Massen gestoßen. Vom Konsum der Massen kann der Anstoß zur Überwindung der Produktionskrise nicht kommen. Im Gegenteil muß Ausbeutung und Ausplünderung der Massen verschärft werden, um im internationalen Konkurrenzkampf Kapital zu vernichten und so wieder Raum zu schaffen für die Expansion des eigenen Kapitals.

Export heißt die Devise, was gleichbedeutend ist mit dem Zusammenprall mit den anderen imperialistischen Konkurrenten, die die gleiche Devise haben.

Dieser Konkurrenzkampf hat international längst die Form eines Wirtschaftskrieges angenommen, der hinter der Fassade der frommen Sprüche auf den internationalen Wirtschaftskonferenzen der imperialistischen Länder erbittert tobt. Schutzzölle, Importbeschränkungen, Währungsmanöver, politischer Druck, Erpressung über Wirtschaftskredite gehören zum Arsenal dieses Krieges unter den imperialistischen Konkurrenten, die ihre Expansionskraft aus der Steigerung der Ausbeutung ihrer Arbeiterklasse saugen und durch die Ausplünderung der Länder der Dritten Welt abzustützen versuchen. Er muß und wird geführt werden bis zur ausreichenden Vernichtung von Kapital, sei es mit den Mitteln des Wirtschaftskriegs selbst und der durch ihn geförderten neuerlichen Krisen, sei es durch Waffengewalt im imperialistischen Krieg.

Konsumaufschwung aus Spargeldern und auf Pump

Auch der Aufschwung in Österreich 1976, der 1977 bereits wieder abzuebben beginnt, wurde im wesentlichen vom Anwachsen des „privaten Konsums" getragen. Zwar wuchs auch der Export 1976, doch relativ schwach durch die Rückgänge der Expote in den COMECON und in die Länder der 3. Welt, die gerade bei der Milderung der Krise 1975 noch eine große Rolle gespielt hatten. Mißmutig stellt der Pressedienst der Industrie am 30.6.1977 fest:

„Die Industrie hatte bereits bei der letzten Prognose vom März 1977 betont, daß die optimistische Annahme der Wirtschaftsforschung, der konjunkturelle Aufschwung würde in erster Linie vom Export getragen, nicht zu halten sein werde ... Diese Einschätzung der Industrie wird nun bestätigt. Die Wirtschaftsforschung erwartet ein um 6 Milliarden Schilling geringeres Exportvolumen, als sie es noch im März 1977 angenommen hatte. ..Das Wachstum würde nun in erster Linie vom privaten Konsum getragen ..."

Dieser „private Konsum" setzt sich zusammen sowohl aus dem persönlichen Konsum der Kapitalisten und ihrer Söldlinge, die sich diesbezüglich zweifellos auch in der Krise keine Mäßigung auferlegen mußten, als auch aus den notwendigen Ausgaben der Massen für die Erhaltung ihrer Arbeitskraft. So grundverschieden die Herkunft des Geldes dieser zwei Arten von „Konsumenten" ist - das eine aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse gerafft, das andere aus dem Verkauf der Arbeitskraft mühselig herausgeschlagen - so ist doch bei beiden eine Steigerung der Konsumausgaben 1976 und Anfang 1977 festzustellen.

Woher stammt das vermehrte Kaufvermögen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in dieser Zeit? Von Lohn- und Gehaltserhöhungen sicherlich nicht. Auf Lohn und Gehalt haben Kapitalisten und staatlicher Arbeitgeber 1975 und 1976 erfolgreiche Angriffe durchgeführt, die Steigerung der staatlichen Ausplünderung über Lohnsteuer und indirekte Steuern und Tarife hat noch ein weiteres zum Sinken des realen Nettoeinkommens beigetragen.

Kommt das Geld nicht aus realen Lohn- und Gehaltserhöhungen, kann es nur aus dem Erlös aus dem früheren Verkauf der Arbeitskraft kommen oder aus Schuldscheinen auf den Erlös aus dem künftigen Verkauf der Arbeitskraft. Die Kredit- und Spareinlagenstatistik bestätigt diese Annahme:

Im 2. Halbjahr 1975, als in Österreich der Tiefpunkt der Krise erreicht war, begann eine außergewöhnliche Expansion der Kredite an „unselbständig Erwerbstätige und Private". Die Kreditvergabe wurde im 2. Halbjahr 1975 um 5.91 Milliarden Schilling ausgeweitet gegenüber nur 2.3 Milliarden im 2. Halbjahr 1974 (ohne Bausparkassenkredite). 1976 setzte sich die Expansion fort.

Im zweiten Halbjahr 1975 und im Jahr 1976 ist die Verschuldung der „unselbständig Erwerbstätigen und Privaten" insgesamt (ohne Bausparkassenkredite) um 57.3% bzw. um *22.2 Milliarden Schilling* angestiegen. (Mitteilungen des Direktoriums der Österr. Nationalbank 3/77, 186 f.)

In diesen Kreditaufnahmen spiegelt sich die wachsende Unmöglichkeit für Teile der Arbeiterklasse, angesichts der wachsenden notwendigen Ausgaben für die Reproduktion ihrer Arbeitskraft diese aus ihrem laufenden Lohneinkommen zu decken. Um das Notwendigste für heute zu sichern, müssen diese Lohnabhängigen den Banken Anteilsrechte an ihrem Lohn der kommenden Jahre abtreten, in denen dadurch ihre Lebenshaltung und damit die Möglichkeit zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft weiter eingeschränkt werden. Die Rückzahlung dieser Schulden macht vor allem bei den Arbeitern einen wachsenden Teil ihres verfügbaren Lohns aus (in der folgenden Statistik noch nicht geglättet die Durchschnittszahl):

Anteil der Schuldentilgung am Arbeiterbruttolohn

1970	:	1,3 %
1971	:	1,6 %
1972	:	2,5 %
1973	:	2,6 %
1974	:	3,1 %
1975	:	3,0 %

(Quelle: Sozialstatistisches Handbuch der Arbeiterkammer Wien 1975, S. 397, Zahlen für 1976 noch nicht bekannt).

Die zweite Quelle für das vorübergehend

en Weg aus der Krise: Schranken- Verelendung der Arbeiterklasse

anwachsende Konsumvermögen der Lohnabhängigen in diesem Zeitraum waren die Spargelder, die sie in früheren Jahren vom Lohn abgezwackt haben. Nicht weil ihr Lohn ihnen einen Überschuß über die notwendigen laufenden Reproduktionsausgaben lieferte, sondern weil größere Anschaffungen aus dem Lohn nur gedeckt werden können durch Verminderung der laufenden Ausgaben für die Reproduktion der Arbeitskraft, auf deren Kosten zum Ansparen auf größere notwendige Ausgaben, die in längeren Abständen anfallen.

1973 sparten sich die Arbeiter im Schnitt 8% ihres Bruttolohns ab, 1974 noch 5.5%, 1975, im Jahr der Krise 6.6%. 1976 hat die Spartätigkeit noch angehalten. Anfang 1977 lief jedoch eine große Masse von Prämiensparverträgen aus: insgesamt wurden 9.07 Milliarden Schilling ausgezahlt (Mitteilungen 4/77, S 268) Davon sollen nur 60% wieder in verschiedenen Sparformen an die Banken zurückgeflossen sein. (Presse, 8.7.77) Damit wären ca. 3.6 Milliarden allein aus dieser Sparform im ersten Quartal 1977 in den Konsum gegangen. Dazu kommen noch die ausgelaufenen Bausparverträge.

Wenn diese Zahlen von Kredit- und Spargeldern auch nicht nur die Lohnabhängigen einschließen, so läßt sich an ihnen doch ablesen, daß die Lohnabhängigen zum Zeitpunkt des Tiefstandes der Krise 1975 im hohen Maß zu steigender Verschuldung gezwungen waren, sich diese Entwicklung seither fortsetzte und 1976/77 ergänzt wurde durch die Heranziehung eines großen Teils ihrer Spargelder zur Finanzierung der in der Krise aufgestauten notwendigen größeren Ausgaben.

„Konsumlust" nennen das die Zyniker in den bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstituten und Redaktionsbüros.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen wollen diesen Anstieg der Ausgaben der Lohnabhängigen für sogenannte „langlebige Konsumgüter" wie zum Hohn als Erfolg ihrer Lohnpolitik verkaufen. Die Kapitalisten verfolgen ihn mit Mißmut. Einmal, weil sie wissen, daß er nicht anhalten kann und keine dauerhafte Konjunktur von dieser Seite zu erwarten ist. Zum anderen vor allem, weil vom steigenden Absatz an diesen Konsumgütern vor allem die ausländische Konkurrenz profitiert - am drastischsten bei den Autos, die einen Großteil davon ausmachen und die aus dem Ausland importiert werden, weil Österreich keine PKW-Produktion hat.

„Konsumlust und Luxusleben" der Arbeiterklasse

Kein Wunder, daß sie und ihre Presseschreiberlinge wohlwollend dem Beschluß der Hernsteiner Regierungsklausur zustimmten, die Massenkredite zu verteuern, um den Ankauf vor allem von ausländischen Autos zu bremsen. Kein Wunder, daß sie sich gar nicht genug ereifern können, über den „Luxus", den sich die Lohnabhängigen mit dem PKW-Kauf leisten. Die Wahrheit dagegen ist, daß durch die anarchische Entwicklung der Großstädte, durch die Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit und die gerade durch die Krise noch weiter beschleunigte Ausdehnung des Pendlerwesens eine immer größere Masse der Lohnabhängigen zum Kauf eines PKW praktisch gezwungen ist.

Dies ist nur eine der neuen Ausgaben, die im Lauf der letzten Jahre in die notwendigen Reproduktionskosten der Arbeiterklasse hineingezwungen wurden. Diese Ausweitung der Warenmasse, die in die notwendigen Erhaltungskosten der Arbeitskraft eingeht, ist es auch, die in keine Reallohnberechnung einbezogen ist und auch durch keine Reallohnsteigung der letzten Jahre abgedeckt ist - eine versteckte, schleichende Verelendung, über die sich die ganzen bürgerlichen Reallohn-Rechenkünstler verlogen hinwegturnen.

Nicht genug damit – sie kehren sie um in eine zynische Verhöhnung der Arbeiterklasse, indem sie die Zunahme solcher neuer notwendiger Ausgaben im Arbeiterhaushalt als Zeichen der „Wohlstandsgesellschaft" und des „Luxuslebens" der Arbeiterklasse verkaufen. „Es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute!" ist der höhnische Refrain der Sozialdemokraten auf diese Lügenlitanei. Alles wird auf den Kopf gestellt: Zeigt der sinkende Anteil der Ernährungsausgaben im Arbeiterhaushalt in Wahrheit gerade die erzwungenen Einschränkungen und Verschlechterungen bei der Ernährung zugunsten der neu hinzukommenden notwendigen Ausgaben - so wird das im Mund der Kapitalisten und ihrer sozialdemokratischen Bänkelsänger flugs zum Zeichen des Wohlstandes und sozialen Fortschritts. Ein Blick auf die Statistik der Ausgabenverteilung der Arbeiterhaushalte beweist jedoch im Gegenteil, wie die Ernährungsausgaben nicht freiwillig, sondern gezwungenermaßen von anderen, neuen notwendigen Ausgaben zurückgedrängt werden.

Dem Rückgang des Anteils der Ernährungsausgaben um 16.8 Prozentpunkte steht eine erzwungene Ausweitung der Ausgaben allein auf dem Gebiet der Wohnungs- und Verkehrsausgaben um

Entwicklung der durchschnittlichen Verbrauchsasugaben des Arbeiterhaushaltes in Wien pro Jahr

	1951	1957	1963	1969	1974
Nahrungsmittel	44,8	41,1	31,6	30,0	28,0 !
Genußmittel	3,9	3,7	3,8	3,3	2,5
Wohnungszins, -instandhaltung	3,1	4,2	5,4	6,8	8,3 !
Wohnungseinrichtung	4,6	8,7	9,4	9,0	9,5 !
Gesundheits- und Körperpflege	1,9	2,7	3,3	3,5	3,2
Urlaub und Erholung	0,9	1,4	2,4	2,1	2,6
Verkehrsausgaben	2,2	2,5	4,6	9,5	11,7 !

(Quelle: Sozialstatistisches Handbuch der Arbeiterkammer Wien)

Auch im Lebensmittelverbrauch selbst zeigt sich diese Entwicklung. So ging der Jahresverbrauch von Fleisch und Wurst in einem (statistisch noch beschönigten) durchschnittlichen Wiener Arbeiterhaushalt von 1971 auf 1974 auf 59,8 kg auf 52,5 kg zurück; von 205 Eiern auf 191; von 7.6 kg Käse und Topfen auf 6.7 kg. Von 47.1 kg Gemüse auf 41.1 kg; von 59.7 kg Frischobst auf 53.3 kg. (Sozialstatistisches Handbuch der Arbeiterkammer Wien).

Allein dieser Ausschnitt aus dem schleichenden Verelendungsprozeß der österreichischen Arbeiterklasse widerspiegelt bereits deutlich genug die Folgen der Steigerung der Ausbeutung in den letzten Jahren, die sich durch keine Reallohnkosmetik wegschminken läßt. Der Schlachtplan der Bourgeoisie für den Kampf um „mehr Machtvolumen auf den fremden Märkten" würde bei seiner Durchsetzung diesen Prozeß noch gewaltig beschleunigen.

Kernstück: Steigerung der Ausbeutung

Kernstück dieses Schlachtplanes ist die Steigerung der Ausbeutung selbst. Der Lohn soll noch weiter hinuntergedrückt, der Arbeitstag verlängert werden.

Als Hebel dazu setzt die Bourgeoisie die Reservearmee der Arbeitslosen ein, die zwar in Österreich insgesamt gemessen an anderen europäischen Ländern derzeit relativ gering ist (1976: 55.300, 2%), aber regional durchaus eine erhebliche Rolle spielt (Kärnten: 4.9%, Burgenland: 4.3%) und in ganz Österreich als lebendige Drohung eingesetzt werden kann.

Ebenso als Druck- und Spaltungsmittel hofft die Bourgeoisie die ausländischen Arbeiter einsetzen zu können, deren Zahl 1977 wieder stark auf 187.OOO gestiegen ist und damit den Stand von 1975 wieder übertroffen hat. Das Ausländerbeschäftigungsgesetz der SP-Regierung hat der Bourgeoisie die gewünschte Waffe für ihre Spalter- und Erpressergeschäft mit den ausländischen Arbeitern geliefert.

Für die Lohndrückerei haben die Kapitalisten nach der erfolgreichen Durchsetzung der Lohnraubabschlüsse im Frühjahr eine Vielfalt von Mitteln, die selbst ohne den von ÖIAG-General Geist vorgeschlagenen Lohnstopp ihren Dienst tun:

Die laufende Rationalisierungswelle gibt ihnen die Möglichkeit, Facharbeiter zu ersetzen, bzw. in Anlerntätigkeiten zu zwingen, bei entsprechendem Lohnverlust. Das haben sie schon bisher erfolgreich getan: Von 1964 bis 1973 ist es ihnen gelungen, den Anteil der als Facharbeiter eingestuften Industriearbeiter von 31.4% auf 23.8% zu drücken und den Anteil der als angelernte Hilfsarbeiter eingestuften Industriearbeiter von 43.2% auf 53.3% zu heben (Sozialstatistisches Handbuch).

Weiters den Abbau der „freiwilligen Überzahlungen" (der Spanne zwischen effektiv gezahltem Lohn über den KV-Mindestlohn) bei Versetzungen und Neueinstellungen wie auch direkt durch offene Erpressung (wie z.B. in der Baubranche). Zusammen mit der Wirkung der Lohnraubabschlüsse hat das bereits zu einem Sinken der „Überzahlungen" in der österreichischen Industrie von 1974 auf 1975 um einen halben Prozentpunkt, von 1975 auf 1976 um einen ganzen Prozentpunkt geführt.

Weiters Neufestsetzungen beim Akkord und bei den Prämien, Streichung von „freiwilligen" Zulagen und Sozialleistungen usw.

Doch damit ist die Bourgeoisie noch lange nicht zufrieden. Der Vorstoß von Geist läßt harte Attacken von Seiten der Kapitalistenverbände erwarten, die darauf gerichtet sind, das *allgemeine* Lohnniveau auf längere Sicht überhaupt mehr oder weniger einzufrieren und damit dem Fraß der Preissteigerungen zu überantworten.

Gleichzeitig führen die Kapitalisten bereits seit einigen Monaten einen Propagandafeldzug für die weitere Unterlaufung und Aushöhlung der Arbeitszeitgesetze zur schrankenlose Ausdehnung des Arbeitstages. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Ausdehnung der Schichtarbeit auf einen sechsten Arbeitstag, womöglich ohne Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte. (Vergleiche Klassenkampf 12/77, „Gleitende Arbeitswoche")

In Vorbereitung ist bereits eine Änderung des Arbeitsruhegesetzes, die die Sonntagsruhe in Schichtbetrieben von heute: Samstag 24 Uhr bis Montag 0 Uhr auf die neue Regelung: Sonntag 6 Uhr bis Sonntag 22 Uhr festlegen soll. (Kurier 29.3.77). Das bringt dem Kapitalisten rechnerisch 8 zusätzliche Arbeitsstunden, real sogar das Doppelte, weil sie dann zwei Schichten zusätzlich arbeiten lassen können: eine Samstagnachtschicht von 22 Uhr bis Sonntag 6 Uhr und eine Sonntagnachtschicht von 22 Uhr bis Montag 6 Uhr.

In Vorarlberg schlug der Textilkapitalist und Handelskammerpräsident Hämmerle letztes Jahr bereits vor: *„Jugendarbeitsplätze zu schaffen, indem Schicht gefahren wird ...der Textilfabrikant will die Jugendlichen (ab 15 Jahre) entweder in die um 5 Uhr beginnende Frühschicht oder die um 22 Uhr endende Spätschicht einbauen. Begründung: 'Wenn er ins Kino geht, kommt er auch später heim'."* Der Vorarlberger SP-Landtagsabgeordnete und Leiter des Vorarlberger Arbeitsamtes Neururer meinte dazu, diese Forderung sei ein geeigneter Weg, eine drohende Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden.(Vorarlberger Nachrichten, 21.5.76). Als die Vorarlberger Gewerkschaftsjugend gegen diesen Angriff auf die Bestimmungen des Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetzes protestierte, kommentierten die „Vorarlberger Nachrichten" am 5.6.76 zynisch: *„Diese rasche Reaktion zu einem VN-Gespräch mit Präsidenten Hämmerle muß nicht unbedingt die Meinung der vor der Schulentlassung stehenden Jugendlichen ausdrücken. Für sie kann sich die Alternative stellen, Arbeit zu bekommen oder nicht."*

Schon im Jahr davor kündigte SP-Sozialminister Häuser auf einer Enquete anläßlich des „Jahres der Frau" an: *„es soll nun auch überprüft werden, ob die Frauen nicht durch überholte Schutzbestimmungen in ihrer freien Entfaltung behindert werden. Im Sozialministerium prüft man etwa derzeit die Berechtigung der Nachtarbeitsverbote für Frauen." (AZ. 16.1.75; das Nachtarbeitsverbot für Frauen behindert vor allem die Einführung des vollen Dreischichtbetriebes in der Elektroindustrie).*

Während all diese Projekte propagandistisch und in den Ministerien und Sozialpartnerschaftsgremien juristisch vorbereitet werden, geht die Ausdehnung der Arbeitszeit über den steigenden Überstundendruck in zahlreichen Betrieben voran. Die scharfe Konkurrenz diktiert diesen Kapitalisten immer kürzere Lieferfristen. Sie denken natürlich nicht daran, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Die 55-Stundenwoche ist in solchen Betrieben keine Seltenheit.

Die Erfahrungen unserer Betriebszellen zeigen, daß auch die Schicht- und Nachtarbeit ständig in Ausdehnung begriffen sind. Es gibt über ihr Ausmaß praktisch keine offiziellen Erhebungen. Nur über die Steiermark ist bekannt, daß dort 1975 in der Industrie 19% der Arbeiter in Dreierschicht, über 25% in Zweierschicht arbeiteten. (Chemie: 51% Dreierschicht und damit Nachtarbeit, Metall/Bergbau: 22%; „Arbeitsbedingungen und Lohnformen der steirischen Arbeiter", Arbeiterkammer Steiermark 1975).

Aber nicht nur unter der *absoluten* Ausdehnung der Arbeitszeit haben die Kapitalisten den 8-Stundentag und die 40-Stundenwoche längst begraben. Durch die ständig steigende Hetze der Akkord- und Prämiensysteme, denen 40% aller Industriearbeiter unterworfen sind, pressen sie 10 und mehr Normalarbeitsstunden in einen 8-Stundentag. Auch diese Systeme werden im Zuge der Rationalisierungswelle weiter ausgedehnt.

Dieser Feldzug zur Steigerung der Ausbeutung in den Betrieben geht vorderhand noch in der Hauptsache „im legalen Rahmen" der ohnehin völlig durchlöcherten Arbeiterschutzgesetze vor sich. Aber selbst an diesen Ruinen beginnen sich die Kapitalisten bereits zu stoßen. Ihr Schlachtplan geht dahin, auch sie niederzureißen. Das betrifft nicht nur die Arbeitszeit-, Jugend- und Frauenarbeitsschutzgesetze. Ihr Angriff ist umfassend. Er schließt die schrittweise Zerstörung des Sozialversicherungswesens ebenso ein, wie die Urlaubsrechte, die weitere Einschränkung der Rechte der Betriebsräte ebenso wie die weitere Aushöhlung des Kündigungsschutzes.

Auf dem Schlachfeld der gesteigerten Ausbeutung bleiben Opfer:

76.000 Arbeitsunfälle im Jahr, davon 500

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Schlachtplan der Bourgeoisie für den Weg aus der Krise: Schrankenlose Steigerung der Ausbeutung, Verelendung der Arbeiterklasse

tödliche (höchste Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle in der verarbeitenden Industrie gemessen an der Zahl der dort Beschäftigten unter den 11 größten europäischen Industriestaaten plus USA, Japan, Kanada; Kurier 4.2.1977). 4.000 weitere Unfälle auf dem Weg zum oder vom Arbeitsplatz - betroffen sind hauptsächlich Pendler. (Der Arbeitsmarkt Nr. 19/1976).

Medizinalrat Dr. Hesse von VMW-Ranshofen schätzt die Zahl der Menschen in Österreich, die aufgrund von Berufskrankheiten aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet sind, auf derzeit rund 280.000. (Volksstimme 6.3.77).

Die Zahl der wegen Lärmschwerhörigkeit und Lärmtaubheit angezeigten Berufskrankheiten entwickelte sich in den letzten 5 Jahren explosiv:

1965: 122 Fälle
1970: 200 Fälle
1975: 12.418 Fälle
(Handelsblatt 1.2.1977)

Während 1974 noch behauptet wurde, die Lebenserwartung in Österreich steige, erklärte der Präsident der Wiener Ärzteschaft, Dr. Neugebauer, nach Erhebungen des Statistischen Zentralamtes 1975: *„Wir wissen, daß das Durchschnittsalter der Menschen in Österreich zwar langsam, aber sicher wieder sinkt."* (Wiener Zeitung, 28.5.1977) Eine niedrigere Lebenserwartung als in Österreich gibt es in Europa nur mehr in Griechenland, Polen, Jugoslawien, Portugal, CSSR und Ungarn. (Neues Volksblatt 12.3.77).

SP-Regierung: Vorkämpferin für die Raubpläne der Bourgeoisie

Zusätzlich verschärft wird der Druck der steigenden Ausbeutung und der Angriffe auf den Arbeiterschutz durch die wachsende staatliche Ausplünderung. Aus ihr soll die Stützung der Exportvorstöße des österreichischen Kapitals finanziert werden, sollen Zuschüsse zu den Investitionen kommen, soll der Industrie die Energiezufuhr zu niedrigsten Preisen finanziert werden - jetzt auch über die Durchsetzung des Atomkraftwerksprogramms.

Gegenwärtig verfolgt die SP-Regierung vor allem entschlossen den Plan, vor 1979 keine Lohnsteuerreform und dann nur eine winzige als Zuckerl vor den Nationalratswahlen herauszulassen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen machen ihr die Mauer und propagieren das als „Beitrag zur Budgetsanierung", die die Arbeitsplätze sichern soll.

Zugleich treffen auch die verschiedensten Einsparungsmaßnahmen direkt die Lebenshaltung der Lohnabhängigen. Die katastrophale Ausstattung der Schulen und Lehrmittel hat praktisch wieder zur Einführung des Schulgeldes geführt - laufend werden die Eltern zur Finanzierung von Ausstattungsgegenständen herangezogen. Die Einsparungen bei den Zuschüssen zur Spitalserhaltung tragen nicht nur zur laufenden Zuspitzung des Elends im Volksgesundheitswesen bei, sondern treiben im engen Zusammenhang mit dem Ruin des Krankenversicherungswesens die Lohnabhängigen zunehmend in die Arme der privaten Zusatzversicherer.

Mit der Durchsetzung des neuen räuberischen Gehaltsabkommens im öffentlichen Dienst schließlich und mit den geplanten Rationalisierungsmaßnahmen dreht die Regierung auch den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst die Daumenschrauben enger.

„Mehr Machtvolumen in den fremden Märkten": In den Dienst dieses Programms stellt sich die SP-Regierung entschlossen und betreibt die Auspressung der Massen mit allseitiger Rückendeckung ihrer Parteifreunde in den Gewerkschaftsführungen und mit unglaublicher sozialer Demagogie.

Bei den Maßnahmen zum Schutz des inneren Marktes vor der ausländischen Konkurrenz ist die Regierung notgedrungen vorsichtiger. Auch die Bundeswirtschaftskammer drängte bei ihren Ratschlägen für die Hernsteiner Klausur nicht auf harte Maßnahmen aus der berechtigten Angst, dabei den Kürzeren gegen die großen imperialistischen „Partner", vor allem den BRD-Imperialismus, zu ziehen. *„Bei der Handelspolitik sind den Exportförderungen gegenüber den Importhemmnissen der Vorzug zu geben, die nur dann eingesetzt werden sollten, wenn sie den Interessen der Exportwirtschaft nicht widersprechen".* (Presse, 6.6.77). Der Exportförderung nimmt sich dafür die Regierung umso mehr an, nicht nur mit den abgepreßten Steuerzahlungen des Volkes:

Unter dem Mantel der Neutralität versucht sie - mit Kreisky als reisendem Handelsagenten - den Boden in Ländern der 3. Welt für den Waren- und Kapitalexport der österreichischen Bourgeoisie zu bereiten. Dabei hat sie auch einige Erfolge vorzuweisen gehabt, vor allem im Krisenjahr 1975.

Ihre Beschwichtigungspolitik gegenüber dem russischen Sozialimperialismus hofft sie in wachsende Marktanteile in dessen Einflußbereich umzumünzen - auch das mit einigem „Erfolg". Zugleich spekuliert sie darauf, diese Beschwichtigungspolitik als Schutzschild für ihre Kapitalanlagen in dieser Sphäre benutzen zu können - ein Traum, aus dem es noch ein böses Erwachen geben wird: es wird sie einmal noch enger an die Seite des US-Imperialismus treiben, in der Hoffnung, im Krieg an seiner Seite die östlichen Schulden eintreiben zu können.

Die laufenden und sich anbahnenden Angriffe der Bourgeoisie auf die Lage der Arbeiterklasse sind umfassend, ihr Schlachtplan ist ambitioniert und durch und durch reaktionär, die Beschleunigung der Verelendung der Arbeiterklasse würde seine unausweichliche Folge sein. Bei Strafe dieser Verelendung muß die Arbeiterklasse den ebenso umfassenden politischen und wirtschaftlichen Kampf gegen diesen Schlachtplan aufnehmen.

Sie kann es nicht, wenn sie sich von der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Agenten auf die imperialistischen Konkurrenzinteressen des österreichischen Kapitals einschwören und sozialimperialistisch und sozialchauvinistisch vergiften läßt.

Sie kann es, wenn sie ihr Klasseninteresse erkennt, sich politisch und in den Gewerkschaften mit einem revolutionären Kampfprogramm gegen die Bourgeoisie zusammenschließt, ihre Klassenpartei schafft und im Kampf und für den Kampf gegen die Bourgeoisie die Gewerkschaften für den Klassenkampf erobert. Die Aufgabe von uns Kommunisten ist es, den ideologischen, politischen und organisatorischen Kampf um die Eroberung der Arbeiterklasse für diese Ziele zu führen. Unsere Leitschnur dafür ist unser Programm: Leitschnur für die notwendige weitere Analyse der Lage, Leitschnur für den ideologischen Kampf gegen Reformismus und Revisionismus, gegen Sozialimperialismus und Sozialchauvinismus, Leitschnur für den wirtschaftlichen und politischen Tageskampf und für das Herankommen an die proletarische Revolution. Es ist der Plan nicht nur für die kommenden Schlachten, sondern für den ganzen Krieg der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse bis zu deren Sturz und der Beseitigung der Ausbeuterordnung.

G.St.

Fortsetzung von Seite 2

" Als Kriegsbeute winken die Gelder der Krankenkassen "

terklasse in ihrem Kampf um die soziale Befreiung. Haben sie schon nicht die Bildung solcher Versicherungen verhindern können, so haben sie zumindest versucht, sie unter Kontrolle ihres Staats zu bringen. Aufrecht ist ihr Wunsch, die Versicherungen funktionsunfähig zu machen und letztlich zu zerstören.

Mit dem 6. Spitalsgipfel am 10.6.77 wurde die Einrichtung dreier „Sachkomitees" beschlossen und in Angriff genommen. Eines soll die Höhe und Form der bundesweiten Spitalsabgaben beraten. Obwohl die VP nun gegen diesen Plan öffentlich auftritt, besteht dieses Komitee weiter. Darin sitzen auch Vertreter der VP. Das zeigt, daß die Gefahr der Einführung einer „Gesundheitssteuer" keineswegs gebannt ist.

Neben diesem Komitee hat sich eines zur Organisierung eines „Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds des Bundes" gebildet. Das dritte soll eine generelle Richtlinie für die 33. ASVG-Novelle erlassen, in welcher Höhe die Kassen zur Spitalsfinanzierung herangezogen werden sollen.

Während man in diesen Komitees noch berät, sind die Länder bereits zu massiveren Angriffen übergegangen:

Die Länder Niederösterreich, Salzburg und Kärnten haben Gesetze verabschiedet, die die Krankenkassen verpflichten, einen weit höheren Beitrag zur Anstaltspflege zu bezahlen, als sie es jetzt tun: *„Der niederösterreichische Landtag hat ein Gesetz beschlossen, wonach künftig die Hauptlast der Spitalsfinanzierung den Krankenkassen auferlegt wird. Die Kassen werden verpflichtet, mindestens 80 % der amtlichen Pflegegebühren, auf deren Festlegung sie keinen Einfluß haben, zu zahlen. Kommen sie diesem Tarifdiktat nicht nach, entscheidet über die Leistungsverpflichtung der Krankenkassen eine unter Vorsitz des Landeshauptmannes stehende Schiedskommission,* die jedenfalls 80 % der amtlichen Pflegegebühren als Kostenersatz festzuhalten hat." (Aus Nachrichtendienst des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, 19.10.76, Hervorhebungen p.b.)

Der Beschluß der Schiedskommission ist unanfechtbar und kommt in einigen Bundesländern einem sofortigen Exekutionstitel gleich. In mehreren Ländern sind bereits nicht nur die Gesetze beschlossen, sondern auch die Anträge um Erhöhung bei den Schiedskommissionen. Was die Beschlußfassung dieser Schiedskommissionen anbelangt, die von vornherein auf eine Zustimmung der Anträge der Länder eingeschworen sind, zeigt das Budget der Krankenkassen: Derzeit bezahlen sie 6,6 Mrd. Schilling für Pflegegebühren und organ damit etwa 50 % der gesamten Pflegekosten. Will man die Kassen zu 80 % verpflichten, so müßten sie 10,4 Mrd. S jährlich dafür ausgeben. Das würde aber bei der heutigen Finanzierungsmethode z.B. bedeuten, daß kein einziger Schilling für Zahnbehandlung und Krankenunterstützung mehr bleibt. Zudem muß noch einberechnet werden, daß die Krankenkassen schon heute (1976) ein Defizit von 1,57 Mrd. S aufweisen, und ihre Rücklagen bereits stark aufgebraucht sind (SZ, 6/77, S. 244).

Der Präsident der Sozialversicherung, Franz Millendorfer, bemerkt zu diesen Plänen: *„.... eine Realisierung derartiger Bestrebungen (hätte) zwangsläufig die Zerschlagung des gegenwärtigen Systems der sozialen Krankenversicherung zur Folge"* (Rechenschaftsbericht an die Hauptversammlung des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger, nach SZ 6/77, Seite 266).

Die Kapitalisten greifen nach den Geldern der Sozialversicherung

Das dritte Komitee hat die Einrichtung eines Fonds zur Aufgabe. In diesen sollen die Länder, der Bund und die Sozialversicherung einzahlen.

Er soll dazu dienen, die Gelder der Sozialversicherung aus ihrer Verfügungsgewalt zu reißen, damit sich die Bourgeoisie diese Gelder leichter unter den Nagel reißen kann. Erst einmal in die Krankenversicherung diese Bresche geschlagen, so läßt sich auch über die Durchführung ähnlicher Fonds bei Unfall- und Pensionsversicherung leichter reden.

Daß die Kapitalisten nach den Mitteln der Sozialversicherung gieren, ist klar. Handelt es sich hier doch um riesige Summen (1976: 103 Mrd. S), die für die Verwertungszwecke des Kapitals brachliegen. Gemessen am Budget des Bundes machen diese Beträge 46,4 % aus, also fast die Hälfte. Gemessen am gesamten gesellschaftlichen Reichtum, den die Arbeiterklasse und die Bauern jährlich schaffen, machen diese Gelder 14,1 % aus.

Angesichts dieser riesigen Beträge genügt es der Bourgeoisie nicht, daß sie sich auf die Gelder der lohnabhängigen Versicherten dauernd Kredite aufnimmt, indem die Sozialversicherung die nicht gebundenen Rücklagen in Form von Anlagenpapieren anlegt.

Sie will die direkte Verfügung der Gelder!

Neben den Rationalisierungsmaßnahmen zum Gesundheitswesen und der Einhebung einer Spitalssteuer und/oder Anhebung von Sozialversicherungsbeiträgen sind die versicherten Lohnabhängigen mit einem gut vorbereiteten Zangenangriff auf die Sozialversicherung konfrontiert. Einerseits soll sie verstärkt zur Krankenhausfinanzierung herhalten, was nur durch Beitragserhöhungen und Einsparungen auf anderen Sektoren möglich ist. Andererseits sollen ihre Gelder vollkommen aus ihrer Verfügungsgewalt entrissen werden und unter die Fuchtel des bürgerlichen Staates kommen.

Gegen diesen großangelegten Angriff muß starker Widerstand organisiert werden. Ansätze dazu gibt es bereits. So hat sich der Zentralbetriebsrat der Steyr-Daimler-Puch AG und eine Bezirkskonferenz des ÖGB gegen eine Beitragserhöhung oder Leistungsverkürzung der Krankenkassen ausgesprochen.

Notwendig ist jedoch auch vor allem der Kampf gegen die drohende Spitalssteuer und die Landesgesetzen:

Gegen jede Art von Leistungsverschlechterungen der Krankenkassen!
Keine Spitalssteuer!
Gegen alle Formen des Selbstbehalts!
Weg mit den reaktionären Landesgesetzen zur Spitalsfinanzierung!
Finanzierung des Defizits durch ausschließliches Anheben der Beiträge der Kapitalisten zur Krankenversicherung!

Die letzte Forderung gibt auch die Richtung des positiven Ziels an: Auf der Grundlage, daß die Kapitalisten die gesamte Sozialversicherung der Lohnabhängigen finanzieren, ist es möglich, dem bürgerlichen Staat die Kontrolle und Aufsicht über das Volksgesundheitswesen zu entreißen und es von der von den lohnabhängigen Versicherten selbstverwalteten einheitlichen Sozialversicherung führen zu lassen.

p.b., 18.7.77

Bonus-Malus-System

Bereicherung für das Finanzkapital Prämienerhöhung und Untergrabung der Versicherungsleistung für die Lohnabhängigen

Am 1. August tritt eine Neuregelung der Prämienzahlung für die Kfz-Haftpflichtversicherung in Kraft, das Bonus-Malus-System. Dieses System bestimmt die Höhe der Versicherungsleistung nach der Anzahl der Schadensfälle. Faktisch kommt dies jedoch einer gewaltigen Erhöhung der Prämie gleich bzw. der Einführung eines Selbstbehaltes in der Höhe von etwa 150% der Jahresprämie.

Nach den Berichten der Zeitung des ÖAMTC wird es in Hinkunft 18 Prämienstufen geben Beim Auftreten eines Schadensfalles wird der Versicherte um drei Prämienstufen hinauffallen, was seine jährliche Prämie um 20 bis 30% verteuert. Fährt er hingegen ein Jahr unfallfrei, so bleibt seine Prämie gleich. Eine Verbilligung tritt erst nach 2 bis 3 Jahren unfallfreien Fahrens ein. Die angebliche Verbilligung steht also in gar keinem Verhältnis zur Erhöhung der Prämie bei einem noch so kleinen Blechschaden.

Die neuen Grundprämien

Die Bonus-Malus-Skala

Prämienstufe		% d. Grundprämie
0	Bonus	50%
1		50%
2		60%
3		60%
4		70%
5		70%
6		80%
7		80%
8		100%
9 Grundprämie		100%
10	Malus	120%
11		120%
12		140%
13		140%
14		170%
15		170%
16		200%
17		200%

Mit jedem unfallfreien Jahr rückt man nur um eine Stufe hinunter. Mit jedem Unfall aber um drei Stufen hinauf. So bezahlt ein Besitzer eines normalen VW nach einem kleinen Schadensfall zwei Jahre lang S 600.- mehr und verliert einen Bonus von insgesamt S 1.200.-, Hat er im Laufe der zwei Jahre noch einen zweiten Blechschaden, so zahlt er nochmals 1.200 mehr und verliert mindestens 1.200.-Bonus!

Die Versicherungen haben aber noch etwas anderes im Sinn. Die Zeitung „Die Presse" schreibt, daß die Versicherungen wünschen, „daß eindeutige Kleinschäden gar nicht mehr gemeldet werden." (15.7.77). Nach den Angaben der Versicherungen wäre es für die Besitzer normaler Autos günstiger, Schäden in der Höhe bis zu 5500.-S selber zu tragen, als eine Prämienerhöhung für mindestens zwei Jahre und den Verlust des Bonus für drei Jahre zu tragen. Deshalb werden die Versicherungsunternehmen bei Kleinschäden, auch wenn eine Schadensmeldung erfolgt, „den Versicherungsnehmer von der geleisteten Zahlung verständigen; dieser hat daraufhin sechs Wochen Überlegungszeit, ob er den Zahlungsbetrag rückerstatten soll oder nicht". (Zeitung des ÖAMTC, Juli 77). Jeder mit einem Monatseinkommen eines durchschnittlichen Facharbeiters oder Angestellten weiß, was das für ihn bedeutet: entweder Prämiensteigerungen von jährlich 1000.- bis 1.500.- zu übernehmen oder sofort ein paar Tausender auf den Tisch zu legen sind in jedem Fall beträchtliche Einbußen an Lebensstandard. Unverhohlen ausgesprochenes Ziel der Versicherungen ist es, die Zahl der gemeldeten Schadensfälle um zwei Drittel zu senken. In Österreich kommen auf 1000 PKW noch 332 gemeldete Schadensfälle, in der BRD, wo das Bonus-Malus-System schon länger existiert, nur 114.

Damit käme dieses System einem Selbstbehalt in der Höhe von ein paar Tausend Schilling pro Jahr gleich. Allerdings noch dazu mit einem Haken, denn niemand weiß, ob er, nachdem er sich bei einem Schaden mit dem Unfallgegner so ausgeglichen hat, nicht noch einen Unfall hat und dann erst recht Gefahr läuft, in den Malusbereich abzurutschen. Die Alternative dazu wäre ja wieder, den Schaden selbst zu tragen. Deshalb nennt die österreichische

6-Prozent-Erhöhung ab 1.8.

Pkw und Kombi

bis 16 PS	1242,–
bis 20 PS	1564,–
bis 34 PS	2122,–
bis 50 PS	2940,–
bis 70 PS	3613,–
bis 90 PS	4516,–
bis 120 PS	4856,–
über 120 PS	5917,–

Richtervereinigung dieses System nicht zu Unrecht „Selbstbehalt mit Glücksspielcharakter".

Bei einem Schadensfall, bei dem der Schuldige nicht von vornherein feststeht, und an die Versicherungen beider Beteiligten Ansprüche gestellt werden, heben auch beide Versicherungen sofort die Malusbeträge ein. Gewinnt einer den folgenden Prozeß, bekommt er seine Mehrleistungen zurück. Wird auf Teilverschulden entschieden, behalten beide den Malus. Derartige Schadensfälle machen immerhin 35% aller auftretenden aus. Faktisch bedeutet das Bonus-Malus-System also, daß die Haftpflichtversicherung bei geringen Schadensfällen gar nichts mehr zahlt und bei höheren Schadensfällen gewaltige Prämienerhöhungen kassiert. Damit wird aber für die Lohnabhängigen, die für den Weg zum Arbeitsplatz auf ihren PKW angewiesen sind, die Versicherung ad absurdum geführt. Bei kleinen Schadensfällen setzt die Versicherungsleistung überhaupt aus. D.h., man zahlt seine Prämien für nichts und wieder nichts. Und kommt man einmal in die Lage, deretwegen man sich ja eigentlich versichern läßt, werden einem die Prämien saftig erhöht.

KFZ-Haftpflicht - Folge der kapitalistischen Entwicklung des Verkehrs

Die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion, die mit der Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus ungeheuer gesteigert wird, zwingt in jedem entwickelten kapitalistischen Land Millionen Proletarier und andere Werktätige, mit dem eigenen PKW von ihrem Wohnort zum Arbeitsplatz zu fahren. Sobald dies zur Massenerscheinung wird, verteuert dies die Reproduktionskosten der Arbeitskraft erheblich.

Die Arbeiter müssen aber nicht nur den Preis des Autos bezahlen, sie müssen auch für den Schadensfall in irgendeiner Weise vorsorgen. Ein Arbeiter kann allein niemals die Kosten aufbringen, die aus einem von ihm verursachten Unfall erwachsen. Da ja auch der LKW-Verkehr im selben Ausmaß zunimmt, wächst das Interesse der Kapitalisten an einer Sicherung im Schadensfall. Da im Kapitalismus die Konkurrenz die ökonomischen Beziehungen zwischen den Individuen reguliert, muß jeder den von ihm verursachten Schaden selbst tragen - eine gemeinschaftliche Tragung der Unfallsfolgen direkt durch die ganze Gesellschaft ist unmöglich. Die einzige Lösung dieses Problems ist somit eine staatlich vorgeschriebene Schadensversicherung - die Autohaftpflicht. Die Prämien dafür müssen natürlich von den Lohnabhängigen getragen werden.

Überall gibt es außerdem noch derartige Haftpflichtregelungen, die den Kapitalisten, die riesige LKW-Flotten versichern lassen, beträchtliche Vorteile auf Kosten der Masse der PKW-Fahrer einräumen. Die Prämien für LKW sind natürlich erheblich höher, aber diese Steigerung entspricht keineswegs den höheren Schadenssummen, die dabei am Spiel stehen.

Zusätzlich sind die LKW jetzt aus der Neuregelung herausgenommen worden, was bedeutet, daß die Lohnabhängigen mit ihren erhöhten Prämien die Versicherung der Transportunternehmer und der anderen Kapitalisten für ihre LKW mitfinanzieren.

KFZ-Haftpflicht - Quelle der Bereicherung für das Finanzkapital

Zwingt also die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise selbst zur Einführung einer staatlichen Zwangsversicherung, treibt die Entwicklung dieser Produktionsweise derartige Lebens- und namentlich auch Verkehrsverhältnisse hervor, die den Weg zum Arbeitsplatz zu einem Hasardspiel für die werktätigen Massen machen, so benutzen die Kapitalisten diese Entwicklung auch dazu, um mit dem für die Kfz-Haftpflicht ausgegebenen Lohnteil ihre Geschäfte zu finanzieren.

Viele Hunderttausende Werktätige zahlen alljährlich einige Tausende Schilling Versicherung. Diese Milliarden von Schilling werden von den großen Versicherungsanstalten zusammengesammelt. Im Jahr 1972 waren dies 4.69 Milliarden, 1976 müssen es schon mehr als 7 Milliarden sein. Diese riesigen Summen werden von den Versicherungen am Kapitalmarkt angelegt. Zum Teil werden sie dem Staat kreditiert, der sie dann um die Zinsen vermehrt dem Volke durch Steuern abpreßt. Zum Teil erhalten die Industriellen Kredite, die mit ihnen die Ausbeutung der Arbeiter finanzieren und aus dem von den Arbeitern abgepreßten Mehrwert einen Teil in Form der Zinsen an die Versicherungen abführen.

Die Kapitalanlagen der Versicherungen teilten sich 1972 folgendermaßen auf: (in Milliarden Schilling)

Anleihen des Bundes, der Länder und Gemeinden	2,14
Kredite an Bund, Länder und Gemeinden	4,86
Anleihen der Energiewirtschaft	0,96
Kredite an österreichische Industrieunternehmen	6,4
Anleihen der Banken und Kredite an Banken	2,5
Realitäten (Häuser, Grundstücke)	3,9
insgesamt	24,3

Die Realitäten, vor allem der Bau von Bürohäusern, werfen alljährlich riesige Mieterträge ab.

Auf jeden Fall sind die Prämienleistungen der Lohnabhängigen in den Händen der Versicherungen gewaltige Hebel der Zentralisation des Kapitals und gewaltige Quellen von Profit für das Finanzkapital. Immerhin macht die Kfz-Haftpflicht rund 30% des gesamten Versicherungsgeschäftes aus. Selbstverständlich gehen diese Profite ebensowenig in die Kalkulation der Kfz-Haftpflichtprämien ein wie andere Bereicherungsquellen der Versicherungen.

Während sich die Versicherungsunternehmen nach Kräften bemühen, die Kosten der Haftpflichtversicherung auf die Versicherten zurückzuwälzen, sollen die Arbeiter und anderen Werktätigen einen wachsenden Teil ihres Lohnes für die Finanzierungsgeschäfte der großen Versicherungsanstalten bereitstellen. Das Bonus-Malus-System eignet sich für diese Zwecke besonders gut. Auf der einen Seite erwarten sich die Versicherungsanstalten rasche Einnahmensteigerungen, auf der anderen Seite glauben sie, mit dem „Vorteil" des Bonus und der Phrase von der „Sicherung der Verkehrssicherheit" durch den Malus, diese gewaltige Steigerung der Ausplünderung der Masse der Autofahrer relativ ruhig über die Bühne zu bringen. Sie knüpfen dabei an der elenden Lage vieler Arbeiter an, die sich die ständig steigenden Kosten der Kraftfahrzeugerhaltung und Versicherung bei stagnierendem Lohn und der Belastung durch die Kosten für das Fahrzeug selbst (meist Kreditrückzahlungen) nur mehr unter großen Entbehrungen leisten können. Diesen bieten sie die Bonusprämien und versuchen, ihnen weiszumachen, daß die Gegner dieser Neuregelung Wildlinge, die „geringe" Zahl der Unfallverursacher sind. Dazu präsentierten sie die sogenannten „Kraftfahrervereinigungen" eine „demokratische" Umfrage, deren Verlogenheit mittlerweile sogar im ORF schon ruchbar geworden ist.

In Wirklichkeit haben die Versicherungsunternehmer schon seit langem Kurs auf die Einführung dieses Systems genommen. Schon 1974 war zum ersten Mal die Rede davon, damals aber waren die Versicherungsunternehmen technisch noch nicht darauf eingestellt. Aufdiktiert kann den Lohnabhängigen eine derartige Ausplünderung nur dadurch werden, daß sich die Versicherungsunternehmen auf den Staat stützen können, der durch Verordnungen des Finanzministers die neuen Regelungen als Zwangsgesetz festlegt.

Der Finanzminister hat rasch den Wünschen der Versicherungen entsprochen und macht sich jetzt zum massiven Fürsprecher der neuen Regelung. Kaum irgendwo zeigt sich die enge und persönliche Verbindung zwischen Regierung und Finanzkapital so deutlich, wie auf dem Gebiet des Banken- und Versicherungswesens. In den größten Versicherungskonzern "Die Wiener Städtische" verstrickt, eng verbunden mit den großen verstaatlichten Banken, in deren Aufsichtsräten die Direktoren der Versicherungen sitzen, hat die Regierung und vor allem der zuständige Minister Androsch den Plänen des Finanzkapitals, sich einen noch festeren Zugriff auf die Lohngelder auch auf dem Wege der Kfz-Haftpflicht zu verschaffen, den Weg geebnet.

Natürlich wandelt in diesem Prozeß die Haftpflichtversicherung selbst ihr Gesicht. Unterlaufen der Versicherungsleistung, Plünderung der Lohnabhängigen gehen einher mit einer Annäherung der Kfz-Haftpflicht an die Sozialversicherung in Hinsicht auf deren Funktionieren als Bespitzelungseinrichtungen gegenüber dem einfachen Versicherungsnehmer. Die Presse nennt dies beschämt ein „Informationssystem". Die Versicherungen haben nämlich Angst, wenn sie zu so einem gigantischen Raubzug antreten, könnten sich die Betroffenen durch „Betrug" entziehen: die sogenannte „Malusflucht". Ummelden des Fahrzeuges nach dem Unfall, primitive Formen der Fahrerflucht, Verkauf des Wagens und Neuanmeldung eines anderen ..- Dies wollen die Versicherungen aber nicht dulden, deshalb werden sie das neue System auch so schützen, „wenn sie ein *umfangreiches Informationssystem* einrichten müssen, um zu erfahren, welcher Fahrer wie tief in den Malus gerutscht ist".(Die Presse, 15.7.) Somit stellt die Einführung des Bonus-Malus-Systems einen gewaltigen Angriff des Finanzkapitals gedeckt durch Regierung und Staat auf die Lohnabhängigen dar. Daran kann die Verkommenheit der "Kraftfahrervereinigungen" ermessen werden, die eine Regelung als im Interesse der Großzahl der PKW-Fahrer auszugeben. Daran kann vor allem aber der Betrug ermessen werden, den die Sozialdemokraten, gerade auch die in der Gewerkschaft im Sinn haben, wenn sie sich voll hinter den Finanzminister stellen

F.

Entwurf für eine Plattform des „Querschläger" -Komitees

Am 19.7. wurde von Mitarbeitern der Gruppe „Querschläger" – Mitgliedern des KB – der unten abgedruckte Plattformvorschlag eingebracht. Die Erstellung einer Plattform ist deshalb von Bedeutung, weil es das längerfristige Ziel der Gruppe „Querschläger" ist, ein Soldaten- und Reservistenkomitee aufzubauen.

Dazu ist unbedingt eine Grundlage nötig, auf der der Zusammenschluß von Soldaten und anderen Antimilitaristen möglich ist. Darüber und auch über den nun von uns vorgelegten Plattformvorschlag wird in der nächsten Zeit in der Gruppe „Querschläger" diskutiert werden. Dabei ist es von großer Wichtigkeit, daß die Plattformdiskussion möglichst breite Teile der Interessierten erfaßt.

Wir schlagen daher noch vor, den nachstehenden Plattformvorschlag und alle Stellungnahmen dazu im Querschläger abzudrucken.

Die Situation der Soldaten in den Kasernen des österreichischen Bundesheeres ist gekennzeichnet von ihrer völligen Unterdrückung, Beraubung selbst der mindesten demokratischen Rechte und Mißachtung jeder menschlichen Würde. Durch das militärische Kasernensystem vom Volk isoliert, werden sie vom Staat zu einem Hungersold für seine Zwecke trainiert. Die Soldaten sollen zu blindem Gehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit gezwungen werden. Was aber schützt dieser Staat, mit seiner Polizei, Gendarmerie und dem Bundesheer?

Die Behauptung, daß es dazu sei, die Unabhängigkeit nach außen zu verteidigen ist eine pure Lüge: Wie wäre es sonst zu erklären, daß dieses Heer heute entsprechend dem Konzept der NATO aufgerüstet wird und sich so Österreich an der Seite der USA an den Kriegsvorbereitungen der beiden Militärblöcke beteiligt?

Ebenso wie nach außen ist das Bundesheer auch nach innen eine reaktionäre Institution. Der Zweck einer solchen Armee zeigte sich schon im Jahre 1934, als Soldaten auf Arbeiter schießen mußten. Der volksfeindliche Charakter des Bundesheeres zeigt sich heute z.B. an der Aufstellung einer eigenen Bereitschaftstruppe, die zum großen Teil aus Berufssoldaten besteht, z.B. den Einsatzübungen von Objektschutztruppen des Bundesheeres z.B. beim AKW Zwentendorf.

Die Verabschiedung der Wehrgesetznovelle und die damit verbundenen Zwangsverpflichtungen sind ein weiterer Schritt zum Ausbau des Bundesheeres, zur „Sicherung der Ruhe" im inneren ebenso wie zur Vorbereitung der Teilnahme an einem neuen Kriegsgemetzel, von dem sich die Kapitalisten Profite zu erwarten haben, das Volk aber nur Elend und Tote. Die herrschende Klasse treibt die Militarisierung der ganzen Gesellschaft voran. So wurde die „umfassende Landesverteidigung" vom Parlament in den Verfassungsrang gehoben, was bedeutet, daß das Volk nicht nur wirtschaftliche Opfer für das Treiben seiner Oberherren bringen soll, sondern auch durch die „geistige Landesverteidigung" auf die „Treue zum Vaterland" eingeschworen werden soll. Die Soldaten – in der Masse Arbeiter und einfache Angestellte – sollen jederzeit für ihre Befehlsgeber einsatzbereit sein.

Dagegen und insbesondere gegen die Zustände im Bundesheer richtet sich heute schon der Unmut und Widerstand breiter Teile der Jugend. Dagegen kämpft auch die Gruppe „Querschläger" und versucht, möglichst viele Menschen für diesen Kampf zu organisieren. Indem wir gegen das Bundesheer und die gesamte Militarisierung der Gesellschaft kämpfen, reihen wir uns ein in den Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Nicht „Demokratisierung" des Bundesheeres ist unser Ziel, denn im Interesse des Volkes und der Demokratie ist einzig und allein die Schwächung, Zersetzung und möglichste Untauglichmachung des Bundesheeres für die ihm von der herrschenden Klasse zugedachten Zwecke.

Weil wir das Bundesheer ablehnen, lehnen wir keinesfalls auch alles militärische ab. Genauso wie die herrschende Klasse das Bundesheer als Rückgrat ihrer Herrschaft über das Volk hat und sich letztlich auf die Gewehrläufe stützt, genauso braucht das Volk die Gewehrläufe, um seine Interessen gegen die herrschende Klasse durchzukämpfen. Während das Bundeheer ein vom Volk getrennter und gegen das Volk gerichteter Gewaltapparat ist, stellen wir dem die Notwendigkeit der allgemeinen Volksbewaffnung, der Bildung von Volksmilizen, der Übergang der Waffen und der Komandogewalt über sie direkt in die Hände des Volkes, entgegen. Heute bedeutet diese Orientierung, daß wir ins Bundesheer gehen, auf der Linie der Volksbewaffnung von innen an seiner Zersetzung arbeiten und dort zugleich das Waffenhandwerk lernen. Gleichzeitig fordern wir heute schon, das Recht auf die freie Bildung von Vereinigungen zur Erlernung und Übung dieses Handwerks durch das Volk.

Die elende Lage der Soldaten gibt täglich Anlaß zu Protest und Rebellion. Hier anzuknüpfen und die Soldaten zusammenzuschließen ist eine der dringlichsten Aufgaben. Ein Zusammenschluß kann nur erfolgen, durch einen gemeinsamen Kampf für demokratische Rechte, die einen freien Raum für die Zersetzung des Bundesheeres schaffen. Daher erhebt die Gruppe „Querschläger" folgende Forderungen, die die unmittelbare Lage der Soldaten betreffen. Der konsequente Kampf dafür ist ein Angriff auf das gesamte Kasernensystem:

1.) Volle politische Rechte für alle Soldaten. Volle Informations-, Versammlungs-, Meinungs-, und Demonstrationsfreiheit innerhalb und außerhalb der Kasernen.

2.) Politische Rechte und umfassende sowie kollektive Vertretungsbefugnis für demokratisch gewählte Soldatenvertreter. Verbot von Repressalien gegen Soldatenvertreter wegen ihrer Tätigkeit. Verbot der Versetzung gewählter Soldatenvertreter. Ermöglichung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der Kaserne, der Garnison und des gesamten Bundesheeres.

3.) Abschaffung des Militärstrafrechst und des Militärdisziplinarrechts. Abschaffung der Grußpflicht.

4.) Zulassung von Gemeinschaftsbeschwerden. Verbot negativer Auswirkungen auf den/die Beschwerdeführer.

5.) Keine Verlängerung der Präsenzdienste durch Zwangsverpflichtungen. Recht auf jederzeitige Kündigung jeder Längerverpflichtung bzw. jedes Dienstvertrages. Allgemeine Verkürzung der Wehrdienstzeit auf 6 Monate; Verkürzung der zusammenhängenden Ausbildungszeit auf 3 Monate, die restlichen 3 Monate periodische Truppenübungen.

6.) Einrücken in die nächstgelegene Kaserne, generelle Bewilligung aller Versetzungsanträge.

7.) Garantie von wöchentlich mindestens 2 vollen aufeinander folgenden dienstfreien Tagen. Darüberhinaus mindestens 4 Wochen Urlaub, während der Dauer des Präsenzdienstes.

8.) Voller Zeitausgleich für Dienst in der dienstfreien Zeit; Begrenzung der wöchentlichen Dienstzeit auf 40 Stunden.

9.) Nachturlaub für alle dienstfreien Soldaten.

10.) Fortzahlung des bisherigen Lohnes Kostenlose Fahrt zwischen Kaserne und Wohnort.

11.) Vollständige Selbstverwaltung der Kantinen durch die Soldaten bei Verkauf zu Selbstkostenpreisen.

12.) Verbot aller Ausbildungsmethoden und Beseitigung aller Ausbildungsinhalte, die nicht militärische Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln, sondern nur militärischen Drill bedeuten; Verbot aller Arbeitsdienste, die nichts mit der militärischen Ausbildung zu tun haben.

13.) Recht von Angehörigen von slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheiten im Bundesheer gegenüber Vorgesetzten und Dienststellen ihre Muttersprache zu gebrauchen.

Solidarität mit den Verurteilten des Iberia-Prozesses!

Spendet für M.Hubmann

Am 2. Oktober wurde ich im Verlauf einer Demonstration gegen das faschistische Franco-Regime vor dem Büro der staatlichen spanischen Fluggesellschaft, Iberia, festgenommen. Die Polizei beschuldigte mich, Widerstand geleistet und zwei ihrer Leute verletzt zu haben. Ein Polizist hätte durch einen Schlag oder durch einen Wurf mit einem 20 x 20 cm großen Betonstück eine kleine Beule am Hinterkopf erlitten. Der zweite verletzte Polizist ließ seine Verletzung vom rechten Unterschenkel über das Knie bis zum linken Oberschenkel wandern. Der Untersuchungsbericht vom Wilhelminenspital konnte keinerlei Verletzung feststellen.

Für die Richter war die Lage klar. „Ohne die Polizeibeamten glorifizieren zu wollen, kann wirklich nur den Polizeibeamten geglaubt werden."

Dieser Glaube rechtfertigt eine Freiheitsstrafe von 3 Monaten, bedingt auf 3 Jahre.

Mit diesem Urteil wurde ich, stellvertretend für alle Demonstranten, zum Kriminellen. Staatsanwälte und Richter waren einer Meinung darüber, daß „.... Leute, die solche Übergriffe machen (gemeint sind die Steinwürfe auf das Iberia-Lokal), alle Glaubwürdigkeit verloren haben, sich für die Menschenrechte einzusetzen. Sie sind ausschließlich Kriminelle." Es ging also gar nicht mehr um mein Verhalten während der Demonstration, sondern um meine Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration. Meine Aburteilung ist stellvertretend für die Verurteilung der gesamten Demonstration.

Über die Haftstrafe hinaus belastete mich dieser Prozeß durch hohe Anwaltskosten. Insgesamt wurden von mir 49.000 Schilling verlangt. Um die Folgen dieses Verfahrens aufzuheben, rufe ich zu einer Spendensammlung auf und bitte alle Organisationen und Menschen, diesen Aufruf zu veröffentlichen und zu verbreiten und die Spendensammlung zu unterstützen.

Spendenkonto: Villacher Sparkasse 0001-324375. Zahlungszweck: Spenden gegen die Verurteilung von Manfred Hubmann.

(Auszüge aus der Erklärung von M. Hubmann)

Bisher wurden folgende Beträge gespendet:

Ortsgruppe Wien des KB	5.120,-
MSB, Zelle Psychologie	200,-
Ortsgruppe Graz des KB	950,-
Ortsgruppe Linz des KB	407,-
Ortsaufbaugruppe Klagenfurt	550,-
Zentralkomitee des KB	2.092,-
Redaktion des Klassenkampf	700,-
Zelle Technische Zentrale des KB	560,-
H.L.	1.550,-
	12.129,-

Damit ist das gesamte Spendenziel noch lange nicht erreicht. Ob es den fortschrittlichen Menschen in Österreich, allen voran den Kommunisten, gelingt, den Plan der bürgerlichen Justiz, Manfred Hubmann finanziell zu treffen, stellvertretend für die ganze Spaniensolidaritätsbewegung zu durchkreuzen oder nicht, hängt nur von unserem Einsatz bei dieser Spendensammlung ab. Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, daß eine große Anzahl von Menschen bereit ist, für diesen Zweck zu spenden.

Sofortige Einstellung J. Hoc

Schon im Juni 1975 wurde eine Bundesheer-Einheit zum Schutz des damals noch im Bauzustand befindlichen AKW Zwentendorf gebildet. Diese Objektschutztruppe hat ganz offensichtlich die Aufgabe, das AKW gegen die AKW-Gegner zu schützen.

J. Hochgerner, Mitglied dieser Truppe hielt im April 1976 an der Universität Linz einen Vortrag über Objektschutztruppen. Auf Grund einer daraufhin vom Oberösterreichischen Militärkommando erstatteten Anzeige wurde die Staatsanwaltschaft aktiv. Ehe der Untersuchungsrichter noch die „Tatbestandsaufnahme" abschließen konnte, war bereits das Hauptverfahren wegen „Vorsätzlicher Übertretung der militärischen Geheimhaltepflicht" und „Verrats militärischer Geheimnisse" eingeleitet.

Als Geheimnisse gelten laut Anklage Einzelheiten über Ausbildung, Kampfauf-

KPÖ Verräter an den

Die KPÖ nutzt das Gedenken an den 15. Juli 1927 zur Propaganda der Aussöhnung mit dem Kapitalismus. Zu diesem Zweck fälscht sie die Geschichte und die Lehren, die die Arbeiterklasse aus den Juli-Ereignissen gezogen hat.

In ihrem Flugblatt zum 15. Juli hat sie zum Brand des Justizpalastes nichts weiter zu sagen als: „Es brach unter bis heute ungeklärten Umständen im Justizpalast ein Brand aus." Gegen den steigenden Druck auf ihre Lebensbedingungen, gegen ihre politische Entrechtung, gegen terroristische Überfälle auf ihre Funktionäre führte die Arbeiterklasse damals ihren Kampf. Nach dem Freispruch der Arbeitermörder von Schattendorf demonstrierten die Wiener Arbeiter am 15. Juli 1927 zum Parlament und zum Justizpalast. Sie setzten den Justizpalast als Symbol der Klassenjustiz, die sie zerschlagen wollten, in Brand. Das waren die „Umstände" und sie sind für die klassenbewußten Arbeiter keineswegs „ungeklärt", sondern sie zeigen die Entschlossenheit, mit der die Arbeiterklasse damals gegen die Bourgeoisherrschaft anstürmte.

Die Lehren, die die KPÖ aus den Ereignissen zieht, zeigen ihren völligen Verrat der Revolution. Schon der Ort, den sie für die Kundgebung wählten, zeigt, auf wessen Seite die KPÖ heute steht. Sie stellte sich

des Verfahrens gegen gerner!

trag, Stärke und Bewaffnung der Objektschutzeinheiten – alles Dinge, worüber nicht nur in einschlägigen Massenmedien bereits seit über zwei Jahren zum Teil sehr detailliert berichtet wird.

Egal ob es sich nun tatsächlich um den „Verrat militärischer Geheimnisse" handelt, oder um den Versuch der Staatsanwaltschaft, von vorneherein gegen Menschen vorzugehen, die Funktionen im Bundesheer haben und trotzdem auf der Seite des Volkes stehen, alle fortschrittlichen Menschen müssen dafür einreten, daß der Prozeß gegen J. Hochgerner verhindert wird. Das Volk hat alles Ineresse daran, daß die dunklen Pläne, die die Bourgeoisie gegen das Volk bereithält, veröffentlicht werden. Jeder Versuch des bürgerlichen Staates, egal mit welchen Mitteln, bereits alle Ansätze zur Offenlegung der Objektschutzpläne zu verhindern, muß zurückgeschlagen werden.

Zielen der Julikämpfe

vor das Denkmal der bürgerlichen Republik, das den Staat der Kapitalistenklasse verherrlicht, dessen Gewalt im Juli 1927 zur Niederschlagung der Arbeiter eingesetzt wurde und der auch heute noch als Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse Ausbeutung und Unterdrückung der Massen aufrechterhält.

Aus der blutigen Niederschlagung des Aufstands der Wiener Arbeiter durch die bewaffnete Staatsgewalt zieht sie den Schluß für die heutigen Kampfaufgaben der Arbeiterklasse: „Den Anfängen wehren! Gemeinsam gegen den Neonazismus!" Im Gegensatz dazu stellte die damals noch revolutionäre KPÖ im Juli 1927 klar fest, was die Ursache der Niederlage der Arbeiterklasse war, nämlich die Kapitulation der Sozialdemokratischen Parteiführung vor der Kapitalistenklasse. Die KPÖ forderte damals die sofortige Bewaffnung der Arbeiter und rief zum Generalstreik auf.

Heute stellt sich die KPÖ schützend vor den Staat der Kapitalistenklasse, indem sie als Hauptaufgabe den Kampf gegen den Neonazismus propagiert und so davon ablenkt, daß es heute die SPÖ ist, die als Regierungspartei diesen Stat und über denselben Gewaltapparat das Kommando innehat, der damals den Aufstand der Arbeiter im Blut erstickte.

E.V.



zu beziehen über B. Ortner, Linzer Bundesstraße 33, 5023 Salzburg, Solidaritätspreis: S 10.-

SPENDET ZUR DECKUNG DER PROZESSKOSTEN DER ANGEKLAGTEN ANTIFASCHISTEN!

Salzburger Sparkasse, Kontonummer: 1242544
Zahlungszweck:
„SOLIDARITÄT MIT DEN ANGEKLAGTEN ANTIFASCHISTEN/ LUDWIG HARTINGER"

Gemeinderatswahlen am 2. Oktober

Die Salzburger Ortsgruppe hat mit der Unterschriftensammlung für die Kandidatur begonnen

Auf Beschluß des Zentralkomitees strebt der KB Österreichs bei den Salzburger Gemeinderatswahlen am 2.10.1977 eine eigene Kandidatur an. Die Ortsgruppe des KB wird die Unterschriftensammlung nützen, um die Auseinandersetzung über Programm und Politik der österreichischen Kommunisten breit zu führen und dafür Unterstützung zu erhalten.

Für die Einreichung einer Liste sind mindestens 100 Unterschriften von Wahlberechtigten aus der Stadt Salzburg nötig. Dies und das relativ hohe passive Wahlalter von 24 Jahren sind nur einige der Schikanen, die der bürgerliche Staat einer Kandidatur in den Weg legt.

In den ersten drei Tagen nach Beginn der Unterschriftensammlung hat die Ortsgruppe 57 Unterschriften gesammelt. In den Gesprächen kam die Rede rasch von den verschiedensten politischen Fragen auf die grundsätzlichen Fragen der bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse, sowie der Notwendigkeit ihrer revolutionären Umwälzung. Die Unvermeidlichkeit, historische Notwendigkeit, die Bedingungen, der Weg und die Ziele der sozialen Revolution des Proletariats sind im Programm des KB Österreichs festgehalten. Von ihm lassen wir uns in jedem einzelnen Schritt im Klassenkampf leiten. Deshalb ist das Programm und seine Verbreitung auch das Rückgrat des gesamten Wahlkampfes, auch der anlaufenden Unterschriftensammlung. Auf seiner Grundlage kann der gesamte Wahlkampf zu einem Propagandafeldzug gegen die Bourgeoisie und ihre überlebte Herrschaft gemacht werden. Der Kommunistische Bund hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau der Partei der österreichischen Arbeiterklasse zu leisten. Die Aufstellung einer Liste des Kommunistischen Bundes zu der Gemeinderatswahl bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß erstmals nach Jahrzehnten wieder eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Organisation die klassenbewußten Salzburger Arbeiter und alle fortschrittlichen Menschen dazu aufruft, mit jeder Stimme für diese Liste das Eintreten für die sozialistische Revolution als ersten Schritt zur Klassenlosen Gesellschaft zu bekunden. Dementsprechend aufmerksam wird die herrschende Klasse unsere Kandidatur verfolgen, dementsprechend hoch wird sie das Gewicht jeder einzelnen Stimme für die Liste des KB Österreichs bewerten.

Die Ortsgruppe hat auf der Liste für den Wahlvorschlag vier Genossen aufgestellt, und zwar den Ortssekretär Bertram Ortner (Student/Transportarbeiter), Hannes Friedl (Buchhändlerlehrling), Michael Gärtner (Postbediensteter) und Ludwig Hartinger (Student/Transportarbeiter). Ludwig Hartinger ist der Hauptangeklagte im Prozeß gegen Teilnehmer an einer Demonstration für die Beseitigung eines Nazi-Propagandastandes in Salzburg.



Preis 3.-

- Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung;
- Werke führender Marxisten-Leninisten;
- Zum theoretischen Kampf gegen den Modernen Revisionismus;
- Aufbau des Sozialismus in der VR China;
- Aufbau des Sozialismus in der SVR Albanien;
- Restauration des Kapitalismus in den revisionistischen Ländern;
- Schriften zum Kampf der Völker gegen den Imperialismus;
- Klassenkampf in Österreich – Dokumente des KB;
- Romane, Erzählungen, Lieder.

Staatsanwalt ermittelt wegen Flugblatt „Polizist, auf welcher Seite stehst du?"

Anläßlich der Vorfälle in Salzburg am Alten Markt Ende Mai verteilte die Ortsgruppe auch ein Flugblatt unter dem Titel: „Polizist, auf welcher Seite stehst du?" Damals mußte auf den Druck der empörten Bevölkerung ein Nazi-Propagandastand geräumt werden und waren bei einem äußerst brutalen Polizeieinsatz u.a. Mitglieder des KB und MSB (Studentenorganisation) verhaftet und drei Tage inhaftiert worden (vgl. Klassenkampf 10 und 12/77).

In diesem Flugblatt wurden die Ereignisse beleuchtet und die volksfeindliche Funktion der Polizei behandelt.

Jetzt wurde ich als Impressum-Verantwortlicher Mitte Juli per Ladung in die Polizeidirektion geholt. Dort wurde mir das Flugblatt vorgelegt, wobei folgende Passage vom Staatsanwalt Hanke rot unterstrichen war: „Die Polizei hatte und hat immer die Aufgabe, die Interessen der herrschenden Klasse zu schützen. Fortschrittliche Kollegen in Deutschland, Frankreich und anderswo weichen den Einsätzen gegen das Volk dadurch aus, daß sie sich krankmelden, Urlaub machen oder überhaupt den Einsatz verweigern; auf längere Sicht bleibt jedoch nur die Möglichkeit, die Polizei überhaupt zu verlassen." Von diesem Staatsanwalt Hanke geht nun die Weisung aus zur polizeilichen Ermittlung wegen Aufforderung zum Gesetzesbruch. Ich verwies bei der Verhandlung auf das Programm des KB und auf die notwendige Forderung nach „Ersetzung der Polizei durch die allgemeine Volksbewaffnung!"

Derselbe Hanke leitet auch die Ermittlungen gegen die vier damals inhaftierten Antifaschisten.

Das ganze beweist: Das Flugblatt hat ins Schwarze getroffen! Tatsächlich wurde es von einfachen Polizisten gut aufgenommen und das hat die hohen Herren erschreckt.

ohz., Salzburg/MSB

„Nazischweine!" gerufen – 2000.- Schilling Strafe

2.000,- Schilling Strafe oder 3 Tage Arrest hat die Salzburger Polizeidirektion über die Studentin Christa Muhr verhängt. Begründung der Strafverfügung vom 7.6.1977: „Sie haben am 20.5.1977 um 11.30 – 11.50 Uhr in Salzburg, Alter Markt, durch Schreien der Worte „Nazischweine, Nazipolizei, auslassen!" in lautstarker und hysterischer Weise die Ordnung an einem öffentlichen Orte in ärgerniserregender Weise gestört .... "

Mehrere Strafen dieser Art wurden gegen Teilnehmer einer spontanen Kundgebung am 20. Mai zur Beseitigung eines Nazi-Propagandastandes ausgesprochen. Vier Manifestanten wurden damals – wie berichtet – überhaupt festgenommen und mehrere Tage eingesperrt, es drohen ihnen Gerichtsverfahren wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „schwerer Körperverletzung".

Das Vorgehen der bürgerlichen Staatsgewalt, von der Genehmigung des Nazi-Standes durch den Salzburger Magistrat über seinen Schutz durch die Polizei bis zum Einsperren und zur gerichtlichen Verfolgung der antifaschistischen Manifestanten, zeigt nur zu deutlich, daß die Unterdrückung des Volkes, die Reaktion der herrschenden Klasse auf der ganzen Linie, wie sie für den Imperialismus charakteristisch ist, vom bestehenden Staatsapparat und im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie vorgetragen wird. Jeder kleinste Mucksen des Volkes, jede kleinste selbständige Aktion, wie etwa die Verhinderung solcher faschistischer Propagandatätigkeit, ruft die Staatsgewalt auf den Plan, die Klassenjustiz tritt in Aktion, jede fortschrittliche Regung wird unterdrückt.

Im entschiedenen Kampf für demokratische Rechte können und müssen breiteste Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat zusammengeschlossen werden.

14. OAU–Gipfelkonferenz

Gestärkte Einheit gegen Imperialismus jeder Art

Vom 2. bis 5. Juli fand die 14. Gipfelkonferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit in Libreville (Gabun) statt.

Wenn es nach den imperialistischen Schmierfinken gegangen wäre, dann hätten sich die dort anwesenden Staats- und Regierungschefs von 49 afrikanischen Staaten bei der Konferenz gegenseitig mit Dreck beschleudert und um die Wette gestritten. „Uneinigkeit wie noch nie" (Presse, 4.7.), „OAU-Gipfelkonferenz begann mit Streit" (Kurier, 4.7.), „Großes Palaver" (Kurier, 9.7.), – das war der Tenor schon der Überschriften, die nur die Wunschträume der Imperialisten ausdrücken.

Was wirklich auf der Konferenz vor sich ging und der Großteil ihrer Ergebnisse wurde den Völkern wohlweislich verschwiegen. Denn: Imperialismus, Kolonialismus und ausländische Einmischung standen auf der Konferenz auf der Anklagebank und wurden einhellig verurteilt.

In seiner Begrüßungsrede sagte der Präsident von Gabun, Omar Bongo: *„Afrika leidet heute unter dem Vormachtstreben antagonistischer Blöcke, egoistischen Bestrebungen fremder Mächte und Neokolonialismus in allen Formen." „Unser Kontinent steht heute einer konstanten Bedrohung gegenüber. Angesichts unserer gemeinsamen Hauptaufgaben in den Bereichen der Dekolonialisierung und Entwicklung unseres Kontinents, ist es notwendiger denn je, uns zu vereinigen und unsere Reihen zu schließen."*

Viele Staats- und Regierungschefs prangerten die imperialistische Einmischung an. Der sudanesische Präsident Numeiri stellte fest: *„Wir sind die Beute ausländischer Einmischung in allen Formen. Die Großmächte haben begonnen, bei uns ihre Politik der Stärke einzuführen. Die zwei Supermächte, USA und Sowjetunion, spielen dieses Spiel." „Wir wollen nicht einen Kolonialismus durch einen anderen ersetzt sehen", „wir müssen uns zusammenschließen gegen diese neue Intervention".*

Zum ersten Mal in der Geschichte der OAU wurde das Problem der ausländischen Einmischung in afrikanische Angelegenheiten offen und ausführlich diskutiert. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen „Über das Problem der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der (afrikanischen) Staaten". Auch eine Konvention über die Bekämpfung des Söldnerwesens in Afrika wurde angenommen. In beiden wird erklärt: Afrika gehört den afrikanischen Völkern, die keinerlei ausländische Einmischung und Machenschaften der Supermächte auf dem Kontinent zulassen werden.

Der zweite wichtige Punkt der Konferenz war die Unterstützung des Kampfs der Völker im südlichen Afrika gegen die rassistischen Siedlerregimes. Die Konferenz beschloß die Anerkennung der Patriotischen Front als Befreiungsorganisation des Volkes von Zimbabwe und deren verstärkte politische und militärische Unterstützung. Die militärische Unterstützung der Frontstaaten, insbesondere Mozambiques gegen die Überfälle des rhodesischen Kolonialregimes und die Einrichtung eines Solidaritätsfonds von einer Million US-Dollar wurden beschlossen.

Um die zwischenstaatlichen Probleme lösen zu helfen, wurden verschiedene Komitees eingerichtet.

Die 14. Gipfelkonferenz der OAU hat gezeigt, daß die Völker Afrikas in ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus nicht stehengeblieben sind; sie ist Ausdruck größerer Klarheit über die Feinde der afrikanischen Völker und ihrer Entschlossenheit, den Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit bis zu Ende zu führen im gemeinsamen Kampf. Der Zusammenschluß der afrikanischen Völker und Länder gegen den Imperialismus ist weiter vorangekommen.

Die Organisation der afrikanischen Einheit

Die Organisation der afrikanischen Einheit (OAU) ist eine regionale Organisation unabhängiger Staaten. Sie wurde 1963 gegründet. Auf der Gründungskonferenz waren 31 unabhängige afrikanische Staaten vertreten (Heute hat die OAU 49 Mitgliedsstaaten).

Die von der „Charta der OAU" proklamierten Ziele sind, die Einheit und die Solidarität der afrikanischen Staaten zu fördern, die Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten auf dem Gebiet von Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Kultur und Verteidigung zu stärken, die Souveränität, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten zu verteidigen, alle Arten von Kolonialismus in Afrika auszumerzen und die internationale Zusammenarbeit zu entwickeln.

Beschluß der OAU (Auszug)

In Kenntnis der Entscheidung der Frontstaaten vom 9. Jänner 1977 in Lusaka gewährt sie (die OAU-Konferenz, die Red.) alle politische, diplomatische und materielle Unterstützung der Patriotischen Front von Zimbabwe. In Erwägung der Empfehlung der 20. Sitzung des Koordinierungs-Komitees der OAU für die Befreiung Afrikas anerkennt sie die Patriotische Front .....

.... die Versammlung:

1. drückt ihre Genugtuung aus über die erfolgreiche Fortsetzung des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe, der geführt wird von der Volksarmee Zimbabwes unter der Führung der Patriotischen Front;
2. ruft alle Zimbabwer, die sich dem Kampf für die Befreiung ihres Landes widmen, auf, dies im Rahmen der Patriotischen Front zu tun;
3. alle Mitgliedstaaten werden dringend aufgefordert, von der Unterstützung einzelner Individuen abzusehen, da man sonst riskiert, mehr als eine Armee für die Befreiung und Verteidigung des unabhängigen Zimbabwes zu schaffen;

5. ruft alle Mitgliedstaaten auf, ihre finanzielle, materielle und politische Unterstützung für das Volk von Zimbabwe zu erhöhen, damit es sein Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit wiedererlangt."



Massenkämpfe in Azania (Südafrika): Das Volk von Azania läßt das weiße Siedlerregime Vorsters nicht mehr zur Ruhe kommen. Am 16. Juni, dem Jahrestag des Beginns des Aufstands in Soweto und anderen afrikanischen „Townships" demonstrierten die schwarzen Jugendlichen von Soweto und anderen Ghettos. Selbst nach Meldungen der weißen Kolonialisten streikten 50% der schwarzen Arbeiter in Johannisburg. Vor den mit Maschinenpistolen, Tränengas und Gummikugeln bewaffneten Schergen des Imperialismus mußten sich die Massen zornerfüllt zurückziehen. Zwölf Afrikaner wurden bei den Kämpfen von ihnen ermordet. Eine Woche später gelang es hunderten schwarzen Jugendlichen, die Siedlerpolizei zu überrumpeln: Sie drangen mit List ins Zentrum der Kolonialisten-Metropole Johannisburg vor und forderten in einer Kundgebung vor dem Polizeihauptquartier die Freilassung ihrer Führer. Zur gleichen Zeit gingen Tausende in Soweto auf die Straße, wehrten sich mit Steinen gegen die Polizei und vernichteten einen Alkoholladen, den die Siedlerregierung nach dem Aufstand im letzten Jahr wieder aufbauen hatte lassen. Die Polizei mußte Verstärkung aus Pretoria herankarren.

Vor dem Polizeihauptquartier in Johannisburg wurde den weißen Siedlern auch gezeigt, daß sie es nicht immer nur mit unbewaffneten Volksmassen zu tun haben werden, sondern der bewaffnete Befreiungskampf vom Volk von Azania ernsthaft vorbereitet wird: Am 13. Juni führten mit Maschinenpistolen und Handgranaten bewaffnete Befreiungskämpfer dort eine Aktion durch und töteten zwei Kolonialisten.

„Die einzige Friedenskraft sind diejenigen Zimbabwer, die den bewaffneten Kampf führen"

Die Entscheidung der OAU, die Patriotische Front anzuerkennen und ihr jede Unterstützung zu gewähren, ist eine große Hilfe für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Sie wird dazu beitragen, die Einheit des zimbabweschen Volkes gegen das illegale Siedlerregime und die hinter ihm stehenden Imperialisten herzustellen. Die Patriotische Front wurde im Herbst des Vorjahrs von den Befreiungsorganisationen ZANU und ZAPU gebildet. In ihr sind heute alle Kräfte, die den bewaffneten Kampf führen.

Die Imperialisten haben nach dem Scheitern der Genfer Konferenz von ihren Betrugsmanövern und Interventionsabsichten nicht abgelassen. Angesichts des schnell fortschreitenden Zerfalls des Siedlerregimes verstärken sie ihre Aktionen zur Sicherung ihrer Herrschaft über das Volk von Zimbabwe. Die englischen und amerikanischen Imperialisten gehen mit einem gemeinsamen Vorschlag hausieren, der neben Verfassungsvorschlägen und einem Bestechungsgeld von über 1,2 Millarden US-$ vor allem die Entsendung von Commonwealth- oder UN-Truppen für eine „Übergangszeit" vorsieht. Angesichts des schlechten Zustands der rhodesischen Siedlerarmee – veraltetes Material, demoralisierte Truppen und eine durch die Flucht ins Ausland dezimierte Reservistentruppe – ist ihre Sorge für die Sicherheit in Rhodesien verständlich. Nichts fürchten sie mehr als ein Volk, das sich selbst von den Fesseln des Kolonialismus befreit und mit der Errichtung der Macht des Volkes über sein eigenes Land auch der imperialistischen Herrschaft den Boden entzieht.

Um diesen Plan durchsetzen zu können, müssen sie Spaltung und Verwirrung ins Volk von Zimbabwe tragen; zu diesem Zweck versuchen sie einige ehemalige Führer von Befreiungsbewegungen als Aushängeschilder zu benutzen und mit ihnen über die Unabhängigkeit zu verhandeln. Zu solchen Manövern müssen sie greifen, weil sie bei der Patriotischen Front, unter deren Führung das Volk heute um seine Befreiung kämpft, auf entschlossenen Widerstand treffen und auf die klare Forderung: Sofortige Übergabe der Macht an die schwarze Mehrheit!

A. Gumbo, Sekretär der ZANU für Information, sagte zur Frage der von den englischen und amerikanischen Imperialisten vorgeschlagenen „Friedensstreitmacht":

„Die Position der ZANU zur Friedensstreitmacht ist sehr klar. Diejenigen Zimbabwer, die selber den bewaffneten Kampf führen, sind die einzige Friedenskraft, die in Zimbabwe Frieden schaffen kann. Wir akzeptieren weder eine Friedensstreitmacht des Commonwealth noch eine der Vereinten Nationen. Nur das Volk von Zimbabwe selber kann im Land den Frieden herstellen. Deshalb weisen wir diese Vorstellung der Einmischung in Zimbabwe vollständig zurück.

Der wichtigste Grundsatz, der den bewaffneten Befreiungskampf leitet, ist, daß das Volk von Zimbabwe über eine unabhängige Streitmacht verfügt. Wir halten nichts davon, daß Kräfte von außen in unserem Lande Frieden herstellen, weil sie unserem Land nicht Frieden, sondern Chaos bringen. Der einzige Grund, weshalb sie in unser Land kommen, ist die Absicht, uns ihre eigenen Vorstellungen und ihre Interessen aufzuzwingen. (....)

Wir verstärken unseren Krieg im Land und dehnen die Operationen weiter aus. Heute wurde z.B. im Radio des Smith-Regimes berichtet, daß drei seiner Kreaturen getötet wurden. Die Entwicklung im Land hat die Widersprüche im Lager des Feindes verschärft. Das Smith-Regime verfällt von Tag zu Tag. Es hat mit der Rhodesischen Front Schwierigkeiten, der Vorsitzende Frost ist zurückgetreten und vor wenigen Tagen trat der Minister für Information zurück, er will sich nach Südafrika absetzen.

Die Beteiligung des Volkes von Zimbabwe am Befreiungskampf wächst. Vor zwei Tagen haben Genossen vor einer Versammlung von Schülern einer Mittelschule gesprochen, der Schulleiter informierte die Polizei, die Schule wurde von ihnen geschlossen. Jetzt kommen 400 Schüler in unsere Lager, um sich den Reihen der Befreiungskämpfer anzuschließen. Die Lage ist für uns ausgezeichnet." – (Maputo, 8. Juli 1977)

Die Einschleichmanöver des Sozialimperialismus in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer

Das Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft konzentriert sich auf Europa. Die Ägäis und das östliche Mittelmeer sind dabei von großer strategischer Bedeutung. Wer das Mittelmeer kontrolliert, der kontrolliert damit wesentliche Teile der Rohstoffmärkte der europäischen Industrieländer und hat damit die Möglichkeit, diese unter Druck zu setzen. Auch im Kriegsfall ist die Supermacht im Vorteil, die im Mittelmeerraum größeren Einfluß besitzt und die wesentlichen Meerengen in der Hand hat. Aus dem 2. Weltkrieg gingen die USA als stärkste imperialistische Macht hervor.

Sowohl Griechenland als auch die Türkei wurden in die NATO eingegliedert und bildeten einen Teil des wirtschaftlich-militärischen Netzes, das der US-Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg um die damals noch sozialistische Sowjetunion geknüpft hatte. Komplizierte elektronische Überwachungs- und Spionageanlagen, Radarstationen, wichtige Militär- und Marinestützpunkte, Informationsbearbeitungsstellen gegen die Sowjetunion (z.B. Nea Makri, 30 km von Athen entfernt), politische und ökonomische Unterdrückung mittels ihrer Lakaien in den Ländern selbst waren die Herrschaftsinstrumente des US-Imperialismus in diesem Bereich.

Durch den Machtantritt der Revisionistenclique um Chruschtschow im Jahre 1956 wurde das erste Land der Diktatur des Proletariats in eine sozial-imperialistische Supermacht umgewandelt, der es in ihrem Herrschaftsbereich zu eng wurde. Darum trieb sie ihre Expansion voran und startete auch in diesem Raum eine Reihe von Tätigkeiten, die notgedrungen mit den Interessen des US-Imperialismus zusammenprallen mußten. Durch die so wachsende Rivalität wuchs auch die Kriegsgefahr ständig.

Unter dem Deckmantel der Verteidigung des Vaterlandes verstärkte die Sowjetunion ihre militärische Präsenz

Von dem Zeitpunkt an, als Gorshkow, der sowjetische Flottenadmiral, mitteilte: „Die sowjetische Flotte wird immer dorthin fahren, wo es die Sicherheit unseres Landes erfordert" (1969) bis heute fuhren allein 95 Kriegsschiffe in die Ägäis ein - als Gipfelpunkt gilt die Durchfahrt des Flugzeugträgers „Kiew" (mit senkrechtstartenden Flugzeugen bewaffnet), den die Sozialimperialisten zynisch als „Kreuzer" klassifizierten, um das Abkommen von Montreux zu umgehen, demzufolge Kriegsschiffe Bosporus und Dardanellen nicht passieren dürfen.

Darüber hinaus verfügen die sowjetischen Schiffe über schwimmende Stützpunkte - zur Versorgung mit „allem Nötigen" - jeweils knapp an der 8-Meilen-Zone vor der Küste griechischer Inseln, einer davon vor Kithira, einer Insel südlich des Peloponnes.

Die ökonomische Infiltration Griechenlands stößt auf Widerstand

Natürlich versuchten die Sozialimperialisten auch jede Chance zu nützen, ökonomisch zu infiltrieren - z.B. in Griechenland:

In den Jahren der faschistischen Diktatur (1967 - 1974) unterzeichneten sie ein Investitionsabkommen zur Verarbeitung von Torf bei Filippi in Mazedonien. Die Bevölkerung aber verhinderte das Zustandekommen dieses Vertrages. Denn dadurch wäre die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens unmöglich gemacht worden. Im Juni 1970 unterschrieb dann die DDR einen Vertrag mit dem griechischen staatlichen Stromversorgungsunternehmen über Materiallieferungen für Elektrizitätsanlagen. In der Folge wurde die DDR wegen schadhafter Materialien auf umgerechnet 50 Mio öS Schadenersatz geklagt. 1975 boten dann die Sowjets einen 4% verzinsten Kredit an, der aber abgelehnt wurde. Zusammen mit westlichen Firmen wurde von der sowjetischen Firma «Energomaschinexport» ein Abkommen zur gemeinsamen Ausbeutung und Verarbeitung von Bodenschätzen auf griechischem Boden getroffen. Die ostdeutsche Tochterfirma „Maschinexport" liefert gemeinsam mit dem westdeutschen Monopolkonzern Krupp die technische Ausrüstung des staatlichen griechischen Stromversorgungsunternehmens und einigte sich mit dessen Tochterfirma „Liptol" über den Abbau von Braunkohleschichten. Die griechischen Zeitungen verurteilten dieses Abkommen. Grund dafür waren Schadenersatzforderungen Jugoslawiens gegenüber „Maschinexport", nachdem sich deren gelieferte Maschinen als unbrauchbar erwiesen hatten.

Das Eindringen des Sozialimperialismus in der Türkei

Erfolgreicher waren die Sozialimperialisten mit ihren Bemühungen, ökonomisch auch in die Türkei einzudringen:

Die Wirtschaftskredite, die die sowjetischen Sozialimperialisten der Türkei von 1967 bis heute gewährten, betragen 14,2 Mrd. türk. Liras, das ist das 7-fache aller ausländischen privaten Kapitalinvestitionen in den letzten 20 Jahren und auch mehr als die Gesamtsumme aller anderen Kredite imperialistischer Länder (ausgenommen USA) innerhalb der letzten 35 Jahre, oder die Hälfte der US-Kredite in den letzten 35 Jahren, jedoch mehr als die Summe der US-Kredite in den vergangenen 9 Jahren. Die Rückzahlungsbedingungen sind zum Teil noch ungünstiger als die der USA.

Laut sowjetischer Nachrichtenagentur TASS erstreckt sich ein neuerliches Abkommen, das zwischen Gromyko und Tsaglagiagil getroffen wurde, auf „wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit". Geplant ist darin ein Kredit über 1,23 Mrd. $ zur Erweiterung der größten industriellen Einheit der Türkei (10.000 Arbeiter), der Stahlproduktion „Iskenproun" von Alexandretta. Im selben Vertrag enthalten ist auch ein Transport türkischer Arbeiter in die SU zwecks „Ausbildung".

1972 betrugen die türkischen Schulden bei den Sozialimperialisten bereits 35 Mrd. türkische Liras und die sowjetische Iswestija schrieb, daß die Regierung Demirels die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei in großem Maße an die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion geknüpft habe - was mit ein Grund für den Wahlsieg Eccevits war.

Sie erklärten, daß ein „Ausdehnen der griechischen Küstengewässer als feindliches Vorgehen gegen die Sowjetunion verstanden wird." (Uldatsow, sowjetischer Botschafter in Athen, 13.8.1976) - Die Sowjetunion ihrerseits erweiterte ihre Küstengewässer ohne auch nur daran zu denken, daß irgendjemand etwas dagegen haben könnte. - Am nächsten Tag schon wurde das Abkommen von Montreux verletzt, als die „Kiew" in die Ägäis einfuhr.

Die türkische „Erforschung" des griechischen Ägäis-Sockels bei Hora während des letzten Sommers wurde von den Sozialimperialisten als „nicht illegale Tat" angekündigt, und die bürgerlichen türkischen Zeitungen begrüßten diese Auffassung der Sozialimperialisten feierlich.

Auf der anderen Seite versuchte sich die griechische Bourgeoisie - in Panik geraten - mit beiden Supermächten gleichzeitig zu versöhnen. Der Sprecher des den westlichen Imperialisten hörigen Bourgeoislagers, Mavros, reiste durch ganz Osteuropa und versuchte, ein Versöhnungsklima mit den beiden Supermächten herzustellen. Premier Karamanlis drohte, in Belgrad als Hauptthema die Verletzung der Menschenrechte durch die türkischen Truppen in Zypern anzuschneiden und damit die Pläne der US-Imperialisten für Belgrad, die Verstöße der SU gegen die Menschenrechte im Ostblock vorrangig zu behandeln, zu durchkreuzen. Gleichzeitig aber strebt Karamanlis den Wiedereintritt Griechenlands an die NATO an.

Insgesamt ist also klar ersichtlich, daß die beiden imperialistischen Supermächte im Rahmen ihrer Rivalität um die weltweite Vorherrschaft die Völker Griechenlands und der Türkei gegeneinander hetzen, Chauvinismus säen und künstlich Widersprüche zwischen ihnen schaffen wollen. Trotzdem werden das griechische und das türkische Volk unter der Führung der Marxisten-Leninisten in beiden Ländern den Wolf, der sich noch in ihrem Haus aufhält, verjagen, aber auch achtgeben, daß der Tiger nicht bei der Hintertür hereinschleicht. Sie werden beide Supermächte bekämpfen und zu ihrem Untergang beitragen, Frieden und Zusammenarbeit aufbauen miteinander und gegen jeden äußeren Unruhestifter, Spalter und Kriegstreiber.

Griechische marxistisch-leninistische Studenten (nach „Laiki Agones" (Volkskämpfe) Zentralorgan der Revolutionären Kommunistischen Bewegung Griechenlands, E.K.K.E.)

▲ US- und NATO-Stützpunkt und Radaranlagen ★ bekannter Stützpunkt der Sowjetunion

Bei Erweiterung der griechischen Küstengewässer von 8 auf 12 Seemeilen darf die Ägäis nur mit Zustimmung Griechenlands passiert werden.

Großbritannien: Aufschwung der wirtschaftlichen Kämpfe

Immer weniger lassen sich die britischen Arbeiter durch die Sozialdemokraten in der Regierung und die Gewerkschaftsführungen mit der verlogenen Parole „Sicherung der Arbeitsplätze" zur Hinnahme der Senkung ihres Lebensniveaus zwingen. Ende Juli läuft die zweite Etappe des für drei Jahre vorgesehenen Lohnabkommens aus, das festgelegt hatte: Lohnerhöhung nur unter 10%, Stillhaltepflicht der Gewerkschaften für 12 Monate.

Gegen eine Verschlechterung dieses Abkommens nehmen die britischen Arbeiter jetzt den Kampf auf. Das Lebensniveau der britischen Arbeiter ist in den letzten Jahren jährlich um 10% gefallen. Zwischen April 1976 und April 1977 stiegen die Preise offiziell um 17,5% - die Löhne nur um 7,5%, die Arbeitslosenziffern haben mit fast 1,5 Millionen den Höchststand seit den 30er Jahren erreicht. Diese Verhältnisse zwingen die britischen Arbeiter, mit der Sozialpartnerschaftsideologie zu brechen.

Im letzten Jahr hat sich eine große Streikbewegung entwickelt: Im April streikten die Belegschaften von Britisch Airways, in mehreren Werken die Arbeiter des größten Stahlwerks Port Talbot. Die Hubschrauberpiloten legten den Verkehr zu den Bohrinseln der Nordsee lahm. Anfang Juli standen 1200 Arbeiter einer der größten Aufzugfabriken Englands im Streik, der machtvollste Streik ist der der 16000 Ford-Arbeiter.

Der Streik, der in der letzten Zeit die größten Solidaritätsaktionen hervorgerufen hat, ist der Streik der Arbeiter des Grunwick-Filmlabors in London. Er hatte im August 1976 mit der Entlassung eines Arbeiters begonnen, der gegen die Antreiberei durch einen Manager protestiert hatte. Auf der Grundlage der schlechten Arbeitsbedingungen (Zwang zu Überstunden, nur 2 Wochen Urlaub, Verbot der gewerkschaftlichen Organisierung) solidarisierten sich andere Kollegen mit ihm und beschlossen, der Gewerkschaft beizutreten. Der Kapitalist antwortete mit Entlassung und stellte Streikbrecher ein. Seit Wochen stehen die ausgesperrten Arbeiter vor dem Betrieb und versuchen die Busse mit den Streikbrechern an der Einfahrt zu hindern. Ein Ausschuß der Postgewerkschaft unterstützt den Kampf der Grunswick-Arbeiter durch den Beschluß, keine Post an Grunswick zuzustellen, der als Versandunternehmer auf sie angewiesen ist. Am 11.7. fand eine Demonstration von 10.000 Arbeitern bei den Grunswick-Labors statt, bei der es erstmals gelang, die Zufahrt der Busse zu verhindern trotz der äußersten Brutalität, mit der die Polizei vorging.

Die nächsten größeren Auseinandersetzungen werden um das Lohnabkommen geführt werden. Unter dem Druck der Massen mußten sich die Führungen der drei größten Gewerkschaften Großbritanniens (Metall- und Bergarbeiter, Transportarbeiter und Hilfsarbeiter) gegen eine Verlängerung des Abkommens aussprechen. Die Bergarbeiter fordern Lohnerhöhungen von 90%.

Die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt in einer Einschätzung der Lage an der Lohnfront in Großbritannien: „....es ist den Arbeitern klar geworden, daß die Laborregierung sie irregeführt hat. Die Regierung hatte ihnen gesagt, daß die Inflation zur Hauptsache eine Folge übermäßiger Lohnforderungen sei...Jetzt haben die Arbeiter 2 Jahre lang Lohnmäßigung geübt, haben eine Senkung ihres Lebensstandards hingenommen, aber das hat die Inflation nicht beseitigt... Der Glaube der Arbeiter an den Nutzen ihres Opfers ist geschwunden."

Die Bourgeoisie fürchtet eine Niederlage.

E.V.

Die Imperialisten werben für den Einsatz von Atomwaffen im imperialistischen Krieg

Seit längerem diskutiert und preist die imperialistische Bourgeoisie, vor allem die der USA, in aller Öffentlichkeit ihre Kriegsvorbereitungen und Rüstungsanstrengungen. Sie will eine öffentliche Meinung darüber schaffen, daß der imperialistische Raubkrieg unausweichlich ist, und daß die Arbeitermassen unter Führung und für die Ziele der Imperialisten in diesen Krieg geschickt werden sollen.

Die kaum verhüllte Propaganda der westlichen Imperialisten für die Neutronenbombe in den letzten Wochen ist Teil dieser imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Neu daran ist, daß die Imperialisten von einer „sauberen" Atomwaffe, von waffentechnischen „Fortschritten" reden. Der „Fortschritt" soll darin liegen, daß die Neutronenbombe nicht das Material zerstört, sondern nur die Menschen. Weiters auch darin, daß die atomare Verseuchung „zwar stärker, aber zeitlich kürzer sei, was der Truppe ermögliche, ein von diesen neuen taktischen Atomwaffen bestrichenes Gebiet bereits wenige Stunden später zu besetzen." (Neue Zürcher, 14.7.). An dem, was hier als „Fortschritt" bezeichnet wird, kann man die Kriegsziele der Imperialisten erkennen: Es geht um die Eroberung fremder Produktionsstätten, die nicht zerstört werden sollen, und um die Unterwerfung fremder Völker, die sie ausbeuten wollen. Die Neutronenbombe ist als taktische Waffe bestens geeignet. Da die Neutronenstrahlen Material durchdringen können, kann sie auch gegen Panzer und militärische Einrichtungen eingesetzt werden, die gegen herkömmliche Atomwaffen gesichert sind. Sie hat einen engeren Wirkungskreis und kann daher kontrollierter eingesetzt werden. „Sauber" ist sie deshalb noch lange nicht. Es stimmt nämlich nicht, daß die „humane" Neutronenbombe die feindlichen Streitkräfte rasch tötet und den „befreundeten Streitkräften" die Möglichkeit gibt, rasch das bestrahlte Gebiet zu betreten. US-Wissenschaftler betonen, daß die nachrückenden Soldaten genauso wie die Zivilbevölkerung im Umkreis, zwar nicht sofort tot umfallen werden, daß sie aber - weil sie trotzdem der Neutronenstrahlung ausgesetzt sind - mit monatelanger schleichender Krankheit dahinsiechen werden, bevor sie sterben. (Newsweek,4.7.)

Die Neutronenbombe – gedacht für den Einsatz in Mitteleuropa

„Das Land, das am meisten davon profitieren würde .... wäre theoretisch die BRD, auf deren Territorium die Schlacht vermutlich ausgetragen werden würde. Aber die USA haben kein Interesse daran, daß die europäischen Alliierten den Grad ihrer konventionellen Rüstung zugunsten der Neutronenbombe verringern." So kommentiert „The Times" die militärstrategischen Überlegungen der US-Bourgeoisie rund um die Neutronenbombe. Diese ergänzen sich mit denen der NATO-Planer, die den Einsatz und die Entwicklung dieser Waffe unterstützen. Das Verteidigungsweißbuch der BRD 1975/76 schließt aus der Tatsache, daß an der Grenze zu DDR und CSSR 25 % der Industrie angesiedelt sind, die Notwendigkeit der „Vorwärtsverteidigung". Gemeint ist damit die Verpflichtung, schon „den Anfängen einer Bedrohungssituation *vorzubeugen*", weil auch nur „geringe Raumverluste zur Lähmung der Produktion führen könnten." (nach Österr. Militär. Zeitschrift 3/76, Seite 251). Die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte steht nach diesem Konzept im Vordergrund, die „Gefechtsfeld-Atomwaffen" (wie die Neutronenbombe eine ist) haben zusätzliche Abschreckungsfunktion. Der Gegner soll damit rechnen müssen, daß seine „erzielten Durchbrüche mit dem Erfolg einer raschen und entschiedenen Umkehr der taktischen Situation bekämpft werden". (Österr. Milit. Zeitschrift (ÖMZ), 3/76). Dafür halten die US-Imperialisten und die NATO die Neutronenbombe offensichtlich für besonders geeignet.

Die westlichen Imperialisten sehen ihre Herrschaft durch den Sozialimperialismus bedroht. Dieser ist auch tatsächlich gierig nach den Profitquellen Westeuropas. Nicht umsonst hat er seit Beginn der „Truppenabbaugespräche" in Europa die Konzentration seiner Streitkräfte an den Grenzen noch verstärkt, insbesondere die Panzerarmee zielstrebig ausgebaut. Die Streitkräfte seiner europäischen Vasallenstaaten will er immer mehr unter sein eigenes Kommando nehmen. In diese Richtung gehen seit längerer Zeit „Verbesserungen" in der Kommandostruktur des Warschauer Paktes.

Andererseits denken auch die westlichen Imperialisten ihrerseits längst nicht an bloße „Verteidigung". Genauso wie die Sozialimperialisten auf Westeuropa, sind sie an den Rohstoffreichtümern und der Arbeiterbevölkerung Polens und Ostdeutschlands interessiert. So ist auch das Konzept der „Vorwärtsverteidigung" zu verstehen. Ziemlich unverhüllt lautet es in den Worten von Weinstein, einem Oberst der BRD-Reserve, verbreitet in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4.7.: „Zum Zweck der Abschreckung planen wir, die DDR, die CSSR und Teile von Polen anzugreifen und zu besetzen, falls wir es für nötig halten, um in einem Krisenfall unseren Gegner einen Anfangserfolg unmöglich zu machen. Dies tun wir, um den nötigen Raum zu unserer Verteidigung zu haben". Bei den Kriegsvorbereitungen der NATO wird auch auf Österreich nicht vergessen. Wie selbstverständlich wird um die militärische Bedeutung unseres Landes spekuliert und werden Überlegungen angestellt, es zu „verteidigen". „Sollte im Falle einer Aggression die Neutralität Österreichs durch WAPA-Streitkräfte nicht geachtet werden, verlängert sich die Grenze (die von der DDR zur CSSR – 800 km) um weitere 170 km." (Ulrich de Maizaire: Verteidigung in Europa-Mitte; nach ÖMZ 3/76).

Besonders in den zwei Jahren seit Helsinki haben die beiden Supermächte und die von ihnen geführten Militärbündnisse ihre militärische Präsenz und das Netz ihrer Stützpunkte in Europa ausgedehnt.

Seit Helsinki hat:

der sowjetische Sozialimperialismus:
- auf Spitzbergen, das norwegischer Verwaltung untersteht, einen Flughafen gebaut;
- seine Truppen in Mitteleuropa, v.a. in der DDR, um einige zehntausend Mann erweitert und mit neuesten Waffen ausgerüstet;
- im Mittelmeer ihre Kriegsflotte „Eskadra" bedeutend verstärkt, speziell um den supermodernen Flugzeugträger Kiew, dessen Durchfahrt durch die Dardanellen er erzwungen hat.

der US-Imperialismus:
- die britischen Stützpunkte auf Zypern voll übernommen;
- in Spanien kurz vor dem Tode Francos ihre Stützpunktrechte erneuert;
- in Portugal den BRD-Flughafen Beja zum NATO-Stützpunkt ausgebaut
- die US-Kampftruppen in der BRD erheblich aufgestockt und in Garlstedt mit dem Ausbau eines neuen großen Brückenkopfes für die Heranführung weiterer Truppen begonnen.

Für die Vernichtung aller Kernwaffen!

Der US-Imperialismus und die westlichen Imperialisten wollen mit der Neutronenbombe die Arbeitermassen in Europa für die „Fortschritte" bei der imperialistischen Kriegsvorbereitung begeistern. Die Erfahrung der Arbeiterklasse, daß sie sich in 2 Weltkriegen für die Ziele der Imperialisten hinmetzeln lassen mußte, nur um erneut den Lasten imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung unterworfen zu sein, sollen vergessen werden. Das wird ihnen nicht gelingen.

Wenn der US-Imperialismus und die NATO, auf die er sich bei seinen Kriegsvorbereitungen stützen kann, unter dem Vorwand der „Verteidigung" darauf aus ist, den Einsatz von Atomwaffen im imperialistischen Krieg propagandistisch vorzubereiten, kann man ihn nicht gewähren lassen.

In der BRD sind NATO-Truppen und eigene Truppen des US-Imperialismus stationiert. Auch unter dem Vorwand der „Verteidigung". Stationiert wurden sie zum Zweck der Bedrohung und der Aggression gegen die damals noch sozialistische und friedliebende Sowjetunion. Heute hat sich das Blatt gewendet. Die Sowjetunion hat sich selbst zu einem imperialistischen Räuber schlimmster Sorte gewandelt, der aggressive Absichten gegen Europa im Schilde führt. Aber ob für einen imperialistischen Aggressionskrieg oder für einen imperialistischen „Verteidigungs"krieg, es gelten die Worte Mao Tsetungs, die dieser zur amerikanischen Korrespondentin Strong angesichts der militärischen Maßregeln des US-Imperialismus gegen die sozialistische Sowjetunion sagte: „Jetzt ist es aber nicht die Sowjetunion, sondern sind die Länder, auf deren Territorium sich die amerikanischen Stützpunkte befinden, in erster Linie der US-Aggression ausgesetzt. Ich glaube, es wird nicht lange dauern, bis diese Länder erkennen, wer sie wirklich unterdrückt.... Eines Tages werden die US-Reaktionäre schließlich erkennen, daß die Völker der ganzen Welt gegen sie sind." (Mao Tsetung, Werke Band 4, S. 100)

Heute gilt dies genauso für die russischen Sozialimperialisten.

Diese Erkenntnis und die Ablehnung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen samt dem Einsatz der „sauberen" Atomwaffe lassen sich zusammenfassen in der Forderung nach Auflösung aller Militärstützpunkte, insbesondere der beiden Supermächte in Europa, einschließlich der Kernwaffenstützpunkte auf Territorien fremder Länder! Verbot der Lagerung und Herstellung von Kernwaffen! Verpflichtung aller Atommächte – insbesondere der beiden Supermächte – niemals als erste Kernwaffen einzusetzen! Vernichtung aller Kernwaffen!

M.Z.

USA: Erste Schritte in Richtung Zwangsarbeit – Formung von Menschenmaterial für den imperialistischen Krieg

In den harten und oft blutigen Klassenkämpfen der 30er Jahre hat sich die Arbeiterklasse in den USA eine Arbeitslosenversicherung erkämpft. Der gesetzliche Anspruch auf Unterstützung betrug 65 Wochen. Dieses Zwangsgesetz gegenüber den Kapitalisten konnte die Arbeiter nicht vor Massenarbeitslosigkeit schützen – in der gegenwärtigen imperialistischen Krise sprechen die offiziellen Statistiken von 7 Millionen, in Wirklichkeit sind es über 10 Millionen, die arbeitslos sind. Die Differenz ergibt sich zum Teil daraus, daß Millionen Arbeiter schon mehr als 65 Wochen ohne Arbeit sind, und deshalb aus den Statistiken herausfallen.

Die Arbeitslosenversicherung zieht für die Kapitalistenklasse eine Schranke bei ihrem Streben, die industrielle Reservearmee als Lohndrücker und als Spalter gegen die Arbeiterklasse einzusetzen. Diese Schranke beginnt die Carter-Regierung jetzt niederzureißen. Ähnlich wie mit der neuen Energiepolitik leitet Carter damit einen umfassende, verschärften Angriff der imperialistischen Bourgeoisie gegen die US-Arbeitermassen ein. Gleichzeitig setzt Carter erste Schritte zur Einführung der Zwangsarbeit. Es geht der US-Bourgeoisie darum, die amerikanischen Volksmassen den Gesetzmäßigkeiten des verfaulten Imperialismus zu unterwerfen, sie für die schrankenlosen Ausplünderung und Ausbeutung gefügig und letztlich so auch einsetzbar zu machen für den imperialistischen Krieg.

Der Kongreß beschloß vor wenigen Wochen ein Gesetz, wonach ab Ende Oktober nur noch 39 Wochen lang Arbeitslosenunterstützung bezogen werden kann. Das ist aber nicht der einzige Peitschenhieb auf den Rücken der US-Arbeiterklasse. Die Kapitalisten und ihr Staat planen weitere Schritte in dieser Richtung: Sie wollen die für sie paradiesischen Zustände von 1929 – 32 wieder erreichen, als die Löhne halbiert werden konnten, weil es keine Arbeitslosenversicherung gab. Auch die 39 Wochen sind der US-Bourgeoisie zu lang. Nach oben erwähnten Gesetz muß jeder Arbeitslose während der letzten 13 Wochen, in denen er Unterstützung erhält, jedes Arbeitsangebot in jedem Beruf annehmen, sofern nicht weniger als das Mindestgehalt plus 20 % brutto (!) gezahlt wird. – In verschiedenen Bundesstaaten geht man bereits weiter:

– im Staat Washington soll ein Gesetz beschlossen werden, das jeden Arbeitslosen nach 15-wöchigem Bezug der Unterstützung zwingt, als Gegenleistung für die weitere Arbeitslosenunterstützung im öffentlichen Dienst zu arbeiten.

– Im Staat New York wird ein Gesetz ausgearbeitet, wonach Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung drei Tage pro Woche im Austausch für diese Unterstützung arbeiten sollen.

– In New Jersey soll gesetzlich festgelegt werden, daß jeder die Arbeitslosenunterstützung verliert, der nicht Arbeit annimmt, für die er bis zu einem Drittel seines letzten Gehaltes weniger bekommt.

Solche Gesetze bedeuten nicht nur staatlich verordnete Lohndrückerei und weitere Spaltung der Arbeiterklasse, sie sind auch ein Schritt in Richtung Zwangsarbeit und völlige Ausschaltung der Gewerkschaften.

Die Bewegung unter den Arbeitslosen und Werktätigen gegen diese Vorstöße der Bourgeoisie ist ins Rollen gekommen und wächst. Das politische Bewußtsein der an dieser Bewegung Beteiligten wächst, immer mehr werden in diese Bewegung hineingezogen. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie wird auch in den USA immer schärfer.

R.O./Red.